



Seit Trudeau wird Kanada zum Wohlfühlort für Islamisten
Der Premierminister sympathisiert mit Feinden der westlichen Welt

SEITE 4-5

CSU: Das Versagen Seehofers
Markus Söder würde sich freuen, wenn die ehemalige 60-Prozent Partei noch 40 Prozent erreichen würde

SEITE 3



Wird dich dein Sohn morgen fragen?
Der Gründe des Pessach-Festes und warum die Kinder zum Seder ausgeschlafen sein sollten

SEITE 40



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, mit Freude und großer Genugtuung haben wir wie im letzten Jahr auch in den bereits zurückliegenden beiden Monaten dieses Jahres Ihr reges Interesse und Ihren Zuspruch für die Beiträge unserer Redaktion und unserer Autoren feststellen dürfen. Dies ist für uns Motivation und Verpflichtung gleichzeitig, Ihrem hohen Anspruch gerecht zu werden und unsere Stimme auch künftig deutlich und vernehmbar im Interesse der jüdischen Sache und des Staates Israel gegen Israel-Dämonisierung und Judenfeindschaft zu erheben.

Allen Anfeindungen und Diffamierungen nicht nur von islamischer, sondern vor allem auch von der unverändert Israel-avers agitierenden links-ideologisierten westeuropäischen und deutschen Seite zum Trotz feiert der kleine demokratische und im echten Sinne humanitäre Staat Israel in einer von Krieg, Verwüstung Unruhen, arabischen Unrechtsregimen, muslimischen Israel-Hass und tiefer islamischer Perspektivlosigkeit geprägten Umgebung als eines der maßgeblichen Pionierländer der digitalen Revolution einen wirtschaftlichen Rekord nach dem Anderen und erfreut sich im 70. Jahr seiner Neugründung eines stetig wachsenden Wohlstands seiner Menschen und einer exzellenten ökonomischen Prognose.

Schon in der letzten Ausgabe konnten wir stolz über die Veröffentlichung der US-News und des World Report berichten, wonach Israel auf einem vorderen Platz der mächtigsten und innovativsten Staaten gesetzt wurde, bemessen nach Stabilität, Verteidigungsstärke, Ernährungssicherheit für seine Bevölkerung und wirtschaftlichem Wohlergehen.

Israel ist und bleibt der einzige freiheitliche, religions-tolerante und demokratische Staat im gesamten Nahen Osten, mit der größten Rechtssicherheit für alle ethnischen und religiösen Minderheiten, auch und besonders für seine muslimischen Bürger.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



SPD macht sich erneut zu Merckels Steigbügelhalter



Von Markus Vahlefeld

Wenn ich König von Deutschland wäre, würde ich als erstes ein Gesetz erlassen, das die Kanzlerschaft in Deutschland auf zwei Legislaturperioden begrenzt. Oder andersherum: Acht Jahre ist der Zeitraum, um an allen wichtigen Verteilerposten des Gemeinwesens Kanzler-Lakaien zu installieren, die zwar die Macht abzusichern helfen, der Demokratie und dem Parlamentarismus aber schweren Schaden zufügen.

Die große Schwäche der Deutschen – Unbehagen im demokratischen Streit und ausgeprägtes Konsensbedürfnis – nutzt dieser Kanzler-Lakaien-Apparat zum eigenen Machterhalt schamlos aus. Der Parlamentarismus ist jedoch keine Selbstverwirklichungs-Einrichtung für Kanzler, sondern lebt vom Wettstreit der Ideen und Personen, der nach acht Jahren erneuert werden muss. Die Geburtsländer der modernen Demokratie, Frankreich und die USA, halten es genau so. Warum wohl?

Im Januar dieses Jahres bin ich in die SPD eingetreten. Diese Partei entspricht zwar inhaltlich nicht meinen politischen Ansichten, aber strukturell halte ich die SPD für eine Partei mit einer ausgeprägten demokratischen Praxis. Ganz im Gegensatz zur CDU. In den beiden Volksparteien ist eine Art negative Dialektik am Werk. Während mir das Staatsgläubige der SPD so gar nicht gefällt, sehe ich in der Partei dennoch – vielleicht deswegen – einen demokratischen Instinkt am Werk, der für die Demokratie in Deutschland große Bedeutung hat. Bei der CDU ist es genau umgekehrt: Bei ihr verfolg(t)e ich den bürgerlichen Inhalt mit Wohlwollen, halte aber den Instinkt der Partei für den Sargnagel der Demokratie.

Demokratischer Schwarminstinkt der SPD

Die CDU besitzt ein parteiliches Unterwürfigkeits-Gen, das dieses Land nach jedem CDU-Kanzler in einen Krankheitszustand geführt hat. Das war nach Konrad Adenauer der Fall, das war nach Helmut Kohl der Fall – da galt Deutschland als der kranke Mann Europas –, und das ist jetzt mit Merkel ganz augenfällig wieder der Fall. Für die drei CDU-Kanzler gilt: Wäre nach acht Jahren Schluss gewesen, sie hätten weniger Schaden angerichtet.

Der Instinkt der SPD ist ein anderer. Trotz festem Glauben an einen durchdringenden Fürsorgestaat scheint das Misstrauen der SPDler in einen sklerotisierten Staat doch groß genug zu sein, dass keiner der SPD-Kanzler es geschafft hätte, die acht Jahre – was zwei Legislaturperioden entspricht – vollzumachen. Bevor ein Kanzler seine lähmenden Netzwerke installiert hat, wird er lieber von der SPD gestürzt: Willy Brandt, Helmut Schmidt, zuletzt Gerhard Schröder. Niemandem von den SPD-Kanzlern war diese Sklerotisierung der Macht – wie jetzt bei Merkel – vergönnt.

Das ist ein demokratischer Schwarminstinkt der SPD, den ich sehr zu schätzen weiß. Mit der SPD bräuchte es kein Gesetz zur Beschränkung auf zwei Amtsperioden. Das macht die Partei ganz von allein.

Aus diesem Grund fiel es mir gar nicht schwer, in die SPD einzutreten. Aber natürlich ging es mir vornehmlich darum, eine weitere Amtszeit Angela Merckels zu verhindern. Als Demokrat war die SPD-Abstimmung die letzte Möglichkeit, diese fulminant gescheiterte und beängstigend störrische Frau in die Schranken zu weisen. Es hat nicht funktioniert.

Die SPD wird sich als Volkspartei verabschieden

Mehr als 150 Tage drehte sich das Berliner Politikarussell um die Frage, wie weitere vier Jahre Merkel zu verhindern seien. Zuerst wählte das Volk und wählte die Große Koalition als eine große ab. Dann wählte die FDP den Gang von Jamaika in die Opposition und ließ Merkel nackt zurück. Und nun gab es als letzten Zwischenstopp der versuchten Merkel-Verhinderung eine eingeschobene Wahl der SPD-Mitglieder. Die Panik, nichts unversucht zu lassen, um diese Frau zu stürzen, war allenthalben gegenwärtig. Mit Hilfe ihres kadavergehorsamen Hofstaats überlebte Merkel jeden der Einschläge, die zwar ihr galten, aber in Wahrheit letzte Rettungsversuche der durch sie geschwächten Demokratie waren.

Nun ist es aus. Die SPD wird sich als Volkspartei verabschieden, und für die CDU dürfte Ähnliches vorprogrammiert sein. Auch eine Kramp-Karrenbauer oder ein Jens Spahn werden die Verwüstungen, die Merkel hinterlässt, nicht heilen können. Spätestens wenn die deutsche Wirtschaftskraft sich einzubrechen anschiekt – und die Verbote werfen bereits ihre Schatten –, werden die Löcher, die im Haushalt, in der Gesellschaft, im Zusammenhalt, in der Solidarität und im sozialen Kapital gerissen wurden, so augenfällig werden, dass wir uns mit Wehmut an so kleine Auseinandersetzungen wie jetzt an der Essener Tafel zurückerinnern werden.

Für mich ist es Zeit, wieder aus der SPD auszutreten. Ich wäre eh lieber König von Deutschland.

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Darüber hinaus hat der jüdische Staat – absichtlich negiert und verschwiegen von unserer linkslastigen deutschen und westeuropäischen Politik samt ihrer Medien – den größten Zuwachs an arabischen Studierenden und Universitäts-Absolventen.

Gleichmaßen ausgeblendet und der durch unsere Medien und unsere Politik gegen Israel und seine Menschen eingestimmten deutschen und westeuropäischen Öffentlichkeit vorenthalten wird, dass es ausgerechnet der von den syrischen Kriegsparteien in Zeiten des innersyrischen Friedens mit Terror, Krieg und Vernichtung bedrohte demokratische Staat Israel ist, der den größten humanitären Beitrag für seinen bürgerkriegs-zerrissenen Nachbarn liefert und die syrische Bevölkerung mit zigtausenden Paketen Baby-Ausstattung, hunderten von Tonnen Lebensmittel, Kleidung und medizinischer Hilfe versorgt, während sich die innersyrischen Kriegsparteien bis hin zur Nutzung von Giftgas ohne jegliche Rücksicht auf ihre eigenen zur Geisel gewordene Bürger zerfleischen.

Ebenfalls ohne Erwähnung durch unsere Politik und ihre nachgeschalteten Links-Gesinnungsmedien aber auch durch die arabische Autonomie-Behörde in Ramallah bleibt nicht zuletzt die Entrechtung und Misshandlung der in Syrien in Lagern gehaltenen als „Palästinenser“ vorsätzlich falsch etikettierten Lagerinsassen. Während derartige Lager seit Jahrzehnten ohne jede Integrationsbemühung absichtlich aufrechterhalten werden und ihre Insassen kaum notdürftig versorgt werden, leben die vom Westen gehätschelten Protagonisten des arabischen Terrors in verschwenderischem Saus und Braus in ihren Luxusvillen von üppigen Subsidien aus unseren, an wichtigerer Stelle bei uns fehlenden Mitteln.

Statt diese Missstände abzustellen, bleibt die suizidale europäische und deutsche Politik weiter gekennzeichnet durch den fortgesetzt gewährten Einlass islamischen Judenhasses und der dadurch auch in unserem Lande verursachten wachsenden Verunmöglichung eines normalen und unbeeinträchtigten jüdischen Lebens, in dem Juden Angst vor Mobbing und physischen Übergriffen islamischer Täter gegen jüdische Schüler aber auch Erwachsene haben müssen. Dabei reicht es – wie etwa kürzlich im Falle des von islamischen Tätern in seiner Praxis attackierten Arztes in Troisdorf – für körperliche Übergriffe bereits irrtümlich für einen Juden gehalten zu werden. Unsere system-immanente Justiz tut ein übriges zur Aufweichung unseres Rechtsstaates durch vorsätzliche Bagatellisierung der Straftaten und Minimalisierung der ausgesprochenen Strafen. Durch diese Rechtspraxis und die nahezu ungeahndete Akzeptanz islamischen Judenhasses werden hier nach dem Holocaust wieder lebende Juden im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit geradezu zur Verleugnung ihrer jüdischen Identität im öffentlichen Raum unserer Straßen und Verkehrsmittel gezwungen.

Wie beängstigend und beschämend zugleich diese in ganz Westeuropa verbreitete Politik der sehr weitgehenden Gleichgültigkeit gegenüber den sich mit der ungebremsten Zunahme islamischen Einflusses rapide verschlechternden Bedingungen jüdischen Lebens und der Dämonisierung Israels ist und wie sehr sie die historischen Bezüge negiert und auf den Kopf stellt, bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung.

Blendet sie doch die großen Verdienste des Judentums für das Entstehen der abendländischen Kultur vollständig aus und alienisiert vorsätzlich wie in unseliger Zeit der Nazi-Diktatur seinen jüdischen Bevölkerungsteil trotz seiner hiesigen Ver-

wurzelung als ungewollten Fremdkörper. Gleichzeitig öffnet sie sich ohne jede Not dem rassistischen, atavistischen und gewalttätigen Einfluss des durch unsere linke Regierung unter Führung der Grenzöffnung-für-Judenhass-Kanzlerin A. Merkel bereitwillig eingelassenen Islam.

Die großen Leistungen des Judentums für Europa und den gesamten Westen bleiben ebenso ungewürdigt wie beispielsweise das segensreiche jahrzehntelange Engagement des jüdischen Staates Israel in internationalen humanitären Hilfsaktionen. Im Einklang mit den immer mehr Bedeutung erlangenden islamischen Wählern des längst dem Islam und linker Ideologie ausgelieferten Westeuropa scheint es hier kaum jemanden zu berühren, weil es nicht in das von unseren Medien und unserer



Die Hoffnungsträger Pence und Trump freuen sich über den Vortrag eines republikanischen Kollegen

Politik propagierten Aggressoren- und Kindermörderschema des Staates Israel und seiner von unserer Politik und unseren Medien diffamierten jüdischen Bevölkerung passt.

Nicht genannt werden auch die großen humanitären Lieferungen Israels von Versorgungsgütern aller Art nach Gaza, obwohl die dortigen Machthaber nachweislich, unverändert und fortgesetzt an der Vernichtung und am Terror gegen Israel arbeiten. Stattdessen werden terroristische Angreifer auf israelisches Leben von unseren Medien als Opfer hochstilisiert und die israelischen Opfer schnell zu Schuldigen verkehrt.

Den Gipfel der vorsätzlich einseitiger Parteinahme für den Terror gegen Israel stellen die von Europa finanzierten und von dem Freund unseres Außenministers Gabriel M. Abbas praktizierten hohen Gelddotierungen an die Familien arabischer Judenmörder.

Der Islam-generierte Niedergang der einstmaligen Vorzeige-Demokratie Schweden, die Bereitstellung des Europäischen Parlaments als willfähiges und vielbeklatschtes Forum für islamische Terror-gegen-Israel Prediger wie Abbas und Omar Barghouti, die Medienschelte gegen Netanjahu, wenn er iranische Spionage-Drohnen über dem Hoheitsgebiet Israels abschießen lässt und der Versuch beispielsweise Irlands, die antisemitische Boykott-Bewegung gegen Israel wiederzubeleben, runden nur den desaströsen Verfall der westeuropäischen Politik und den Rückfall in primitiv antisemitischen Aktionismus ab. In diesem Klima vermögen auch die staatlich unterstützten untauglichen Versuche einstiger Nazi-Kollaborateure, ihre Mittäterschaft bei der Vernichtung des europäischen Judentums nachträglich zu leugnen, kaum noch zu verwundern.

Dies verwundert ebenso wenig wie die unentwegte hier durch unsere Politik offensiv praktizierte Diffamierung der erfreu-

licherweise seit einem Jahr klare proisraelische Zeichen setzenden und auch sonst trotz aller Beschimpfungen und allen Bestreitens seitens seiner ihm den Wahlerfolg nicht verzeihenden linken Feinde in vielerlei Hinsicht überaus erfolgreichen Trump-Administration.

Bewusst ausgeblendet von unseren 68er-durchseuchten Nachrichten-Filtermedien der Miosgas, Reschkes und Klebers und ganz im Gegensatz zu der galoppierend schwindenden Zustimmung unserer unbeirrten am Willen ihres Volkes vorbeireisenden und vorbei-koalierenden politischen, an ihrem Sessel trotz evidenten Versagens klebender Amts-Beansprucher erzielte der amerikanische Präsident zum ersten Jahrestag seiner Amtszeit laut Umfragen immerhin beeindruckende bis zu

60 % reichende Zustimmung bei der US-Bevölkerung.

Bemerkenswert ist dies auch unter dem Aspekt, dass der hier vielgescholtene amerikanische Präsident Trump sehr zum Verdross der westeuropäischen, vielen voran der deutschen Islamisierung-Wegbereiter und Terror-gegen-Israel-Versteher konsequent und rechtmäßig dem bereits 1995 beschlossenen Jerusalem-Act gefolgt ist und Ende letzten Jahres Jerusalem, die lange vor der Existenz des Christentums und des Islam die für die Juden heilige und ewige Stadt Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt des wiedergegründeten Staates Israel anerkannt hat.

Genau das wäre beispielhaft besonders für die durch das unselige Erbe der deutschen Vergangenheit verpflichtete Regierungspolitik unseres Landes. Stattdessen beschimpft der deutsche Außenminister den US-Präsidenten und hofiert islamische Unrechtsregime während seine Kanzlerin sich trotz vernichtender Wahlergebnisse mit unhaltbarer, den linken Wahlverlierern vollkommen überzogenen Einfluss einräumender Koalitionsakrobatik würdelos an die Macht klammert.

Bei der Schelte gegen die amerikanische Israel-Politik bewusst unerwähnt gelassen wird auch der Umstand, dass die sich hinter der euphemistisch falschen Bezeichnung DDR – wiederum mit Billigung unseres SPD- und des übrigen linken hiesigen Establishments – tarnende, hermetisch eingezäunte und sich mit einem Schießbefehl auf wehrlose Flüchtlinge vor Entvölkerung ihres sich Staat nennenden Freiluftgeheges schützende SBZ (sowjetische Besatzungszone) zutiefst anti-amerikanisch, Israel-feindlich und massiv antisemitisch war, obwohl sie nicht etwa von einer rechten, sondern von einer durch und durch linken Ideologisierung beherrscht wurde, was der massiven Judenfeindlichkeit, wie wir sie heute ähnlich von Seiten der SPD und von

noch weiter links erleben müssen, keinesfalls im Wege stand.

Es sind im Übrigen die gleiche unbelehrbare SPD und die dogmatische linke Ideologie, die damals verklärende Milde und vorsätzliche Falschansichten über die wahren Verhältnisse im linken Arbeiter- und Bauernparadies verbreitet hat und jeden, der dem widersprach, als reaktionären „Rechten“ und „kalten Krieger“ diffamiert hat. Die Linke hat aus der damaligen betonköpfigen Fehleinschätzung de facto nichts gelernt und gaukelt uns heute schon wieder ein schöngefärbtes Narrativ vor, diesmal zur Bagatellisierung der Gefahr islamischer Zuwanderung, der damit verbundenen eklatanten Zunahme an Gewalt, Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus und Verachtung unseres demokratischen Rechtssystems sowie unserer freiheitlichen, liberalen und Religions-toleranten Lebenswerte, während sie Kritiker dieses Unfugs, als „Rechte“ und „Nazis“ beschimpft, mobbt und ausgrenzt, absurderweise selbst dann, wenn es die am meisten betroffenen Juden selbst sind.

Dass der SPD die eben gefallene, fatale Entscheidung der Parteibasis und der Wortbruch ihres eher simpel strukturierten, einstmals mit dem Beklatschen arabischer Terror-Befürworter im Europa-Parlament befassten kurzzeitigen Parteivorsitzenden und Wahlverlierers Martin Schulz weitere Jahre Regierungsbeteiligung einbringt, wird jüdisches Leben in Deutschland nicht wirklich sicherer machen.

Erfreulich und ermutigend ist, dass der Staat Israel in den 70 Jahren seines neuen Bestehens so stark, verteidigungsbereit und erfolgreich geworden ist, dass er von dem ihm dauer-vorenthaltenen Wohlwollen seiner hiesigen Gegner nicht abhängt.

Die historische Entscheidung von Präsident Trump, die US-Botschaft noch in diesem Mai nach Jerusalem zu verlegen, wird ungeachtet der hiesigen Feinde die diesjährigen runden Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag noch fröhlicher machen.

Hierfür gebührt sowohl dem US-Präsidenten als auch seinem Vize, dem großen und überzeugten Israel-Freund Mike Pence und der hervorragenden UNO-Botschafterin der USA, Niki Haley, Dank für ihren Mut, ihre Weitsicht und ihre Unerschrockenheit vor islamischen Drohungen.

Ohnehin beginnt sich zu offenbaren, dass im Gegensatz zu dem Apokalypse-Geheul der hiesigen Trump-Gegner, Israel-Feinde und Islam-Appeaser gerade das entschlossene Vorgehen Trumps mehr Frieden und sogar mehr Ruhe vor den Terroraktivitäten islamischer Täter gebracht haben. Entschlossenheit im Umgang mit dem Übel zahlt sich aus – eine Wahrheit, die hier sowohl außenpolitisch als auch nach innen leider wenig bis keine Beachtung findet.

Es bleibt zu hoffen, dass die klare Linie des amerikanischen Präsidenten nicht nur gegen Nordkorea, sondern vor allem auch gegen den Schurkenstaat der Mullahs, die mit wachsendem, gefährlichen und schädlichen Einfluss in Syrien und mit dem von Obama, Kerry und Steinmeier de facto unterstützten Streben nach der Atombombe vor allem auf die Vernichtung des jüdischen Staates sinnen, auch den im März im Rahmen des dortigen Wahlsystems vor der Wiederwahl stehenden russischen Präsidenten zu einer Umbesinnung oder zumindest zu einer Relativierung seiner allzu Iran-verbundenen Politik, im Interesse einer dringend erforderlichen Verbesserung des russisch-amerikanischen Verhältnisses bringen werden.

Dem Staat Israel, unseren Lesern, dem jüdischen Volk und allen unseren Freunden wünschen wir auch schon im Vorgriff auf das am Monatsende beginnende jüdische Pessach-Fest alles erdenklich Gute.

Am Israel Chai!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

CSU: Das Versagen Seehofers

*Markus Söder würde sich freuen,
wenn die ehemalige 60-Prozent-Partei noch 40 Prozent erreichen würde*

Von Carl Christian Jancke

Als Markus Söder zu den Klängen des bayerischen Defiliermarsches in die Passauer Europahalle einmarschierte wie einst Franz-Josef Strauß seligen Andenkens, beging er fast schon eine Amtsanmaßung. Denn diese Ehre gebührt eigentlich nur dem bayerischen Ministerpräsidenten. Und obwohl er sich längst aus der Landespolitik zurückgezogen hat, heißt der bis zu seinem Rücktritt noch immer Horst Seehofer. Der Ingolstädter scheint keine Lust zu haben, den Staffelstab an Söder weiterzugeben, bis der neue Dienstwagen für den Bundesminister für Heimatfragen bereitsteht, um ihn zum Bundespräsidenten zu chauffieren, um seine Ernennungsurkunde entgegenzunehmen. Das Beharren auf der Standarte des bayerischen Ministerpräsidenten ist ein vermeintlich kluger Schachzug auf dem Rücken des Erzrivalen Söder, dem er so die Chance nimmt, sich frühzeitig als Ministerpräsident für die Landtagswahl 2018 zu profilieren. Es geht um viel für die CSU in diesem Jahr: Die "obligate" absolute Mehrheit für die bayerische Staatspartei, die mit einer kleinen üblen Ausnahme seit 1966 Usus ist. Seit 1958 stellt die Partei ununterbrochen den bayerischen Ministerpräsidenten.

Wer erinnert sich noch an Beckstein und Huber

Für die CSU gilt die absolute Mehrheit als gesetzt. Als die Stoiber-Putschisten Günter Beckstein und Erwin Huber die 2003 nicht schafften, war Seehofers Stunde geschlagen. Der landespolitisch unbeleckte Oberbayer schickte den Franken und den Niederbayer in die Wüste, schmiedete eine Koalition mit der FDP und brachte 2013 mit knapp 48 Prozent die absolute Mehrheit zurück, auch weil die Liberalen wegen ihres desaströsen Verhaltens im Bund aus dem Landtag geflogen waren.

Die absolute Mehrheit ist der Staatspartei CSU heilig. Bisher galt: Was gut für die CSU ist, ist auch gut für Bayern. Und die absolute Mehrheit gehörte für Politiker, Funktionäre und auch Ministerialbeamte zur Lebensplanung. Der Bayerische Rundfunk bot den Parteigängern journalistische Betätigungschancen und die bayerischen Sparkassen und die Landesbank boten nicht nur Aufsichtsratsposten und möglicherweise lukrative Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch einen riesigen Schattenhaushalt, mit dem Kommunalpolitiker und Landesregierung vorbei an der parlamentarischen Kontrolle Infrastrukturpolitik machten. Seit Franz-Josef Strauß meist mit Erfolg.

Wenig beachtete Pleiten

Doch unter dem Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gerierte man sich als mittelsüdeuropäische Wirtschaftsmacht und wollte über den Erwerb der Kärntner Alpe Adria aus den Händen des FPÖ-Landeshauptmanns Jörg Haider am Boom der Donau Region teilhaben. Die Großmannssucht verursachte einen Verlust von mindestens 3,7 Mrd. Euro und auch die Aktivitäten am internationalen Finanzmarkt führten in der Finanzkrise zu dramatischen Verlusten. Seehofer und sein Finanzminister Söder mussten die Pleite der gesamten Sparkassenorgani-



Markus Söder, der künftige Ministerpräsident von Bayern

sation mit 10 Mrd. Euro verhindern, die der solide Staatshaushalt allerdings ganz gut wegsteckte. Der Wähler nahm es der CSU kaum übel.

Das gilt auch für die Finanzierung des "Formel 1"-Deals des Medientycoons Leo Kirch, der einen ausgewiesenen Verlust von rund 100 Mio. Dollar verursachte und den Risiko-Vorstand der Staatsbank, Gerhard Gribkowsky, hinter Gitter brachte, weil er in die Kasse gegriffen hatte. Zur Empörung der Öffentlichkeit entledigte sich der "Formel 1"-Tycoon Bernie Ecclestone eines Steuerstrafverfahrens durch die Zahlung von 100 Mio. Dollar. Den CSU-Granden blieb so die strafrechtliche Aufarbeitung ihrer Verstrickung in die Kirch-Pleite erspart.

Seehofer, der jetzt an den Kabinettschiff zurückkehrt, an dem er unter Helmut Kohl als Bundesgesundheitsminister 1992 erstmals Platz nahm, wird als der Mann in die Geschichte eingehen, der den Siegeszug der AfD hätte verhindern können – und dabei versagte. Damit hat er für Söder die Latte niedrig gehängt. Jedes Wahlergebnis der CSU über 40 Prozent wird dem neuen Ministerpräsidenten als Erfolg angerechnet und mit den Freien Wählern und der FDP stehen vermutlich gleich zwei Gruppierungen zur Verfügung, die eine parlamentarische Mehrheit der Konservativ-Liberalen ermöglichen. Gemeinsam mit der konkurrierenden AfD prognostizieren die Demoskopien ein "rechts"-konservativ-liberales Wählerpotential von rund 60 Prozent, während sich die Grünen und die SPD wohl mit je 15 Prozent zufriedengeben müssen.

Landesweite Ausdehnung der CSU verpasst

Seit 1976 spukt in den CSU-Köpfen regelmäßig die Idee von der bundesweiten Ausdehnung umher. Franz-Josef Strauß wollte die Fraktionsgemeinschaft damals aufkündigen. Kohl überließ ihm 1980 den Vortritt und Strauß bescherte der Union 1978 eine krachende Niederlage.

Als das konservative CSU-Urgestein Peter Gauweiler Seehofer irgendwann 2016 Seehofer einen Besuch abstattete, hatte er nach Angaben des "Welt"-Journalisten Robin Alexander einen perfekten Plan in Händen, wie der Einflussbereich der CSU bis zur dänischen Grenze ausgeweitet werden könne. Mittelständische bayerische Unternehmer standen zur Finanzierung bereit, um so der AfD das Wasser abzugraben. Seehofer zauderte.

Dabei hatte der bereits seit September 2015 Angela Merkel auf dem CSU-Parteitag im November 2015 förmlich abgewatscht. Doch er entpuppte sich als eine maulheldenhafte Enttäuschung. Auf den nächtlichen Unionsgipfeln im Kanzleramt blieb er stets zweiter Sieger. Hinter allen Formelkompromissen siegte Merkel mit ihrer desaströsen Zuwanderungspolitik: Die Grenzen blieben offen, die Völkerwanderung wurde nicht begrenzt, kaum Ausreisepflichtige abgeschoben.

Wäre Seehofer ein glaubwürdiger Konservativer, der den staatlichen Kontrollverlust nicht nur konstatiert, sondern ihm auch entgegengewirkt hätte, wären die bundesweiten Chancen einer bürgerlich-konservativen CSU sehr hoch gewesen. Stattdessen bekam er bei der Bundestagswahl die

Quittung für seine Untätigkeit: Die CSU schrumpfte in Bayern bei der Bundestagswahl um rund 10%.

Nun wird er Bundesminister und bleibt Parteivorsitzender von Söders Gnaden. Der wird die Mini-Groko spätestens platzieren lassen, wenn seine Wiederwahl zum bayerischen Ministerpräsidenten gefährdet ist. Längst ist die Jagd der potentiellen Koalitionspartner eröffnet. Und auch die FDP verspielt dabei alle Karten, der AfD das Wasser abzugraben.

Denn je höher das Wahlergebnis für FDP und Freie Wähler und je niedriger das für die AfD, desto leichter ließe sich eine bürgerliche Koalition in München schmieden. Während die freien Wähler ihr Potential aus der Kommunalpolitik schöpfen, könnte die FDP insbesondere mit ihrem hemdsärmeligen bisherigen Vorsitzenden Albert Duin gegen das bayerische Honoratioren-Establishment punkten. Der Selfmademan und unabhängige Unternehmer muss sich aber erst in einer Urwahl gegen sieben andere Kandidaten der Triple-A-FDP (Ärzte, Apotheker, Anwälte) durchsetzen, bevor er als authentischer Repräsentant des unzufriedenen Bürgertums ins Rennen gehen kann. Aber auch als Landesvorsitzender hat sich der Ostfrieze zweimal erfolgreich gegen die Funktionärskaste in der Partei bei der Basis durchgesetzt.

Es wird sich zeigen, ob sich die FDP Bayern noch rechtzeitig vor der Wahl so geordnet aufstellen kann, dass die AfD in dem Freistaat eingedämmt werden kann, und sich Söder noch rechtzeitig so weit von Merkel abgrenzen kann, dass seine CSU nicht unter den Folgen ihrer Asylpolitik leiden muss.

Seit Trudeau wird Kanada zusehends zum Wohlfühlort für Islamisten

Der kanadische Premierminister sympathisiert mit Antisemiten und Feinden der westlichen Welt

Von Gilad Zwick

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau, der Playboy der Weltpolitik und Fan ausgefallener Socken, ist bekannt für seinen Auftritt als Opponent des US-amerikanischen Präsidenten. Weniger bekannt ist seine Sympathie den Anhängern des radikalen Islam gegenüber, und seine hartnäckige Weigerung mit liberalen muslimischen Organisationen des Landes in Kontakt zu treten.

Ehemalige IS-Kämpfer („Islamischer Staat“), die nach Kanada zurückgekehrt sind, bezeichnete der Premier als „starke Stimme für eine Entradikalisierung“, und diejenigen, die sich über solche „Rückkehrer“ so gar nicht freuen, seien „islamophob“. Darüber hinaus weigerte sich Kanada die zuständige UN-Kommission über die Namen seiner Bürger und ehemaligen IS-Kämpfer in Kenntnis zu setzen. Man muss also keine Strafe wegen Beteiligung an den Taten einer Terrorgruppe fürchten. Ja, es gibt nicht einmal ungefähre Daten über eine Beteiligung kanadischer Staatsbürger im IS. Es wird von 180 Mann gesprochen, was zumindest eines deutlich macht: aus den USA, einem Land mit einer Bevölkerung, die fast zehnmal so groß ist wie die Kanadas, zogen „nur“ 129 Personen für den IS in den Kampf.

Trudeaus Sympathien für den Islamismus sind allerdings nicht neu. Zuvor schon hatte er sich für eine „verantwortungsvolle Neutralität“ von Politikern in Fragen um Gewalt an Frauen in muslimischen Familien sowie in Fragen um die Beschneidung von Frauen eingesetzt. Im Gespräch mit islamistischen Gruppen versicherte er diesen, dass er ihre Werte und Ansichten teile. Und im Jahr 2014 versprach er in einem Interview mit der in Montreal erscheinenden pro-iranischen Zeitung „Sada al-Mashrek“ sich um die Ausarbeitung eines speziellen Einwanderungsprogramms für Muslime und Araber zu kümmern.

Im Jahr 2015, nun als Regierungschef, begann er diesen Plan aktiv zu fördern. Politexperten weisen darauf hin, dass die vom Premierminister angeführte Liberale Partei in höchstem Maße anfällig sei für eine umfangreiche Infiltration durch islamistische Gruppen. Es ist schwer einzuschätzen, was die Ursache für dieses Verhalten Trudeaus ist.

Trump eröffnet Botschaft in Jerusalem, Trudeau in Teheran

Er verheimlicht auch nicht seine Haltung gegenüber dem iranischen Regime. Der die Regierung leitende Trudeau befahl, sich auf die Eröffnung der kanadischen Botschaft in Teheran vorzubereiten, die von seinem konservativen Vorgänger Stephen Harper geschlossen worden war.

Nachdem man vor kurzem die Quote für die Aufnahme von Ausländern auf 310.000 im Jahr erhöht hatte, sind spezielle Einwanderungsfragebögen, die zuvor in einigen Staaten für muslimische Einwanderer bindend waren, von der kanadischen Regierung gestrichen worden. Es wurde entschieden, dass dieses Dokument „unangemessen



Justin Trudeau

und unvereinbar mit der Staatspolitik Kanadas“ sei. Was hat die Liberalen nur so empört? Neben Standardfragen enthielt der Fragebogen auch Fragen zur Einstellung des Antragstellers gegenüber dem IS, der Taliban-Bewegung und anderen extremistischen Gruppen. Darüber hinaus waren darin auch Fragen zu den religiösen Praktiken des Antragstellers enthalten. Zudem interessierte man sich für seine Meinung zur

werden, das beweist auch ein jüngst gefälltes Gerichtsurteil.

8.000.000 Dollar für einen Mörder

Acht Millionen Dollar werden von der Regierung Kanadas an Omar Khadr, einen kanadischen Staatsbürger und El-Kaida-Mitglied, der wegen Mordes an einem Offizier der US-Armee in Afghanistan im Jahr 2002 verurteilt wurde,

schuldigung von den Behörden. „Im Namen der kanadischen Regierung wollen wir uns bei Herrn Khadr entschuldigen“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der kanadischen Justiz- und Innenminister. „Wir hoffen, dass diese Entschuldigung und die finanzielle Vereinbarung ihm helfen werden, ein neues und hoffnungsvolles Leben zu beginnen.“

Die Entschädigung und Entschuldigung waren das Ergebnis der Entschul-



Pro-Trudeau-Demonstranten

Religionsfreiheit, der Gleichstellung der Geschlechter und seine Einstellung zu Frauen, die keine traditionell islamische Kleidung tragen.

Dass Kanada auf dem Weg ist, ein Paradies für islamische Terroristen zu

ausgezahlt. Die Witwe des ermordeten Offiziers wird höchstwahrscheinlich keine Entschädigung für den Verlust ihres Mannes bekommen.

Neben der erheblichen Entschädigung erhielt der Terrorist eine öffentliche Ent-

schung des kanadischen Gerichts, und zwar deshalb, weil Vertreter des Geheimdienstes dieses Landes mit ihrem Verhör von Khadr im Gefangenenlager von Guantanamo Bay „Menschenrechte verletzt“ haben. Gezwungen habe man

ihn, sich zu den angeblichen terroristischen Verbrechen zu bekennen.

Zuvor war der Fall Khadr vom US-Militärgericht eingesehen worden. Schon da behauptete er, dass sein Geständnis unter Folter erzwungen worden sei. Doch bereits 2010 wies das US-Gericht diese Behauptung zurück. Khadr bestreitet seine Teilnahme an Terroranschlägen nicht einmal. Es liegt ein Video vor, auf dem zu sehen ist, wie er als Mitglied von Bin Ladens Terrorgruppe an einer Bombe arbeitet. Nachdem er 2015 aus dem Gefängnis entlassen wurde, entschuldigte er sich sogar bei der Familie des amerikanischen Offiziers, den er getötet hatte.

Khadr begrüßte nun die Abmachung und ließ verlauten, dass die Entschuldigung der kanadischen Regierung „seinen Ruf wiederherstellen“ und die Menschen dazu zwingen würde ihn „nicht aufgrund dessen zu verurteilen, was in der Vergangenheit passiert ist“. Ihm zufolge hat ihn diese Vergangenheit daran gehindert, einen Job zu finden oder in die Schule zu gehen.

„Meine Kinder sind die eigentlichen Opfer“

Mit „Vergangenheit“ meint Khadr eine Handgranate, mit welcher er 2002 den US-amerikanischen Offizier und Sanitäter Christopher Speer während einer Operation gegen ein El-Kaida-Lager in Afghanistan umbrachte. Bei diesem Angriff wurde Khadr durch die Schießerei schwer verletzt und wäre sicher gestorben, wenn ihn nicht ein anderer US-amerikanischer Sanitäter gerettet hätte. Erst vor kurzem sagte dieser, dass er es nicht bereue, Khadr gerettet zu haben, aber die Entscheidung, ihm 8 Millionen Dollar zu zahlen, hält er dennoch für „absurd“.

Khadr erholte sich und wurde nach Guantanamo Bay gebracht. Dort galt er nicht nur als einer der Jüngsten der 176 Häftlinge, sondern auch als einer der ersten, die während der Obama-Regierung verurteilt worden waren. Aufgrund seines Alters wurde von den US-Behörden keine Todesstrafe gefordert, obgleich Khadr des Mordes an einem amerikanischen Soldaten sowie der Beteiligung an einer Terrororganisation für schuldig befunden wurde.

Vor Gericht äußerte die Witwe des ermordeten Offiziers die Befürchtung, das zarte Alter des Terroristen könne Mitleid bei den Geschworenen hervorrufen und noch zu einem Freispruch führen. „Alle sehen sie in ihm ein Kind, ein Opfer, doch ich sehe das ganz anders“, sagte sie damals. „Meine Kinder, die jetzt ohne Vater aufwachsen müssen, sind hier die eigentlichen Opfer.“ „In meinen Augen wirst du immer ein Mörder bleiben!“, rief sie in Khadrs Richtung.

Khadrs Anwalt beteuerte, dass der Vater seines Mandanten – selbst Sympathisant Osama bin Ladens und Kämpfer der El-Kaida, der 2003 während eines Schusswechsels mit der pakistanischen Armee ums Leben kam –, den Sohn in diese Kreise befördert habe. Khadr gibt zu immer noch Kontakt zu seiner Familie zu haben, die für ihre radikalen Positionen bekannt ist. „Freunde kannst du dir aussuchen, die Familie aber nicht“, erklärt er. „Ich denke nicht daran, dass sie einen schlechten Einfluss auch mich haben, sondern daran, dass ich sie verbessern kann.“

Khadr wurde verurteilt für die Ermordung eines amerikanischen Offi-

ziers, die Teilnahme am Terrornetzwerk El-Kaida sowie für drei weitere Delikte, die in die Kategorie Kriegsverbrechen fallen. Zusätzlich zu den fünf Jahren, die er zu dem Zeitpunkt im Gefängnis abgesessen hatte, kamen acht Jahre Zuchthaus hinzu. Die relativ milde Strafe ist darauf zurückzuführen, dass Khadr zum Zeitpunkt des Verbrechens eben minderjährig war.

Im Jahr 2012 wurde er nach Vereinbarung aus Guantanamo in ein kanadisches Gefängnis verlegt, um seine restliche Haftstrafe dort abzusitzen. „Khadr ist ein bekannter Anhänger des Terrornetzwerks El-Kaida und ein verurteilter Terrorist“, betonte damals der kanadische Innenminister der früheren konservativen Regierung von Stephen Harper. Im kanadischen Gefängnis sitzend, verklagte Khadr die kanadischen Behörden auf 16 Millionen Dollar, mit dem Vorwurf, man habe, als er sich in Guantanamo befand, das Menschenrecht mit Füßen getreten. Wie bereits erwähnt, entschied das Gericht des Staates Kanada schließlich zugunsten des Terroristen, der im Mai 2015 zu einem freien Mann wurde.

„Eine abartige Entscheidung“

Das Gericht fällte keine Entscheidung über den von Khadr geforderten Entschädigungsbetrag. Vor kurzem erst ist bekannt geworden, dass er aber 8 Millionen erhalten wird. Die Konservativen in Kanada kochten vor Wut und der Oppositionsführer hielt sowohl die Forderung wie eine Entschuldigung für wortwörtlich „abartig“. Laut der Gegnerschaft einer solchen Vereinbarung müsse der Entschädigungsbetrag um einiges geringer ausfallen. Und die Regierung Kanadas solle sich keinesfalls bei einem Terroristen entschuldigen.

Doch Premierminister Justin Trudeau unterstützte den Gerichtsbeschluss nicht nur, sondern er verlieh diesem sogar den Status des kategorischen Imperativs. „Eine gerechte Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie unpopuläre Rechte verteidigt“, sagte er. „Wenn der Staat die Rechte seiner Bürger nicht respektiert, muss er dafür zahlen.“

Für diese Worte sah sich Trudeau einer Flut an Verurteilungen ausgesetzt, einschließlich seitens der Kameraden des getöteten Christopher Speer. „Einfach unfassbar. Da zahlt man jemandem wie Khadr 8 Millionen Dollar, nur weil seine Gefühle verletzt wurden“, sagte Lane Maurice, Veteran der US-Armee, der im selben Kampf sein Auge verlor. „Der saß nicht grundlos in Guantanamo. Seine Taten haben ihn dorthin gebracht.“

Maurice und die Witwe des getöteten Offiziers gewannen durch eine Zivilklage gegen Khadr im Jahr 2015, einen Betrag in Höhe von 104 Millionen Dollar. Aber da der Terrorist nicht in den USA lebt und in dem Land keine Vermögenswerte hat, bleibt dieser Sieg ein illusorischer. Nachdem es zwischen Khadr und der kanadischen Regierung zu dieser Vereinbarung gekommen war, bat die Witwe von Christopher Speer um eine Entschädigung für den Mord an ihrem Ehemann. Dieser Versuch schlug fehl. Aus Protest gegen die Entscheidung, rief eine Gruppe von Veteranen der kanadischen Armee zur Spendenaktion für die Familie Speer auf.

Discover the real Japanese

KOBE BEEF





bee bar[®]

Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20 67 93 01

Trumps Jerusalem-Entscheidung ist die erste konstruktive Handlung des Westens in Nahost seit Jahrzehnten

Durchbruch im als „Friedensprozess“ verbrämten Stillstand



MANDEL NGAN, AFP

Von Roger Letsch

US-Präsident Donald Trump an der Klagemauer

Die Ankündigung Trumps, er wolle die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen, ist seit vielen Jahren der erste tatsächliche Schritt, den irgendwer auf dieser Welt im Nahostkonflikt unternimmt. Auf der ganzen Welt wird nun gejammert, dies würde den Friedensprozess beenden (als stünde dieser kurz vor dem Durchbruch) und man zittert vor der Ankündigung, es würden nun „Tage des Zorns“ folgen (als gäbe es andere Tage für Fatah und Hamas). Von welchem Friedensprozess wird denn da gefaselt und wie bitte soll man einem Jahr, das bereits 365 zornige Tage hat, noch weitere hinzufügen? Geht es wirklich um die Verlegung der US-Botschaft? Warum demonstrieren Hamas und Fatah dann nicht vor US-Einrichtungen und rufen stattdessen zum Generalstreik gegen Israel auf? Und wen interessiert eigentlich, was eine Terror-Organisation wie die Hamas für richtig oder falsch hält?

War die Tatsache, dass Israels Parlament, das Oberste Gericht, der Präsident und der Ministerpräsident ihren Amtssitz in Jerusalem haben, in den letzten Jahren auch nur der Erwähnung wert, geschweige denn wütender Proteste? Nein! Stattdessen hat man auf allen Seiten fleißig Realitätsverweigerung betrieben. Die arabische Welt, die in Israel als Ganzes nicht mehr als ein unrechtmäßiges Provisorium sieht, welches sie demnächst beseitigen werde, ist Meister der Selbsttäuschung: Es gab immer schon jüdische Einwohner in der Levan-

te, ja, das gäbe man schon zu.

Aber diese würden niemals einen eigenen Staat gründen. Dann gründeten sie doch einen eigenen Staat, aber der würde sicher nicht lange überleben. Dann überstand Israel jedoch jeden Krieg, mit dem ihn die arabischen Nachbarn überzog, aber nie-nie-nie würde man den Juden Jerusalem überlassen, um es zur Hauptstadt Israels zu machen. Israel

„Und nun kommt ein gewisser Donald Trump und will eine Botschaft eröffnen.“

Haben wir etwa umsonst Schutzgeld gezahlt?

Jetzt ist die Angst wieder da vor der „muslimischen Welt“ und ihren irrationalen Handlungen und sicher werden einige übervorsichtige westliche Staaten bald

schen Linken sich mit den Zielen der Araber gemein machte. Terror im eigenen Land inklusive. Reihum beeilten sich die westlichen Staaten deshalb zu versichern, dass sie brav weiter Schutzgeld zahlen werden und dass der von Trump weggerissene Schleier für sie noch immer vor der Wahrheit hänge. Appeasement wie es schleimt und klebt. Kuriose Vorkommnisse inklusive. So fragte der NDR heute in seinem morgendlichen Speed-Quiz, „in welche israelische Stadt will Trump seine Botschaft verlegen?“ Richtige Antwort: Jerusalem. Wohl gemerkt: israelische Stadt, nicht „Stadt, deren endgültiger Status noch ausgependelt werden muss“. Es scheint doch so zu sein, dass die Realität sich nicht so ohne weiteres mit diplomatischen Mitteln und „Sprachregelungen“ aus der Welt schaffen lässt. Denn wenn „israelische Stadt“, dann steht „Hauptstadt“ wohl nichts im Wege. Jeder weiß, dass Jerusalem die Hauptstadt Israels ist, sogar der NDR und Wikipedia. Und ausgerechnet Frau Merkel, die in unverbindlichen Sonntagsreden gern vom „Schutz Israels als Staatsraison“ spricht, hat da so ihre Probleme. Ich an Ihrer Stelle hätte das Thema wie folgt behandelt. „Liebe Landsleute, der amerikanische Präsident wird seine Botschaft nach Jerusalem verlegen. Deutschland anerkennt die Tatsache, dass Israel Jerusalem als seine unteilbare Hauptstadt erklärt hat. Wenn unsere Botschaft dennoch in Tel Aviv verbleibt, dann nur des-

„ Israel hat den Südlibanon verlassen – die Terroranschläge und Raketenangriffe nahmen zu. Kaum hatte Israel den Gaza-Streifen geräumt, etablierte sich dort ein islamistisches Terror-Regime.“

machte Jerusalem 1980 zu seiner Hauptstadt, aber die internationale Gemeinschaft würde dies sicher nie anerkennen. Doch dann kam Trump und riss auch diesen Schleier der Illusion von der Realität. Dabei setzte er nur einen Kongressbeschluss um, der schon mehr als 20 Jahre alt ist – solche Dinge tun US-Präsidenten nun mal, auch dafür werden sie gewählt. Wie nahe an den Flächenbrand diese Ankündigung übrigens den deutschen Blätterwald brachte, zeigt eine Formulierung in der „Süddeutschen Zeitung“:

ganzseitige entschuldigende Anzeigen in arabischen Zeitungen schalten, wie es nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen 2005 der Fall war. Die Angst, eine stillschweigende Vereinbarung könne platzen, auf die die Weltgemeinschaft viele Jahre fest vertraut hat, ist mit Händen zu greifen. Wir geben den „palästinensischen“ Gruppen großzügig Geld, dafür beschränken diese ihren Terrorismus auf Israel, das war der Deal.

Es ist in Wirklichkeit noch gar nicht so lange her, dass Flugzeuge entführt wurden und die Avantgarde der deut-

halb, weil wir unsere Diplomaten einfach nicht vom Strand weg bekommen können. Zu Empfängen und anderen Anlässen fahren wir gern eine Stunde bis in die Hauptstadt.“

Das Märchen von „Ost-Jerusalem“

Mit Teilungen kennt sich der Deutsche aus, denkt er. Hat er selbige doch in Land und Stadt (Berlin) erlebt und seine Märchen sind voll von halben Königreichen, die Prinzen als Lohn für tapfere Prinzessinnenrettungen und Drachentötungen erhalten. „Lasst den armen Palästinensern doch dieses Stückchen Ost-Jerusalem“, sagen sie gern und organisieren „Palästina-Solidaritätskomitees“. Doch was genau ist dieses „Ost-Jerusalem“ und seit wann wird dieser Teil der Stadt so genannt? Im Ergebnis des Krieges, mit dem Ägypten, Syrien und Jordanien Israel anlässlich seiner Gründung überzogen, besetzte die jordanische Armee 1948 nicht nur das Westjordanland, sondern auch große Teile von Jerusalem. In der Idee, aus Jerusalem eine „neutrale Stadt mit internationaler Garantie“ zu machen, kam diese Besetzung und Aufteilung ebenso wenig vor, wie die israelische später! Der Teil der Stadt, auf den die „Palästinenser“ nun Anspruch erheben, trüge auch zutreffender den Namen Nord-Ost-Süd-Jerusalem, weil sich das restliche „West-Jerusalem“ nur wie eine Zunge in die Stadt schiebt. Die gesamte Altstadt und mit ihr auch die Klagemauer und weitere heilige Stätten der Juden (und Christen) liegen nicht im „Westteil“.

Warum um alles in der Welt glaubt irgendwer, die Araber hätten auf diese Stätten irgendeinen Anspruch? Und auf welcher rechtlichen Basis? Auf einer Besetzung aus dem Jahr 1948, die irgendwie besser oder rechtmäßiger sei, als eine aus dem Jahr 1967? Und bevor sie jetzt einwenden, die internationale Staatengemeinschaft würde den Juden doch sicher Garantie für den Zugang zur Klagemauer geben, überlegen sie gut: es ist nämlich erst ein paar Monate her, dass die UNESCO in einem Beschluss verkündete, der Tempelberg sei alleiniges (!) Kulturerbe der Muslime. Den Grund, warum Tag für Tag Juden an der Westmauer stehen, um zu beten, hatte man schlicht „übersehen“, ignoriert und gelegnet! Doch das war zu erwarten! Denn wenn die Juden eines aus der Geschichte gelernt haben, dann dass sie sich im Zweifel nur auf sich selbst verlassen können.

Deshalb wird folgendes nie passieren: die Aufteilung von Jerusalem. Das ist noch um Größenordnungen ausgeschlossener als die Frage, ob es ein wie auch immer geartetes Rückkehrrecht für Araber geben kann, welches diese als ihr „kulturelles Erbe“ von Generation zu Generation weitergeben.

Tempelberg und Waqf

Als die israelische Armee im Sechs-Tage-Krieg 1967 auch den Ostteil von Jerusalem besetzte, löste sie damit de facto nur eine andere Besetzung ab, nämlich die der Jordanier. Ganz Ost-Jerusalem? Nein! Ein kleiner aber wichtiger Flecken blieb davon ausgenommen. Der steht bis heute ausdrücklich unter dem Schutz des jordanischen Königs, welcher die Waqf, eine religiöse Stiftung, mit der Verwaltung und Kontrolle der Moscheen auf dem Tempelberg betraut hat. Niemand tastete den Felsendom oder die Al-Aksa-Moschee an und das wird sich durch die Anwesenheit der amerikanischen Botschaft auch nicht ändern!

Süd-Libanon und Gaza lassen ahnen was ein Abzug aus dem Westjordanland brächte



Pro-Trump-Plakat in Jerusalem

Ich gebe zu, ich bin in dieser Sache kein neutraler Beobachter, sondern parteiisch. Dass ich auf der Seite Israels stehe bedeutet jedoch nicht, dass ich nicht anerkenne, in welcher verfahrenen Situation sich auch die arabische Seite befindet, gerade weil sie bisher noch in jede Sackgasse der Gewalt mit Volldampf hineingefahren ist. Die palästinensischen Araber im Westjordanland und Gaza sind Geiseln ihrer unrealistischen Erwartungen, von Legendenbildung und Geschichtsklitterung und einer bis auf die Knochen korrupten Führungselite, die sich ungeniert die Taschen vollstopft und die selbst in den Bereichen vollständig versagt, in denen sie die angestrebte Autonomie längst erreicht hat. Jedes Zugeständnis Israels, gerade wenn es um Territorien ging, wurde nicht als Zeichen der Entspannung, sondern als Zeichen der Schwäche interpretiert. Israel hat den Südlibanon verlassen – die Terroranschläge und Raketenangriffe nahmen zu. Kaum hatte Israel den Gaza-

Streifen geräumt, etablierte sich dort ein islamistisches Terror-Regime. In welche trübe Glaskugel muss man blicken, um in der Teilung Jerusalems und israelischem Verzicht auf sein historisches Erbe den Frieden zu erblicken? Und wo ist das Vorbild in der Welt, das zeigt, wie zwei konkurrierende islamistische Terror-Organisationen einen demokratischen Staat gründen, und zwar in der Nachbarschaft genau des Volkes, dem sie bei jeder Gelegenheit die Vernichtung androhen? Richtig, irgendwo zwischen „wird-nicht-passieren“ und „kannst-du-vergessen“!

Seit seiner Gründung ist Israel im Krieg. Ein Friedensprozess, wie ihn die Welt gern herbeiredet, stellt sich nur durch konsequentes Wegschauen und die Tatsache ein, dass wir die Bedrohungslage aus der Entfernung betrachten. Ansbach und Berlin sind uns näher als Netanya und Jerusalem. Natürlich nehme auch ich mit einem mulmigen Gefühl wahr, wie sehr sich das Leben in Israel mit den Jahren militarisiert hat.

Die Frage ist jedoch, was wäre die Alternative? Aufgeben? Die Waffen strecken? Als rechtlose Minderheit unter Menschen leben, die von Kindesbeinen an gelernt haben, dass Juden die „Nachfahren von Affen und Schweinen“ seien? Nein!

Es ist eben nicht alles verhandelbar! Der Status von Jerusalem ist da ein gutes Beispiel, weil es die unteilbare Hauptstadt von Israel ist – wechselnde Waffenstillstandslinien, Besetzungen und Vertreibungen hin oder her. Es gibt keinen anderen, annehmbaren Status Quo, zu dem man wieder zurückkönnte, man muss die Tatsachen anerkennen. Ist das in allen Aspekten gerecht? Sicher nicht! Aber war es „gerecht“, dass Gott den Menschen aus dem Paradies vertrieb, wie die Bibel sagt? Das bedeutet nicht, dass sie da je wieder hinkommen. Das „Ost-Jerusalem“ (besonders in der Form, in der es definiert wird) je die Hauptstadt „Palästinas“ sein könne, ist ausgeschlossen.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE






Die europäische Sozialdemokratie wendet sich schleichend von den Juden ab

Die Labour Party unter Jeremy Corbyn kehrt jüdischen Wählern den Rücken auch im Hinblick auf die zahlreichen islamischen Stimmen



Jeremy Corbyn mit Anhängern

ZUM 70. JAHRESTAG DES STAATES ISRAEL

Das Ensemble der Solisten des Israelischen Philharmonieorchesters

DIE VIRTUOSEN VON TEL AVIV

im Programm „Von Klassik bis zum Jazz“



Im Programm der Werke von Bach, Bizet, Sarasate, Paganini, Dvořák, Tschaikowsky, Joplin, Gerswin, Kern, Newman, Chaplin, etc., in Jazz-arrangements. Die Zuschauer erwartet an diesem Abend eine Symbiose von Klassik und Jazz.

Leiter des Ensembles "Die Virtuosen von Tel Aviv" - **Maestro Alexander Povolotsky**
Leiter des Israelischen Philharmonie Orchesters - **Maestro Zubin Mehta.**

«Von Klassik bis zum Jazz» – eins der schönsten Konzerte des brillanten Ensembles «Die Virtuosen von Tel Aviv». Beim Konzert erklingen klassische Hits in Verbindung mit Jazz. Dies ist ein weiterer Versuch (und sehr erfolgreich!) zwei Genres zu verbinden – Klassik und Jazz. Perfekter Klang, brillante Improvisation, funkeln den Humor, eine einmalige Verständigung zwischen den Musikern.»

D. Shvarts

Konzerte werden stattfinden:

13.04.2018, 20:00, BERLIN, Berliner Philharmoniker, Kammermusiksaal

14.04.2018, 19:00, FRANKFURT am MAIN/ OFFENBACH, Capitol Theater, Palladium

17.04.2018, 19:30, DÜSSELDORF, Museum Kunstpalast, Robert-Schumann-Saal

18.04.2018, 19:30, MÜNCHEN, Gasteig, Carl-Orff-Saal

Information und Kartenbestellung: Websites und Kasse Konzertsäle, Websites eventim.de, westticket.de, frankfurtticket.de, derticketsservice.de, muenchenticket.de und in den städtischen Konzert- und Theaterkassen.

Von Hansjörg Müller (London)

Jeremy Corbyn, der Vorsitzende der britischen Labour-Partei, ist kein Freund Israels. Damit ist er in seiner Partei nicht allein: Gegner des jüdischen Staates gibt es auch und gerade unter Linken viele. Doch eines unterscheidet Corbyn von den meisten Israel-Hassern: Anders als diese legt er keinen Wert auf die Feststellung, er habe doch jüdische Freunde.

Letzten September, beim Labour-Parteitag in Brighton, hielt er eine Abschlussrede, in der kaum eine Minderheit von seiner Solidarität verschont blieb: Muslime, Schwarze, Asiaten, Lesben, Schwule und Transsexuelle – sie alle hätten bei Labour eine politische Heimat, erklärte er.

Nur die Juden erwähnte Corbyn nicht.

Das war umso verwunderlicher, als die großen Londoner Zeitungen vor und während des Parteitags ausführlich und erschöpfend darüber diskutierten, ob Labour ein Problem mit Antisemiten in den eigenen Reihen habe. Nur einen Tag vor Corbyns Ansprache hatte ein Redner vom selben Podium herab vom „verabscheuungswürdigen Staat Israel“ geredet; am gleichen Tag stellte eine Labour-Politikerin die Frage, ob es erlaubt sein solle, darüber zu debattieren, ob der Holocaust tatsächlich stattgefunden habe. Im Foyer verteilten pro-„palästinensische“ Aktivisten ein Flugblatt, auf dem der Nazi-Funktionär Reinhard Heydrich als Kronzeuge für die abstruse These herangezogen wurde, Adolf Hitler habe nie die Absicht gehabt, die Juden auszurotten.

Ungehörte jüdische Labour-Mitglieder

Auch jüdische Labour-Mitglieder verteilten in Brighton Flugblätter. Sie stellten die geradezu rührend naive Forderung, Jere-

my Corbyn müsse bei der Bekämpfung des Antisemitismus unterstützt werden. Doch der ergriff nicht die Hand, die ihm dargeboten wurde. Wäre es ihm ein Anliegen gewesen, seinen jüdischen Parteikollegen zu versichern, dass auch sie bei Labour weiterhin willkommen sind, er hätte es in seiner Abschlussrede tun können. Doch er tat es nicht. Auf die „Unterdrückung des palästinensischen Volkes“ hinzuweisen versäumte er hingegen nicht – und der Jubel der Delegierten war an dieser Stelle besonders laut. Es schien, als wären Labours jüdische Mitglieder schon gar nicht mehr da.

Warum aber verleugnet Corbyn seine jüdischen Parteikollegen? Womöglich steckt politisches Kalkül dahinter: Knapp 300.000 Juden leben in Großbritannien, aber drei Millionen Muslime. Wo das größere Wählerpotenzial liegt, ist klar.

Welche paternalistische Annahme dieser Strategie zugrunde liegt, ist Corbyn wahrscheinlich nicht einmal bewusst: Muslime behandelt er wie trotzig Kinder, von denen nicht eingefordert werden darf, den Nahost-Konflikt mit so viel Nüchternheit und Distanz zu betrachten, dass ihnen nicht bereits die bloße Anwesenheit von Juden als Provokation erscheint.

Wie die meisten sozialdemokratischen Parteien Europas war Labour traditionell immer auch eine jüdische Partei: Die Emanzipation von Juden, Arbeitern und Frauen ging seit dem 19. Jahrhundert oft Hand in Hand.

Das ist nun vorbei: Labour ist keine aufklärerische Kraft mehr. Großbritanniens jüdische Gemeinschaft und die Arbeiterpartei haben damit das Ende eines gemeinsamen Weges erreicht.

(Zuerst erschienen auf „Publico“ von Alexander Wendt)

Von der SPD haben Israel und die Juden nichts mehr zu erwarten

Wer sind die „jungen Menschen“, denen Sigmar Gabriel die deutsche Verantwortung für Israel angeblich nur noch schwer erklären kann?

Von Alexander Wendt

Die Aktien Sigmar Gabriels steigen allmählich wieder. Sollte es die SPD-Basis mit ihrem Votum erlauben, dann hätte er gute Chancen, Außenminister zu bleiben. Für die deutsche Nahostpolitik bedeutet das nichts Gutes. Denn bei der deutschen Nahost- und Israelpolitik geht es schon seit Frank-Walter Steinmeiers Zeiten eigentlich eher um eine sozialdemokratische Strategie mit innenpolitischen Motiven.

Deshalb dürfte sich auch dann nicht viel bessern, wenn nicht Gabriel die Richtlinien bestimmen sollte, sondern eine Alternativkandidatin wie Katarina Barley.

Eine seltsame Bemerkung Gabriels nach dessen letzter Nahostreise Ende Januar zeigt exemplarisch, welches innenpolitische Kalkül eigentlich hinter der SPD-Nahostpolitik steht. In seiner Rede auf der Jahreskonferenz des Instituts für Nationale Sicherheitsstudien (INSS) in Tel Aviv sagte Gabriel über die seiner Meinung nach zu geringen Anstrengungen Israels für eine Zwei-staatenlösung:

„Diese bestenfalls gemischten Signale gehen in Europa nicht ungehört vorbei. Dort wächst die Frustration über Israels Handeln.“ Und: „Junge Menschen“ seien immer weniger bereit, die Behandlung der „Palästinenser“ durch Israel zu akzeptieren. Es werde für ihn „immer schwieriger, zu erklären, warum unsere Unterstützung für Israel anhalten muss.“

Wer sind die „jungen Menschen“?

Bemerkenswert war nicht nur die offene Drohung, er als Außenminister beziehungsweise Deutschland insgesamt könnte dem jüdischen Staat demnächst auch formal seine Unterstützung entziehen. Sondern auch die ausdrückliche Verknüpfung mit „jungen Menschen“ in Deutschland und Europa. Den Subtext versteht jeder, Gabriel musste ihn gar nicht explizit aussprechen: Mehr und mehr junge Muslime, eingewandert oder hier geboren, werden zum politischen Gewicht.

Politiker der SPD machen keinen großen Hehl daraus, dass sie vor allem in diesem Milieu neue Wähler finden wollen. Die designierte Arbeitsministerin Eva Högl forderte vor den SPD-Delegierten, die sie 2017 zur Berliner Spitzenkandidatin kürten, ein Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger in Deutschland. Eine ganz ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei Labour unter Jeremy Corbyn: offensives Werben um muslimische Wähler, maximale Distanz zu Israel und den Juden.

Bei seiner vorletzten Israel-Reise 2017 hatte Gabriel bekanntlich Organisationen wie B'tselem und Schowrim Stika (Das Schweigen brechen) seine Aufwartung gemacht, die er als „zivilgesellschaftliche Gruppen“ bezeichnete – eine Formulierung, die sonst auf außenpolitischer Ebene nur in Bezug auf autoritäre Regime und Diktaturen benutzt wird.

Vor allem Schowrim Stika war in der Vergangenheit immer wieder dadurch aufgefallen, dass seine Aktivisten der israelischen Armee Menschenrechts-



Sigmar Gabriel mit ARD-Journalistin und Aydan Özoguz

verletzungen vorgeworfen hatten. Allerdings stellten sich die Beschuldigungen in vielen Fällen als entweder nicht nachprüfbar oder falsch heraus. Mit seinem demonstrativen Treffen hatte Gabriel damals die Absage eines Termins bei Premierminister Benjamin Netanjahu provoziert. Dafür war er im Internet (unter anderem auf der Seite von tagesschau.de) von Israelfeinden frenetisch bejubelt worden.

Selbst die SZ wunderte sich

Bei seinem jüngsten Besuch sprach er nun wieder mit Netanjahu – was er wie einen Pflichttermin absolvierte – aber auch mit dem Präsidenten der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, Machmud Abbas, in Ramallah. Dort gab er zu Protokoll, er habe „den Mut der Palästinenser, immer an den Friedensprozess zu glauben, immer bewundert“. Selbst die notorisch israel-gegenerische „Süddeutsche“ notierte dazu: „Ganz schön dick trägt der Außenminister da auf.“

Denn Abbas hatte vor kurzem noch einmal für alle, die es hören wollen, jeden Kompromiss mit Israel abgelehnt. Auf einer PLO-Konferenz Mitte Januar gab er die wirre Erklärung ab, Israel sei ein „Kolonialprojekt, das nichts mit den Juden zu tun“ habe. „Die Europäer wollten die Juden hierher bringen, um ihre Interessen in der Region sicherzustellen“, sagte Abbas: „Sie haben die Niederlande, die damals die größte Flotte besaß, gebeten, die Juden zu transportieren.“

Der Friedensprozess von Oslo, so Abbas, sei „tot“. Schuld sei selbstver-

ständig Israel, außerdem Donald Trump mit seiner Entscheidung, den Beschluss des US-Kongresses von 1995 zu verwirklichen und die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen.

Es zieht sich schon seit vielen Jahren ein roter Faden durch die Nahostpolitik der SPD: Von der damaligen SPD-Generalsekretärin und heutigen designierten SPD-Chefin Andrea Nahles, die 2012 von „gemeinsamen Werten“ und „strategischer Partnerschaft“ mit der Fatah sprach, über den Ex-Außenminister Steinmeier, der sich am Grab von Jassir Arafat verbeugte, bis hin zu Gabriel, der sich inzwischen noch nicht einmal um den Schein einer Äquidistanz zu Israel und dem antisemitischen Verschwörungstheoretiker Abbas bemüht.

Die EU springt ein

Während Gabriel verkündet, es sei jetzt Zeit, die Unterstützung Israels wegen der „jungen Menschen“ in Deutschland zu beenden, müht sich der sozialdemokratische EU-Abgeordnete Arne Lietz im Europaparlament ganz praktisch, jeden Verhandlungsdruck von der „palästinensischen“ Seite zu nehmen. US-Präsident Trump hatte angekündigt, die amerikanische Unterstützung für das UN-„Palästinenser“-Hilfswerk zusammenzuziehen, sollte Abbas sich weiterhin weigern, echte Verhandlungen mit der israelischen Seite aufzunehmen.

„Die Entscheidung der US-Regierung, Hilfszahlungen an das UN-Palästinenserhilfswerk mit politischen

Forderungen zu verbinden, ist eine gefährliche Politisierung von humanitärer Hilfe. Ich bin über die Zurückhaltung der Zahlungen zutiefst beunruhigt“, so Lietz in einer Presseerklärung. Dass es zu den Kürzungen gar nicht kommen müsste, wenn Abbas seinen strikt israelfeindlichen Kurs ändern würde – diese Möglichkeit kommt bei Lietz gar nicht vor.

Stattdessen fordert er – ohne dafür irgendetwas von Abbas und der Fatah zu verlangen – dass die EU sofort in die finanzielle Lücke springen soll, die Trumps Entscheidung hinterlässt.

„In der Resolution begrüßt das Europäische Parlament die Entscheidung der EU sowie einiger Mitgliedsstaaten – darunter Deutschland –, im Schnellverfahren der UNRWA zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen“, freut sich der SPD-Europapolitiker, und berichtet stolz, er habe in seiner Verhandlung über die Parlamentsresolution „eine breite politische Unterstützung von sechs Parteienfamilien“ zustande gebracht.

Dort, wo Trump den Verhandlungsdruck auf die „palästinensische“ Seite erhöhen will, sorgt die SPD sofort federführend dafür, ihn mit zusätzlichem EU-Steuergeld sofort wieder zu nehmen.

Egal, wer Außenminister wird oder bleibt: Diejenigen, die Israels Existenz für etwas Positives halten, haben von der SPD nichts mehr zu erwarten.

Zuerst erschienen auf der Seite „Publico“ von Alexander Wendt

Katjes und das Kopftuch

Wie Profitinteresse westliche Konzerne zu Erfüllungsgehilfen der Islamisierung macht

Von Roger Letsch

Das neue Gesicht der Katjes-Kampagne mit Hijab: Ganz in Rosa steht sie da. Das neue Kampagnen-Gesicht der Firma Katjes lächelt züchtig verschleiert von Plakaten und in Bahnhöfen, und in den sozialen Medien fährt die Empörung hoch. Eigentlich ist es nur eines von drei Gesichtern der Kampagne, aber die anderen beiden kommen in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vor.

Um die tatsächliche Wirkung abschätzen zu können, wollte ich aber ein paar Tage abwarten. Geht mehr als ein Aufschrei in sozialen Medien durchs Land? Melden sich empörte Politiker zu Wort? Gibt es ein Kommentar-Echo in den sogenannten Leitmedien, wo den Menschen gesagt wird, wie sie sich zu dieser Sache zu verhalten haben? Sendet die ARD einen „Brennpunkt“? Nichts dergleichen – und diese Tatsache spricht Bände.

Genau das hatte ich nämlich erwartet. Es wurde sehr sachlich berichtet, man verzichtete sogar – soweit ich das verfolgen konnte – auf die sonst üblichen Stempel für die zornigen Bürger, die bei anderen Gelegenheiten schnell als Rassisten, Islamophobiker und Schlimmeres tituliert werden. Bei „Emma“, wo in Deutschland die letzten echten Feministinnen politisches Asyl haben, ist man empört und tut das, was man schon seit Jahren in Fällen „fahrlässiger Verschleierung“ macht: man setzt haarklein auseinander, was die wirkliche Bedeutung dieser Kopfbedeckung ist, was sie in Ländern auslöst und begünstigt, in denen sie Pflicht ist und was aus unserer Gesellschaft würde, wenn wir uns aus falsch verstandener Toleranz mit den Erklärungen abspesen ließen, die uns der Islam zur Verschleierung der Frau gibt. Ausdrücklich unterschreibe ich jedes Wort dieses Artikels.

Warum sollte Katjes bekämpfen, was die Politik längst hingenommen hat?

Und dennoch muss ich hier mal einen Schritt zurücktreten, um einen weiteren Blick auf das zu werfen, was hier im Land gerade passiert. Ich werde zum allgemeinen Entsetzen gleich mit einer schallenden Ohrfeige starten:

Warum eigentlich sollte die Industrie die Kämpfe ausfechten, die Politik und Zivilgesellschaft längst verloren gegeben haben oder die sie nie ernsthaft führten?

„Erst kommt das Fressen, dann die Moral“, schwadroniert Brecht in der Dreigroschenoper. Diese anti-bourgeoise Kampfpapare bekommt heute erst Sinn, wenn man sie umdreht: Die Moral bestimmt, was auf den Tisch kommt. Und diese „Moral“, ist die Summe unserer Gesetze, Traditionen, gesellschaftlicher Normen und hitzig geführter Debatten, aus denen sich die Regeln unseres Zusammenlebens herleiten. Eigentlich mag ich ja nicht immer nur schlechte Nachrichten überbringen. Aber ich muss es wohl tun: der Drops „Akzeptanz der Vollverschleierung“ ist in Deutschland und Europa längst gelutscht!

Der verlorene Kampf gegen das Kopftuch

Dieser Kampf wurde an vielen Fronten nur halbherzig gekämpft und verloren! Er wurde verloren vor Gerichten, wenn es um Lehrerinnen oder andere Staatsbeamte ging. Er wurde verloren



CDU-Fraktionschef Volker Kauder 2015 im „Tagesspiegel“-Interview: „Es gibt keine Islamisierung Deutschlands.“

in Schwimmbädern, die Burkinis gestattet und Geschlechtersegregation zuließen. Er wurde verloren in Medien, die Hijab und Kopftuch bunt schrieben und zum Symbol von Feminismus, Selbstbestimmung und Lebensfreude umdeuteten. Er wurde verloren, weil er dem latenten Antiamerikanismus, der mit dem Feindbild Trump fröhliche Urstände feiert, in Gestalt von „progressiven“ Islamistinnen wie Linda Sarsour hinterherhechelt. Die Indifferenz unserer Politik, die sich jahrelang weigerte, zum wachsenden islamischen Verschleierungszwang allgemeine Regeln zu definieren und diese zumindest auf staatlicher Ebene durchzusetzen, hat dazu geführt, dass weite Teile der Bevölkerung heute nicht wissen, wie sie sich zu diesem Thema verhalten sollen oder überhaupt noch dürfen! Man hat es zugelassen, dass die Kritiker von Kopftuch und Hijab aller erdenklichen finsternen Absichten bezichtigt wurden, hat sie des Rechtsextremismus und der Islamophobie beschuldigt und die andere Seite, die Seite der Verschleierung, dadurch in den hellsten Farben gezeichnet. Man hat stillschweigend mit angesehen, wie arabische oder per-

sische Frauen, welche die Bedeutung und den Zweck der Verschleierung selbst erlebt und diese abgeschüttelt und sich emanzipiert haben, als Nestbeschmutzerinnen beschimpft wurden, denen es einfach an Toleranz fehlte. Vielleicht war das nicht beabsichtigt, aber das Ergebnis all dieser kleinen und großen Kapitulationen können wir nun bei vielen Gelegenheiten bewundern, zum Beispiel in der Katjes-Kampagne. Doch Ursache und Wirkung lassen sich nicht so einfach umdrehen. Die Werbung schafft keine gesellschaftliche Akzeptanz, sie reagiert darauf.

Die Marktwirtschaft ist nicht für die Moral zuständig

Die Marktwirtschaft ist nur ein Wirtschaftssystem, kein Regelwerk für das Zusammenleben von Menschen und schon gar keine Sammlung moralischer Werte. Bildung, Kindererziehung, Tradition oder Kultur – auf all das gibt sie keine Antworten. Sie bietet aber jedem, der sich erfolgreich Regeln und Freiräume geschaffen hat, genau die Waren und Dienstleistungen, für die sich Märkte gebildet haben. Wer also sehen will, welche Normen sich in einem

Land bereits etabliert haben, der höre nicht auf die Debatten und Demonstrationen – der schaue auf die Märkte, die entstanden sind und die unsere Marktwirtschaft wie selbstverständlich bedient. Nike verkauft Sport-Hijabs nicht aus Provokation, sondern weil es der westlichen Gesellschaft nicht gelungen ist, den Sport freizuhalten von religiösen Interpretationen. Mattel verkauft Hijab-Barbies, weil unsere freie und demokratische Gesellschaft offenbar keine ausreichende Anziehungskraft auf gewisse muslimische Milieus hat, wo Kinder stattdessen in überkommenen, tradierten Wertvorstellungen erzogen werden. Katjes-Süßkram war schon immer frei von Schweinereien – nur hat man jetzt einen willkommenen „Mehrwert“ dieser Tatsache entdeckt.

Wo die Debatte hingehört und wohin nicht

Die Debatte versucht nun, die Fortsetzung der verlorenen Schlachten um Wertvorstellungen und Moral dem Markt aufzudrücken. Und Katjes? Die Macher der Kampagne sehen sich mit zwei Vorwürfen konfrontiert. Einige zum Beleidigtsein neigende Muslime regen sich darüber auf, dass das Modell keine „echte Muslima“ sei – was angesichts der fortwährenden Beteuerungen, der Hijab sei letztlich auch nichts anderes als ein Kleidungsstück, unfreiwillig lächerlich wirkt. Eine Stellungnahme an die Adresse der Kritiker der Vollverschleierung zeigt hingegen vor allem Hilflosigkeit und Überraschung des Zuckerverkäufers:

„Die Zielgruppe von Katjes ist vielfältig. Die drei Gesichter der Kampagne stehen jede für sich für die junge, fröhliche, natürliche und etwas freche Seite der Marke. Mit der Kampagne sprechen wir insbesondere junge Frauen an, die Spaß am Leben haben und sich dabei bewusster ernähren. Dazu zählen auch junge Musliminnen, bei denen der Verzicht auf tierische Gelatine eine bedeutende Rolle spielt – ob sie Kopftuch tragen oder nicht. Wir zeigen somit in der Kampagne unsere Zielgruppe. Kennen Sie schon die anderen beiden Kampagnenmotive?“

Diese naive Ehrlichkeit zeigt, wie überrascht man von den Protesten war. Man schlussfolgerte aus dem Stand der medialen und politischen Kapitulation auf die Akzeptanz der Kunden – und lag damit gründlich daneben. Deshalb habe ich zum Abschluss eine Bitte an meine Leser: delegiert gesellschaftliche Debatten nicht an die Wirtschaft, da gehören sie nicht hin. Werdet euch darüber klar, dass eine Marktwirtschaft stets innerhalb der Grenzen und Regeln agiert, die man ihr setzt.

Krauss-Maffei-Wegmann verkauft Panzer in die Türkei, weil es gestattet ist, Katjes wirbt mit muslimischer Verschleierung, weil man sich davon Umsätze verspricht und der Verhüllungs-lappen fälschlicherweise zum Symbol von Selbstbestimmung und Freiheit hochgefiedelt wurde. Wäre der Hijab in Deutschland nur ein Symbol der Unterdrückung der Frau und des islamischen Patriarchats, wie er es verdient, könnten wir auf den Katjes-Plakaten eine unverschleierte Vicenca Petrovic sehen. Warum dies heute leider anders ist, habe ich zu erklären versucht. Zum Glück ist nicht in Stein gemeißelt, dass dieser Zustand so bleiben muss.

Boris Palmer, der mutige Bürgermeister von Tübingen

Kritische Fallbeispiele für innerparteiliche Meinungsunterdrückung

Von Alexander Wendt

Vielleicht wird es später einmal heißen: in den letzten Februartagen des Jahres 2018 kamen zwei Ereignisse zusammen, die nicht kausal zusammenhängen, aber zusammen die Verhältnisse zum Tanzen brachten. Für das eine Ereignis ist Angela Merkel zuständig.

Nach der Entscheidung der Essener Tafel, vorübergehend nur noch deutsche Neukunden zusätzlich aufzunehmen, weil der Anteil der Nichtdeutschen schon auf 75 Prozent gestiegen war und junge kräftige Migranten deutsche Seniorinnen verdrängten, nach dieser Entscheidung also meldete sich die Kanzlerin bei RTL zu Wort und erteilte den ehrenamtlichen Helfern der Essener Tafel eine strenge Rüge: „Da sollte man nicht solche Kategorisierungen vornehmen. Das ist nicht gut.“

Nun sind die Deutschen schon einiges von dieser seit zwölf Jahren führenden Politikerin gewohnt. Sätze wie: „Volk ist jeder, der in diesem Land lebt“, oder, auf die Frage einer Wählerin, was sie gegen den rasanten Anstieg von Sexualattacken zu tun gedenke: „Strafdelikte sind bei uns nicht erlaubt“.

Aber dass sie sogar noch diejenigen im Stil einer kindlichen Kaiserin abkanzelt, die im Souterrain der Gesellschaft versuchen, ehrenamtlich die Folgen ihrer Grenzöffnungspolitik zu mildern, das könnte das entscheidende Wort zu viel gewesen sein. Spätestens nach diesem letzten perfiden Manöver ist Merkel zehntausenden jener wohlmeinenden bürgerlichen Wähler nicht mehr zumutbar, die ihr im Herbst 2017 noch eine letzte Chance geben wollten. Selbst ansonsten treuen Gefolgsleuten in den Medien mutet die Kanzlerinnen-Einlassung zur Essener Tafel zu tartuffemäßig und bizarr an, als dass sie noch Lust hätten, Angela die Letzte zu verteidigen.

Merkel kann künftigen Historikern als Exempel dafür dienen, was passiert, wenn eine Politikerin oder ein Politiker sich von einer kleinen homogenen Elite beklatschen lässt und darüber nicht begreift, dass die eigene Ära längst vorbei ist.

ÖVP-Kurz trifft Grünen Palmer

Das war das eine Ereignis. Das andere fand weit entfernt vom politischen Berlin statt: Österreichs Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) traf sich mit dem grünen Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer. Kurz kommentierte dazu auf Twitter:

„Konnte heute den Oberbürgermeister v #Tübingen #BorisPalmer treffen – eine beeindruckende Persönlichkeit. Wir teilen vor allem die Überzeugung, dass es einen Systemwechsel in d Flüchtlingspolitik braucht. Wir müssen d #EU-Außengrenzen schützen u mehr in Hilfe vor Ort investieren.“

Vor kurzem meinte die Berliner Schriftstellerin Monika Maron in einem Text auf der „Achse des Guten“, sie würde am liebsten Sebastian Kurz wählen, was leider für sie als Deutsche nicht ginge. Oder Boris Palmer, wenn der sich entschließen könnte, eine eigene Partei zu gründen. Genau hier treffen zwei Punkte zusammen: auf der einen Seite eine radikal unbürgerliche, intellektuell verwahrloste Kanzlerin und CDU-Chefin – und auf der ande-



Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im Gespräch mit Boris Palmer (Grüne).

ren Seite ein bürgerlicher und deshalb von seinen eigenen in Korrektheit erstarrten Parteifunktionären gehasster Grüner. Beflügelt das nicht die Phantasie? Was würde passieren, wenn es eine Partei von Boris Palmer und anderen bürgerlichen Politikern gäbe?

„CDU-Wähler haben doch keine Alternative“

Seit etwa sieben Jahren lautete die Logik der CDU-Parteiführung über viele Kaskaden herab so:

2011: Die bürgerlichen Wähler können uns ja gar nicht zu einer anderen Partei weglaufen. Wohin denn? Zur NPD? Egal, wie sehr die CDU das bürgerliche Lager foppt, zum Beispiel durch die planwirtschaftliche Energie-wende: die Leute haben doch gar keine Alternative. Sie können höchstens ins Nichtwählerlager. Aber da schaden sie uns nicht.

2014: Gut, es gibt jetzt eine so genannte Alternative, die AfD. Aber auf die paar Prozent, die zu dieser Professorenpartei überlaufen, können wir verzichten.

2015: Mag sein, dass die AfD jetzt nach der chaotischen Grenzöffnung wächst. Aber die neue Truppe steht rechts von uns, und solange der antifaschistische Schutzwall der Medien hält, werden wir sie eindämmen.

2018: Zugegeben, die AfD ist mittlerweile in einigen Umfragen stärker als die SPD. Aber egal: solange dort Gestalten wie Björn Höcke und André Poggenburg herumgeistern, schreckt das noch genügend bürgerliche Wähler ab, bei denen das Kreuz zu machen. Selbst wenn die Union nur noch bei 30 oder 28 Prozent steht: wir beherrschen die Mitte.

Eine neue bürgerliche Partei

Lassen wir die politische Phantasie ein wenig arbeiten. Eine neue bürgerliche Partei mit Boris Palmer, mit Wolfgang Bosbach, mit Klaus-Peter Willsch, Rainer Wendt, Seyran Ates, Cora Stephan und noch etlichen anderen Männern und Frauen könnte das alles ändern. Sie könnte diese bleierne Logik des Merke-

lismus in kürzester Zeit zerschlagen. Ihr würde es schon genügen, wenn sie das Asylrecht wieder so anwenden würde, wie es in der Verfassung steht: als Hilfe für politisch Verfolgte, als Hilfe auf Zeit für Kriegsflüchtlinge – aber nicht als Ersatzweg für Masseneinwanderung.

Sie bräuchte nur den gesetzlich vorgesehenen Zustand an den Grenzen wiederherzustellen. Sie müsste nur die Proportionen im Land wieder zu rechtrücken, die völlig aus den Fugen geraten sind, wenn vorgeblich minderjährige Migranten aus Afghanistan, wie kürzlich im „Spiegel“ beschrieben, für tausende Euro pro Monat eine Rundumfürsorge mit einem Betreuungsschlüssel von eins zu 1,6 erhalten, während Pflegekräfte in Seniorenheimen mit einem Betreuungsschlüssel während der Nachtschicht von eins zu sechzig kämpfen und Pflegefälle stundenlang in ihren Exkrementen liegenbleiben.

Eine neue bürgerliche Partei bräuchte nur angesichts eines Haushaltsüberschusses von 36 Milliarden Euro eine Steuerreform vorzuschlagen und durchzusetzen, die vor allem kleine und mittlere Verdienner entlastet. Denn anders, als viele öffentliche Meinungsbilder verboten, zahlt in Deutschland schon ein alleinstehender Mindestlöhner 70 Euro Steuern im Monat. Ein Vorarbeiter bei Porsche, ein tüchtiger Handwerksmeister liefert für einen Teil seines Einkommens schon den Spitzensteuersatz ab. Würde die im wahrsten Sinne grenzenlose Finanzierung von Migranten inklusive Zweitfrauen und 25-jährigen Minderjährigen wegfallen, dann wäre auch allemal genügend Geld da, um bedürftigen Senioren so zu helfen, dass sie nicht mehr zur Tafel gehen müssten.

Ende des energierenden Belehrungstones

Einer Palmer-Partei würde es für einen Zulauf aus dem bürgerlichen Lager schon genügen, wenn sie sagt, dass Deutschland keinen „Preis“ dafür zu zahlen hat, wenn Jens Weidmann 2019

Präsident der Europäischen Zentralbank werden sollte. Und dass niemand in der Europa- und Euro-Politik ein „Hardliner“ ist, nur, weil er auf die Einhaltung der gemeinsamen Regeln besteht.

Eine frische Partei könnte endlich – nach dem Vorbild von Kurz – mit dem energierenden Belehrungston einer uckermärkischen Unterstufenlehrerin schlussmachen – egal, ob gegenüber mittelosteuropäischen Ländern oder ehrenamtlichen Arbeitern, die sich aufreiben.

Was wäre das für eine Befreiung! Keine Partei könnte mehr die Mitte als Erbhof betrachten. Die Union müsste mit der neuen Partei ernsthaft um Wähler der Mitte konkurrieren, und es wäre nicht ausgemacht, wer darin stärkste Kraft wird. Die CDU müsste Merkel und ihre Politik des institutionalisierten Irrsinn endlich verschrotten – oder würde anderenfalls möglicherweise untergehen wie die Democrazia Christiana in Italien.

Und auch die AfD müsste sich ausmären und sich überlegen, ob sie mit Irrlichtern wie Poggenburg zu einer Truppe am Rand werden will – oder mit anderen Leuten zum Konkurrenten um die rechte Mitte. Kein Stein wäre mehr festgefügt. Es gäbe wieder echten politischen Wettbewerb. Debatten statt Merksätze. Tanzende Verhältnisse. Und wirklich spannende Wahlabende. Den Gedanken, eine Palmer-Partei mit dreschflegelnden Nazikeulen kleinzumachen, können die Laschets, Altmeiers, Anja Reschkes und Claus Klebers dieser Welt gleich vergessen. Das hat schon im Fall der AfD nicht funktioniert. Apropos Anja Reschke und Claus Kleber: eine echte bürgerliche Partei müsste sich auch eine Reform beziehungsweise eine Wiederherstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf den Aufgabenzettel schreiben.

So viele Ideen warten auf jemand, der sie einsammelt. Bitte, Boris Palmer, springen Sie. Sie könnten Geschichte schreiben.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Alexander Wendts Publico.

Troisdorf: Antisemitisches Hassverbrechen und das Schweigen der Parteien

Ein islamisch-„palästinensischer“ Gewalttäter kommt mit einer Geldstrafe davon

Von Jaklin Chatschadorian

Weil er im Juli 2016 einen Troisdorfer Arzt in seiner Praxis mit einem Messer bedroht hatte, wurde ein 46-jähriger Mann vom Amtsgericht Siegburg zu einer Geldstrafe verurteilt.

Der Arzt hatte vor dem Übergriff den Sohn des Verurteilten behandelt. Offenbar kam es zu Unstimmigkeiten, so dass der Vater gewaltbereit in die Praxis stürzte. Er schlug der Frau des Arztes, nach „dem Hurensohn“ rufend ins Gesicht und begegnete dem herbeigeeilten Mediziner. Diesen stellte er zur Rede und drohte wie folgt: Er sei Palästinenser, habe schon viele Juden umgebracht, und jetzt sei er dran! Dabei hielt er ein Messer mit einer Klingenlänge von 40 Zentimeter in der Hand.

Der Arzt glaubte im nächsten Moment geköpft zu werden, auch weil „Allahu Akbar“-Rufe folgten. Schließlich wurde er zu einer herabwürdigenden Entschuldigung (er hat die Hände des Patienten küssen müssen) gedrängt.

Vor dem Amtsgericht wurde der „Palästinenser“ Anfang Februar 2018 unter anderem wegen gemeinschaftlicher Nötigung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung, Bedrohung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen à 50 Euro verurteilt. Die Verfahren gegen seine anwesenden und ihn unterstützenden Söhne wurden gegen Zahlung von 1.000 Euro bzw. Leistung von 70 Sozialstunden eingestellt.

Obwohl dieser Fall viele „deutsche“ Baustellen offenbart, erhält er nur die Aufmerksamkeit einer alltäglichen Kleinkriminalität.

Allem voran kündigt der Täter dem Opfer gegenüber seine Tötung an. Das dafür notwendige Messer ist bereits gezückt und der passende Gott bereits angerufen. Gleichwohl lesen wir etwas von Nötigung und fahrlässiger Körperverletzung und hören damit zunächst einmal heraus, dass der Arzt offenbar nicht wirklich getötet werden sollte.

Man merke sich bitte: Der Ausruf „ich töte auch dich“ ist mitnichten immer so



Die lokalen und regionalen Politiker blieben auffallend still angesichts des Hassverbrechens. (Im Bild der Troisdorfer Bürgermeister Klaus-Werner Jablonski beim rheinischen Karneval)

gemeint und kann auch mal nur mit einer Geldstrafe zu ahnden sein. Dies gilt auch, fast will man sagen „erst recht“, wenn die Ankündigung von dem gleichen Bekennnis, mit welchem so manch ein Nicht-Muslim, gleich ob in Israel, in der IS-Levante oder gar bei uns, seinen Kopf bzw. Leben verloren hat, begleitet wird. Bitte nicht allzu ernstnehmen! Bitte nicht übertreiben! Besonnenheit zeigen!

Vermutlich wurde er bzw. seine Frau auch nur aus Versehen („fahrlässig“) verletzt. Kann ja mal passieren, wenn man eine Frau aus dem Weg räumen muss.

Dass Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit in Relation zu Vermögensdelikten in Deutschland generell zu milde bestraft werden, ist eine weitere Baustelle, auf die hier lediglich hingewiesen werden soll.

Interessanter ist ein anderer Aspekt. Der nichtdeutsche Täter kündigte die Tötung des Arztes unter Bekanntgabe, dass er, der „Palästinenser“, schon viele Juden abgestochen habe, an.

Der Täter glaubte entweder einen Ju-

den vor sich zu haben oder aber er wollte seiner angekündigten Tötungsabsicht Nachdruck verleihen. In beiden Fällen offenbart sich ein in ihm innewohnender Hass gegenüber Juden. Eine Person, die „viele Juden abgestochen hat“, wird wohl kaum bei jedem einzelnen seiner Tötungen eine individuelle, situationsbedingte Rechtfertigung bzw. Entschuldigung liefern. Er wird vielmehr von seinem Hass auf Juden angetrieben sein, im Besonderen, wenn er sich mal wieder ärgern muss.

Bei einem „Allahu Akbar“ rufenden „Palästinenser“ darf man durchaus auf die Idee kommen, dass sein Judenhass entweder politisch oder religiös motiviert ist. Noch wahrscheinlicher ist aber eine Kombination aus beidem.

Gleichwohl vermeldet die Bonner Zeitung „General-Anzeiger“ unbeeindruckt, dass man einen religiösen wie politischen Hintergrund der Tat im Vorfeld des Prozesses habe ausschließen können!

Wie ist so etwas möglich? Ein Rassist ist ein Rassist. Rassistische Überzeugungen sind nicht zu vergleichen mit

einer Einstellung zu bestimmten Nebensächlichkeiten des Alltags. Vielmehr prägen sie die Natur des Menschen und sind identitätsstiftend. Nicht umsonst gibt es langwierige, gar medizinisch wie psychologisch begleitete Programme zur Deradikalisierung aus extremistischen Überzeugungen, um entsprechende Übergriffe zu vermeiden.

Hier aber wird der Eindruck erweckt, dass man z.B. Juden hassen, verletzen und töten kann, ohne von dem Judenhass angetrieben worden zu sein, etwa aufgrund einer schlechten Behandlung des eigenen Sohnes durch einen vermeintlich jüdischen Arzt. Das ist eine klassische Relativierung von Antisemitismus: Ja, er mag nun einmal keine Juden, aber das hat doch mit dem Übergriff nichts zu tun.

Für gewöhnlich leugnet man Offensichtliches, wenn man einerseits zumindest Verständnis für den zu relativierenden Umstand hat, und gleichzeitig meint, es sich erlauben zu dürfen, weil man sich in einer entsprechenden Mehrheit von Gleichgesinnten wähnt.

Alternativ hält die Justiz ebenso wie der Bonner „General-Anzeiger“ die Öffentlichkeit für unbedarfte genug, um ihnen einen solch eklatanten Widerspruch als in sich schlüssige Tatsachenvermittlung bzw. Berichterstattung zu präsentieren.

Sodann passt auch die Falschinformation, bei dem Opfer handele es sich um einen jüdischen Arzt – tatsächlich ist Dr. Attila Tan alevitischer Kurde aus der Türkei – offenbar in das Gesamtkonzept des Artikels von Marcel Hönighausen vom 5. Februar 2018 mit dem Titel „Familie bedrohte Arzt in Troisdorf mit Messer“. Wenn man Opfer fahrlässig oder vorsätzlich für jüdisch erklärt, kann man zwar als Freund der „Palästinenser“ die Tat um ein Vielfaches leichter relativieren, das zunehmende Misstrauen gegenüber den Medien aber beseitigt man so nicht.

Auffällig ist außerdem die geringe Anteilnahme der politischen Parteien: Dieser Fall lässt einmal mehr vermuten, dass es für deren Vertreter eine Rolle spielt welche Nationalität rassistische Gewalttäter haben.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!
Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

#MeToo gilt nicht bei Bushido

Die kruden Ansichten über Frauen, Gewalt und Juden behindern nicht seinen Erfolg

Von Alexander Wendt

In ihrer neuesten Ausgabe zeigt die „Zeit“ nach vielen Geschichten über den neuen, sanften, postmaskulinen Mann auf ihrer Titelseite ein ausgesprochen traditionelles Exemplar: den Musiker Anis Ferchichi, Künstlernamen: Bushido. In der Geschichte unter der Überschrift „Hallo, Nachbar! Kennen wir uns?“ geht es um Bushidos neuen Wohnsitz in Kleinmachnow bei Berlin und die Querelen, die es dort zwischen ihm und Nachbarn wie Behörden gibt.

Um gefällte Bäume, den Abriss eines denkmalgeschützten Gartentors, um Lärm. Kurzum: eine Maschendrahtzaun-Geschichte. Gab es eigentlich nicht schon einmal andere Vorwürfe gegen Ferchichi als die, dass er auf seinem Grundstück alte Kiefern umlegt? Dazu gleich später, nach einem kleinen Exkurs zu anderen exemplarischen Männergeschichten.

Interessant wird die „Zeit“-Geschichte eigentlich erst durch den Vergleich mit anderen Geschichten über traditionelle oder vermeintlich traditionelle Männer. Vor kurzem hatte das Blatt aus Hamburg zwei namentlich bekannte und eine anonyme Schauspielerinnen schildern lassen, wie der Regisseur Dieter Wedel sie vor vielen Jahren sexuell belästigt und körperlich attackiert habe. Wedel weist diese Darstellungen zurück; in einem Fall ermittelt die Münchner Staatsanwaltschaft, die beiden anderen sind verjährt. Von der Staatsanwaltschaft gibt es noch keine Ergebnisse, es stehen Beschuldigungen gegen Wedels Unschuldsbeteuerung. Trotzdem tat die „Zeit“-Autorin Susanne Mayer in einem Text kürzlich so, als wäre Wedel eigentlich schon überführt:

„Hier entspringt jener Unschuldsgestus, den alle bemühen, die im Bademantel erwischt werden, Dominique Strauss-Kahn im New Yorker Sofitel, Harvey Weinstein in Hollywood, Wedel in Bremen.

Ein Bademantel ist an und für sich noch kein Signifikant von Macht. Wirkt eher kindlich. Ein Kinderbademantel ist allerdings prototypisch festgezurrert, während der Männerbademantel gerne offen steht. Darunter: die nackte Schwarte. Ja, wie verletzlich ist das? Dazu das irre Gehabe, Grapschen, Reißen, Brüllen – historisch betrachtet, ist es ein Habitus, der bei Frauen als Symptom einer Geisteszerrung galt und heute zur Demenz-Diagnose führt.

Nun die Wendung – wie groß muss die Macht dessen sein, der sich so ausstellen kann, im offenen Bademantel, geifernd und brüllend, ohne irre zu wirken, der nicht als Opfer von Demenz rüberkommt, sondern als machtvoller Täter?“

Der Filmemacher Simon Verhoeven nahm die „Zeit“-Artikel als Vorlage, um auf Facebook sein Standgerichtsurteil über Wedel zu sprechen:

„Ich schäme mich für die Mechanismen meiner Branche, die es diesem Sadisten und brutalen Gewalttäter erlaubt haben, jahrzehntelang Frauen zu vergewaltigen und Menschen zu quälen – Geschützt durch das Schweigen der Sender, Produktionen und Filmschaffenden, die mit Wedel arbeiteten. Es wurde verharmlost, verdrängt, verschwiegen. Aus Angst. Aus Scham. Aus falsch verstandenem Respekt vor einem kranken Tyrannen und seiner Macht.“



Bushido 2011 mit seinem „Integrations-Bambi“ der Hubert Burda Media.

Aber eben auch aus dem Wunsch, Erfolg zu haben mit Dieter Wedel!“

Und forderte:

„Es ist Zeit, sich von diesem Mann aufs deutlichste zu distanzieren. Seine Serien nie wieder auszustrahlen.“

Das ist, was man damnatio memoriae nennt: Den dauerhaften Ehrverlust, die Auslöschung aus dem öffentlichen Gedächtnis. So, wie sie in den USA gerade von Aktivistinnen für den Schauspieler Matt Damon gefordert wird – nicht, weil der sich einen Übergriff hätte zu Schulden kommen lassen, sondern weil er gemahnt hatte, in der MeToo-Debatte zwischen Komplimenten und strafbaren Attacken zu differenzieren.

Auch in einem anderen Männerfall zeigte die „Zeit“ eine bemerkenswerte Härte: Seite an Seite mit dem britischen „Guardian“ beschuldigte sie 2015 den britischen Physiker und Nobelpreisträger Tim Hunt wegen einer Bemerkung bei einem Vortrag in Südkorea, ein verachtenswerter Frauenfeind zu sein. Ein Tonbandmitschnitt belegte später, dass es sich bei Hunts angeblicher sexistischer Entgleisung um einen harmlosen und auch von allen im Publikum als harmlos verstandenen Scherz handelte. Tat nichts zur Sache: Hunt verlor alle akademischen Posten.

Was hat das nun mit der „Zeit“-Home-story über Bushido zu tun? Ziemlich viel. Gegen Ferchichi aka Bushido gibt es nämlich keine unbelegten Vorwürfe, er habe Frauen in der Vergangenheit körperlich attackiert. Auch keine Scherze, in die jemand Frauenfeindlichkeit hineinlesen könnte. Vielmehr

erzählte Bushido selbst im Jahr 2010 der Welt in einem Doppelinterview mit der Schauspielerinnen Sibil Kekilli, dass er Gewalt gegen Frauen unter Umständen für durchaus angemessen hält. Überschrift in der Welt damals: „Bushido erklärt Kekilli, warum er Frauen schlägt.“

In dem Interview heißt es:

„WELT ONLINE: „Mit der Rechten werd ich wischen, mit der Linken dich schlagen.“

Bushido: Das stammt von 1999! Aber ich sage es ehrlich, ich habe schon mal eine Frau geschlagen.

Kekilli: Bushido!

Bushido: Ich hatte einen Grund.

Kekilli: Es gibt keinen Grund, eine Frau zu schlagen!

Bushido: Pass mal auf: Es ist doch ein Unterschied, ob einer seine Ehefrau zu Hause jeden Tag kaputt schlägt. Das macht man nicht, Punkt. Aber wenn ich in einer Disco bin und eine Frau sagt: „Pass mal auf, du Hurensohn ...“ – dann hau ich ihr auf die Fresse.“

Niemand muss lange suchen, um noch ein paar andere Höhepunkte unter den Äußerungen des Rappers und Integrationsbambi-Preisträgers Bushido aufzuspüren. Auf seiner Webseite zeigte der Musiker 2013 eine Landkarte, in der Israel, Westbank und Gaza-Streifen komplett mit palästinensischen Nationalfarben ausgefüllt sind – ein Symbol, das von allen benutzt wird, die sich wünschen, dass der Staat Israel ausgeradiert wird. Die israelische Botschaft in Berlin twitterte damals:

„@bushido78: Erst Frauen, dann

Schwule, nun #Israel: Wir sind stolz darauf, zu den Opfern des Integrationspreisgewinners #Bushido zu gehören“

Im gleichen Jahr rappte der Musiker: „Ich verkloppe blonde Opfer so wie Oli Pocher.“

Bei Ferchichi findet sich also wirklich alles: Rechtfertigung von Frauenschlagen, Antisemitismus, Rassismus, das ganze Paket, das normalerweise zur gesellschaftlichen Ächtung führt. Aber nicht in seinem Fall, nicht in der „Zeit“. Auf zwei Seiten redet Bushido unter Moderation durch zwei „Zeit“-Redakteurinnen mit seinen Nachbarn in Kleinmachnow, die Journalistinnen sprechen ihn kein einziges Mal auf Frauen-und-Blonde-Verkloppen und Israel-Hass an. Die Nachbarn tun es natürlich auch nicht.

Seine früheren Ausfälle hatte Bushido nie zurückgenommen. Hier allerdings, bei Häppchen und Cola, möchte er sich bei den Anwohnern „in aller Form entschuldigen“ für die Lärmbelästigungen, die beim Bau seiner Villa entstanden waren. Eine Nachbarin verabschiedet sich von ihm: „Herr Ferchichi, ich hätte nicht gedacht, dass Sie so sympathisch sind.“

Vielleicht ist es auch naiv, gleiche Maßstäbe für ganz unterschiedliche Kategorien zu erwarten. Bei Dieter Wedel und Tim Hunt handelt es sich bekanntlich um alte weiße Männer. #TheyToo. Damit ist das Wesentliche über ihre Schuld eigentlich schon gesagt. Und auch darüber, warum für Anis Ferchichi andere mediale Regeln gelten.

Herr Gedeon stolpert

Gerade jene, die die Stolpersteine verächtlich machen, sind die eigentlichen Adressaten dieser Klein-Denkmale

Von Thilo Schneider

Regine Bamberger wurde 1880 in Braunsbach geboren. Ihr letzter Wohnsitz vor der Deportation war die Platanenallee 5 in Aschaffenburg, von wo sie nach Kraśniczyn deportiert und ermordet wurde.

Inge und Werner Baumann, geboren 1930 und 1926 lebten, liebten und stritten in der Fabrikstraße 4, gleich neben dem Schöntal-Park. Sie wurden am 23.4.1942 nach Kraśniczyn verbracht und dort umgebracht.

Julius Stenger, ein Kaufmann, geboren 1877 und zuletzt wohnhaft in der Schillerstraße 68, wurde wegen des „Hörens von Feindsendern“ von seinen Nachbarn denunziert und brachte sich in Gestapo-Haft am 3. Oktober 1940 um.

Friedel Heymann, geboren 1919, aus der Freundstraße 20, war Wehrmachtsoffizier und wurde kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner wegen „Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung“ am 28.3.1945, drei Tage nach seiner Hochzeit, vor der Gaststätte „Wurstbendel“ von einem „fliegenden Standgericht“ an einem Laternenpfahl gehängt.

Woher ich das weiß? An sämtlichen Orten liegen sogenannte „Stolpersteine“ im Asphalt. Tagsüber hasten Menschen vorüber oder darüber, nur die wenigsten lassen ihren Blick darauf fallen.

Aber die, die es tun, sehen sie mit etwas Phantasie. Inge und Werner beim Spielen mit ihren Freunden, beim Packen ihrer kleinen Koffer und wie sie mit Regine Bamberger morgens in aller Frühe hinter den Raum an der Sandkirche geführt werden. Dort stehen schon die LKW und ich nehme an, die nicht einmal unfreundlichen LKW-Fahrer und Polizisten halfen ihnen, die LKW zu besteigen. Manchen von ihnen dürfte bang gewesen sein, andere nahmen ihr Schicksal wohl als „unausweichlich“ hin, Inge und Werner waren vielleicht sogar etwas aufgeregt, weil ihnen die Eltern versichert hatten, es gehe „auf so eine Art Landfahrt“. Ein paar redliche Bürger meiner Stadt haben vielleicht den kleinen Treck mit Leuten gesehen, die mit Rucksäcken und Koffern in aller Herrgottsfrühe durch die Innenstadt liefen, und sich wahrscheinlich gedacht, dass „die jetzt irgendwohin in den Osten gebracht werden“ und sich wieder schlafen gelegt. Waren ja Juden, da war das ja klar.

Plötzlich entfalten sich Geschichten der Menschen

Der ein oder andere sieht vielleicht auch Julius Stenger, der aus dem zweiten Stock des Schlosses springt und auf dem Asphalt aufschlägt. Oder er sieht den verwundeten Leutnant Heymann, der sich möglicherweise ja selbst nichts dachte, als seine Nachbarn über Nacht verschwanden. Zumindest, bis ihm in der total zerbombten Stadt vor einer Menschenmenge das Verwundetenabzeichen, die Eisernen Kreuze 1. und 2. Klasse und die Schulterstücke weggerissen wurden. Er durfte sich als Feigling und Verräter beschimpfen lassen, während die amerikanische Artillerie in der Ferne schon zu hören war. Dann haben ihn seine ehemaligen Kameraden publikumswirksam umgebracht.

All das wissen die, die sich mit den Stolpersteinen in ihrer Stadt beschäf-

tigen. Es ist gar nicht einmal so schwer und aufwändig, Geschichte zu recherchieren: sich vor einen Stein stellen, „Stolpersteine in Aschaffenburg“ im Smartphone in Wikipedia eingeben und schon entfalten sich die Geschichten der Menschen, die bis hierher nur dürre Namen auf einem goldenen Pflasterstein waren. Und selbst wer glühender Antisemit ist (ich kenne da aber niemanden persönlich), kann sich über ein paar Links die rein „arischen“ und volksdeutschen Bombentoten aus dem gleichen Gebäude anzeigen lassen und auf die „verdammten Amerikaner und ihre zionistischen Handlanger“ schimpfen, wenn er dumm genug dazu ist.

Ich finde sie gut, die Stolpersteine. Denn sie erinnern mich daran, was durch Gleichgültigkeit, Feigheit, Dummheit und Hass Menschen anderen Menschen antun, wenn die „schweigende Mehrheit“ aus Angst oder Bequemlichkeit

nicht den Mund aufmacht oder lediglich die Schultern zuckt. Und wenn ein Staat als solcher komplett versagt, weil es keine Gewaltenteilung mehr gibt.

Hinter den Skiern von General Dietl verstecken?

Ich bin da allerdings auch einer anderen Meinung als der Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon von der „Alternative für Deutschland“, der eigentlich sogar seinen eigenen Kameraden zu „rechts“ ist und ihnen trotzdem wie ein Pickel am Hintern klebt. Herr Gedeon ist nämlich der Ansicht, dass es „angemessenere Arten des Gedenkens“ gibt, und zwar „im Rahmen von Gedenkstätten, von denen wir hier genügend haben“. Ob ihm da wohl, außer Berlin, eine Gedenkstätte einfällt, die er gerne besucht?

Denn Herr Gedeon ist schon etwas entrüstet, dass „die Initiatoren ihren Mitmenschen eine bestimmte Erinnerungskultur aufzwingen und ihnen vorschreiben, wie sie wann wessen zu gedenken hätten“, und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Herr Gedeon die ermordeten Juden, gemeichelten „Volksschädlinge“ und „feigen Deserteure“ am liebsten im Geschichtskeller hinter den Skiern von General Dietl, dem Wintermantel von General Paulus und den orthopädischen Schuhen von Josef Goebbels verstecken will.

Aber vielleicht bin ich da zu dem guten Menschen Wolfgang Gedeon ja auch zu hart, denn immerhin schickt er, ganz gedenkensensibel, seiner erregten Mahnung voraus, dass „schon die Art dieses Gedenkens fragwürdig ist. Trampeln doch täglich hunderte von Menschen über Steine mit Opfernamen, ohne auch nur im Entferntes-



Stolperstein für Friedel Heymann

ten daran zu denken, um wen oder um was es hier geht.“

Man soll sich nicht schuldig fühlen. Aber verantwortlich.

Hier in Deutschland nennen wir so ein Feigenblatt-Vorwort „nice try“. Doch: Ich bin mir ziemlich sicher, wer nicht gerade komplett behämmert oder der deutschen Sprache nicht mächtig ist, weiß sehr genau, „um wen und was es hier geht“.

Es geht hier nämlich, unter anderem, um Befindlichkeiten von geistigen Querschlägern, deren Geschichtsempfinden zwischen 1933 und 1945 etwas – nennen wir es freundlich – „lückenhaft“ ist, und die sich bis heute nicht vorstellen können, dass ein Staat seine Bürger industriell in einem Massemord vernichtet. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Und jetzt kommt es, Obacht, Gedeons dieser Republik (oder, besser: „Achtung!): Man kann durchaus vor einem Stolperstein stehen, ein Eis essen, Geschichte lernen und sich trotzdem nicht schuldig fühlen. Aber verantwortlich. Dafür, dass so eine verdammte Schweinerei nicht noch einmal passiert. Nicht hier und jetzt und da, wo wir freien Bürger dies verhindern können. Und genau dazu, damit es keine Stolpersteine mehr geben muss – genau dazu sind sie da.

Das mag Herrn Gedeon und anderen „Schuld kultgeplagten“ mit zu Recht schlechtem Gewissen nicht schmecken – ist aber persönliches Einzelschicksal. Darauf kann die deutsche Volksgemeinschaft keine Rücksicht nehmen. Schade jetzt auch. Sie dürfen jetzt nach hinten in die Vergessenheit wegtreten.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“

SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Die Dattel-Affäre: Der „denn's“-Biomarkt meldet sich

Der populäre deutsche Supermarkt versieht seine Datteln mit der falschen Herkunftsbezeichnung „bes.paläst. Geb“.

Von Chaya Tal

In meinem Artikel „Datteln, das Friedenshindernis“ vom 11. Februar 2018 habe ich über die Affäre der Etikettierung der populären Medjoul-Datteln aus Israel beim „denn's“-Biomarkt in Köln berichtet, und dabei gegen die falsche Herkunftsbezeichnung „bes.paläst. Geb“ geschrieben und dies mit einigen Fakten untermauert – u.a. die politisch inkorrekte Bezeichnung, die zweifelhafte Bestimmung der ursprünglichen Ernteregion (Jordantal vs. Aravawüste) und die Einmischung in außenpolitische Angelegenheiten seitens eines Handelsunternehmens.

Ein aktiver Leser meines Blogs „Ich, die Siedlerin – eine jüdische Stimme aus Judäa“ hat den Biomarkt angeschrieben und bekam bereits am 12. Februar 2018 (vielleicht wegen der zahlreichen negativen Bewertungen auf der Facebookseite des Ladens) die folgende Antwort:

„Sehr geehrter Herr (Name mir bekannt), vielen Dank für Ihre Email, in der Sie uns Ihre Beobachtung, wie wir Ware aus dem Westjordanland kennzeichnen, schildern.

Diese haben wir zum Anlass genommen, unsere Kennzeichnung erneut genau zu prüfen und dabei neben der rechtlichen Vorgabe natürlich auch Ihre Gedanken zu berücksichtigen.

Als Fachhändler für Bioprodukte konzentrieren wir uns darauf, die biologische Lebensweise und den Öko-Landbau in Deutschland voranzubringen. Vor diesem Hintergrund pflegen wir weltweit Partnerschaften mit Lieferanten und Produzenten von Bio-Lebensmitteln und sind über den biologischen Gedanken miteinander verbunden.

Bei der Kennzeichnung unserer Datteln aus dem Westjordanland haben wir uns an der 2015 von der EU vorgelegten „Mitteilung zu Auslegungsfragen über die Ursprungsbezeichnung von Waren“ orientiert. Diese besagt, dass Ware aus den West Banks mit „Herkunft aus dem Westjordanland (is-



raelische Siedlung) gekennzeichnet werden sollte. Dank Ihres Hinweises wissen wir nun, dass die daraus resultierende stark verkürzte Kennzeichnung „bes.paläst. Geb.“ zu Unklarheit führt und vermuten lässt, dass wir uns politisch positionieren wollen würden. Um dieser Annahme entgegenzuwirken haben wir uns dazu entschlossen, die EU-Vorgabe wie folgt abzubilden: WB, israel. Siedl. Die Abkürzungen sind der Tatsache geschuldet, dass unsere Etiketten technisch lediglich 16 Zeichen zulassen.

Wir möchten uns noch einmal bei Ihnen für Ihre Email bedanken und hoffen, mit der angepassten Kennzeichnung deutlich zu machen, dass es um den biologischen Gedanken und nicht um eine politische Positi-

onierung geht.

Leider haben einige unserer denn's Biomärkte die Etiketten noch nicht neu ausgedruckt, diese werden umgehend informiert, dies nachzuholen.

Mit freundlichen Grüßen
Karina Pechmann
Leitung Kundendialog“

Die Antwort ist ausführlich und der Vorgang begründet. Die „Mitteilung zu Auslegungsfragen über die Ursprungsbezeichnung von Waren“ bezieht sich auf die Entscheidung der EU-Kommission vom 11. November 2015, über die ich bereits in der Vergangenheit berichtet habe. Frau Pechmann hat also entsprechend

der EU-Empfehlung gehandelt.

Aus der Antwort ergeben sich jedoch zwei Fragen.

1) Wenn – wie Frau Pechmann schreibt – die Ware lediglich „gekennzeichnet werden sollte“, wieso hat der Biomarkt gerade diese Version benutzt? Zumal verschiedene Käufer aus anderen Städten berichtet haben, in den dortigen Filialen werde die Ware nicht mit dieser Bezeichnung versehen.

2) Was hat der „biologische Gedanke“, auf den die Kundendialog-Leiterin verweist, mit der politischen Situation in Israel zu tun? Die Medjoul-Datteln werden auf allen Plantagen, die nach Europa exportieren, nach hohen organischen Standards gezüchtet und ihr Anbau folgt internationalen Richtlinien. Die Qualität wird hoch bewertet, der biologische Gedanke korrekt befolgt. Wenn Erzeugnisse aus „palästinensisch“ geführten Plantagen importiert werden und ebenso organisch gezüchtet wurden (so wie die Firma „Königsdatteln“ mit Medjoul-Datteln aus „Palästina“ von sich behauptet), ist das wunderbar – steht aber in keinsten Widerspruch zum „biologischen Gedanken“ der israelischen Produkte.

All das geht den „denn's“-Biomarkt nichts an. Die „israelischen Siedlungen“ sind für diesen irrelevant, und sollte der „denn's“-Biomarkt ein Problem mit der Bezeichnung „Israel“ für Datteln aus dem Jordantal haben, könnte er sie auch aus der Arava-Wüste importieren. Ich habe jedoch leider den Eindruck, dass es den Importeuren wichtiger ist „Westbank, israelische Siedlung“ zu drucken statt einfach „Israel“ auf dem Schild stehen zu haben die Waren einfach aus der Arava zu importieren. Vorausgesetzt natürlich, dass sie wissen, wo die Arava liegt.

Oder aber es ist ihnen gänzlich egal. Und dann trifft die Schuld an dem Missstand dieser Brandmarkung mittels Etikett eindeutig die EU. Aber was kann Israel von der EU schon erwarten?

Vom Feind gerettet

Die SPD zeigt einen anti-israelischen Film, der eigentlich den Großmut Israels gegenüber den Arabern belegt

Von Norbert Jessen

Die SPD ist kürzlich in einer Umfrage erstmals von der AfD überholt worden, aber die Genossen lassen sich die gute Laune nicht verhageln. Im Willy-Brandt-Haus wird der Film „Muhi – Generally Temporary“ gezeigt. Rina Castelnovo-Hollander führte die Regie, was ein interessantes Filmerlebnis verspricht.

Nicht der Film macht daher stutzig, sondern seine Ankündigung im Veranstaltungskalender des Willi-Brandt-Hauses. Der Film zeigt das Schicksal eines kranken „palästinensischen“ Jungen, der in Israel medizinisch versorgt wird. Die Ankündigung verspricht ein politisches Dilemma. Mit drohendem Tod und Trennung von der Familie. Der Ankündigung nach muss das so sein.

„Muhi musste nach seiner Geburt aus Gaza in ein israelisches Krankenhaus gebracht werden, um sein Leben zu retten. Begleiten durfte ihn nur sein

Großvater Abu Naim.“

Musste? Warum nicht nach Nikosia, Rom, Oslo oder Berlin? Warum nicht seine Großmutter oder Tante?

„Die Rückkehr nach Gaza wäre auf Grund der desolaten Gesundheitsversorgung sein sicheres Todesurteil, das Betreten israelischen Bodens ist ihm und seinem Großvater jedoch durch die israelischen Sicherheitsvorschriften untersagt.“

Wie jetzt? Im ersten Absatz wird die Einreise nur Muhi und seinem Großvater erlaubt? Im zweiten ist sie für Opa und Enkel verboten?

Doch irgendwie werden dann Monate zu Jahren

„und Muhi, heute sieben Jahre alt, verbrachte bisher sein ganzes Leben mit seinem Großvater in diesem Krankenhaus.“

Also doch? Oder doch nicht?

„Gerettet, behandelt und aufgezogen vom Feind seines Volkes, während die eigentliche Familie in Gaza lebt.“

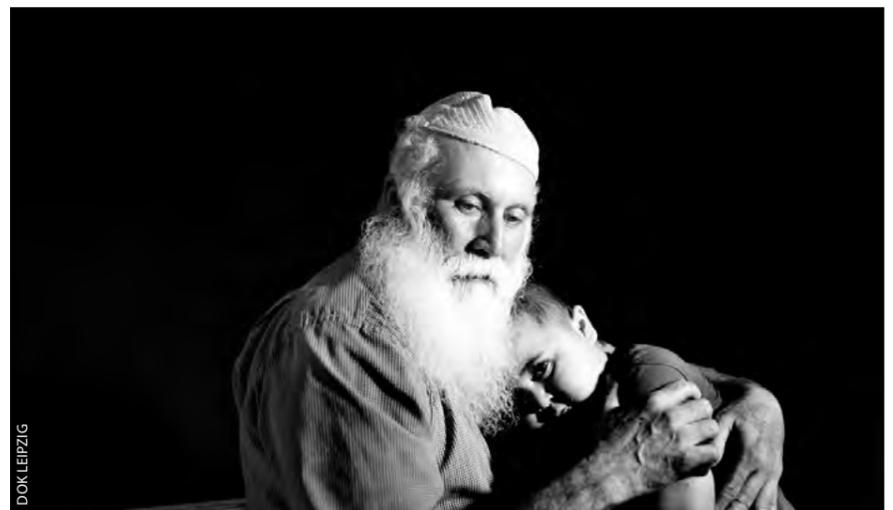


Bild aus dem Film „Muhi – Generally Temporary“

Unfassbar, wie gemein die Israelis sein können.

Wersich den Film anschaut, könnte Antworten auf die inhaltlichen, möglicher-

weise auch die versicherungstechnischen Fragen erwarten. Die krumme Logik des Vorspanns aus dem Willi-Brandt-Haus muss freilich unbeantwortet bleiben.

Netanjahu und der Untergang der Unschuldsvermutung

Seit Jahren versuchen Polizei und Medien den israelischen Premierminister zu diskreditieren – ohne ihre Vorwürfe belegen zu können



Von Isi Leibler
(Redaktion Audiatur)

Netanjahu (rechts) und sein innenpolitischer Gegner Yair Lapid

Die von der israelischen Polizei gegen Premierminister Benjamin Netanjahu gerichteten strafrechtlichen Vorwürfe sowie die Reaktionen der Politiker und der Medien haben sich zur möglicherweise skandalösesten politischen Verwicklung in der Geschichte Israels entwickelt.

Das heißt nicht, dass Netanjahu für sein unsensibles und hedonistisches Verhalten nicht kritisiert werden sollte. Wehmütig schauen wir auf den verstorbenen Premierminister Menachem Begin zurück, dessen Lebensstil das genaue Gegenteil von Pomp und Prahlerei war.

Doch die gegenwärtigen, orchestrierten Bemühungen der Polizei und der Medien sind der Höhepunkt der jahrzehntelangen Bestrebungen von Netanjahus Gegnern, ihn und seine Familie zu delegitimieren und zu verleumden. Sie richten sich gegen einen Premierminister, der herausragende Führungsqualitäten auf der internationalen diplomatischen Bühne bewiesen hat und der zum großen Teil dafür verantwortlich ist, dass sich Israel zu einer finanziellen und militärischen Supermacht entwickelt hat.

Seit er an die Spitze der Likudpartei gewählt wurde, und insbesondere, seit Netanjahu Premierminister wurde, haben die Mainstream-Medien – mit Ausnahme der „Israel Hayom“ – unablässig versucht, ihn und seine Familie in den Schmutz zu ziehen. Kein anderer demokratischer Führer wurde in solchem Maß kontinuierlich verunglimpft. Die liberalen israelischen Medien haben

auf ihren Titelseiten häufiger über Netanjahus angebliche persönliche Verfehlungen und vage Korruptionsvorwürfe berichtet, als über die unruhigen und blutigen Ereignisse in der Region, die unser Überleben bedrohen.

Der Grundsatz, dass eine Person so lange als unschuldig gilt, bis ihre Schuld bewiesen ist, wurde auf Netanjahu nie angewandt. Seit Jahren wirft man ihm Bestechung und Korruption vor.

Die unaufhörliche Suche nach einer Leiche im Keller

In den vergangenen zwei Jahren gab die Polizei Unsummen von Geld aus und betrieb sowohl im In- als auch im Ausland einen hohen Personalaufwand im verzweifelten Bemühen, eine Leiche im Keller des Premierministers zu finden. Basierend auf dem, was bei der Veröffentlichung der polizeilichen Empfehlungen bekannt gegeben wurde, scheint ihnen dies allerdings misslungen zu sein. Und doch wurde in einer empörenden Verletzung jeder gängigen Praxis der kleinste Fetzen Klatsch, der möglicherweise auf Netanjahus Schuld hindeutete, den Medien zugespielt.

Der größte Skandal war ein Fernsehinterview mit dem israelischen Polizeipräsidenten Roni Alsheikh in der Woche vor der Veröffentlichung der Empfehlung der Polizei, Netanjahu der Bestechung anzuklagen. Er fiel eindeutig komplett aus der Rolle, als er eine Schimpftirade gegen den Premierminister losließ, in der er voraussagte, Netanjahu würde bald wegen zwei größeren Korruptionsvorwürfen angeklagt werden. Weiterhin bestätig-

te er de facto, dass er den Medien vertrauliche Polizeiinformationen zugespielt hatte. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, deutete er außerdem an, Netanjahu habe die Einstellung von Privatdetektiven veranlasst, um die Nachforschungen der Polizei zu überwachen. Als seine Worte in Zweifel gezogen wurden, weigerte er sich jedoch oder war nicht in der Lage, den kleinsten Beweis zur Untermauerung dieser Anschuldigungen zu geben.

In jeder normalen Demokratie würde ein Polizeichef, der seine Pflichten in nur einem dieser Punkte verletzt hätte, entlassen werden. In unserem kranken System macht Alsheikh jedoch weiter wie eh und je.

Nachdem zwei Jahre lang jeder tatsächliche oder imaginäre Stein umgedreht wurde, empfahl die Polizei, dass gegen Netanjahu Anklage wegen Bestechung und Korruption erhoben werden solle.

Der erste Anklagepunkt

Der erste Anklagepunkt besteht in der Annahme von Bestechungsgeldern im Gegenzug für Gefälligkeiten gegenüber dem in Israel geborenen Milliardär Arnon Milchan und dem australischen Magnaten James Packer. Netanjahu wurde beschuldigt, im Laufe von zehn Jahren große Mengen von Zigarren und Champagner im Wert von rund einer Million Schekel (280.000 USD) erhalten zu haben.

Welchen Beweis legte die Polizei dafür vor, dass Milchans Geschenke eine Bestechung darstellten, die eine Gegenleistung beinhaltete? Sie behaupten,

Netanjahu habe bei dem US-Außenminister und dem Botschafter der USA interveniert, um ein Visum für Milchan zu erhalten. Der Premierminister war jedoch berechtigt, dies zu tun, und es wäre eine adäquate Fürsprache im Namen Milchans gewesen, der an heimlichen Geheimdienstaktivitäten für Israel beteiligt war. Netanjahu wies darauf hin, dass der verstorbene Präsident Schimon Peres eine ähnliche Intervention zugunsten Milchans bei der US-Regierung getätigt hatte, was in dessen Fall jedoch keine hochgehobenen Augenbrauen zur Folge gehabt hatte.

Der angeblich entscheidende Beweis in diesem Fall war die Aussage des Führers der liberalen Jesh Atid-Partei, Yair Lapid, der behauptete, dass zu der Zeit, als er Finanzminister war, Netanjahu – erfolglos – versucht habe, die bestehende 10-jährige Steuerfreiheit auf die ausländischen Einkünfte von israelischen Emigranten, die in ihr Geburtsland zurückkehren, zu verdoppeln, wovon Milchan extrem profitiert hätte.

Tatsache ist jedoch, dass kein solches Gesetz je vorgelegt wurde und es vielmehr unmittelbar vom Finanzministerium abgelehnt wurde. Es ist nicht einmal klar, ob Lapid behauptet, er sei von Netanjahu unter Druck gesetzt worden, den Gesetzesvorschlag voranzutreiben oder dass Netanjahu ihn lediglich darum bat, den Vorschlag zu überprüfen, für den sich Milchan eingesetzt hatte. Aber selbst wenn Lapid behaupten sollte, er sei unter Druck gesetzt worden, ist es sehr fraglich, ob ein Gericht Netanjahu aufgrund der Zeugenaussage

Lapids verurteilen könnte, der Netanjahu schon länger blindwütig mit dem Ziel angreift, ihn als Premierminister zu ersetzen.

Auch ist nicht klar, ob Lapid seine Aussage selbst initiierte oder ob die Polizei an ihn herantrat und ihn so dazu verpflichtete, eine umfassende und ehrliche Aussage als Reaktion auf die Befragung zu machen. In dem Bewusstsein, ein zentraler Zeuge zu sein, war es jedoch sein Fehler, den Angriff auf Netanjahu zu führen, indem er dessen Rücktritt forderte, noch bevor die Empfehlungen der Polizei veröffentlicht wurden. Dies hat in der israelischen Öffentlichkeit Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit laut werden lassen und könnte letzten Endes seine Ambitionen, Netanjahu als Premierminister zu ersetzen, endgültig torpedieren.

Der zweite Anklagepunkt

Der zweite Anklagepunkt scheint auf den ersten Blick noch lächerlicher zu sein. Netanjahu soll angeblich dem Herausgeber der Tageszeitung „Yedioth Ahronot“, Arnon „Noni“ Mozes, bei einem in einem Hinterzimmer geschlossenen Deal Schmiergeld angeboten haben, damit Netanjahu Sheldon Adelson, den Eigentümer des Hauptkonkurrenten der Yedioth, Israel Hayom, davon überzeugen sollte, seine boomende Wochenendausgabe einzustellen. Im Gegenzug sollte Mozes die Diffamierungskampagne gegen den Premierminister in der „Yedioth Ahronot“ beenden.

In Wahrheit war es Mozes, der ursprünglich mit der Absicht, ein Arrangement zu erzielen, an Netanjahu herantrat. Tatsächlich wurde es jedoch nie realisiert. Weit entfernt von einer Verständigung mit Mozes zur Unterstützung der „Yedioth Ahronot“, wehrte

Netanjahu vielmehr Bestrebungen der Knesset ab, die das sogenannte „Israel Hayom-Gesetz“ verabschieden wollte, welches die Verbreitung kostenloser Tageszeitungen illegal gemacht hätte. (Die Israel-Hayom Zeitung wird in Israel kostenlos verteilt. Anm. d. Red.)

Tatsache ist, dass diese gesamte Begebenheit pures Gerede der anderen Partei war und nie realisiert wurde. Netanjahu gibt an, er habe zu keiner Zeit die Absicht gehabt weiter zu gehen. Es gibt also schlicht und einfach keinen Rechtsfall.

Dass ein Premierminister bestrebt ist, gute Beziehungen zu den Medien und Einfluss auf diese zu haben, indem er mit den Herausgebern auf Schmussekurs geht, war bei vielen ehemaligen Staatsführern und zahllosen Ministern nicht anders. Dass jedoch die Polizei dies als Bestechungsvorwurf konstruieren konnte, ist unfassbar.

Unterm Strich haben wir den Fall eines Netanjahu, der in großer Anzahl Zigarren und Champagner als Geschenke von nahen Freunden angenommen hat. Das mag den meisten Israelis nicht gefallen, aber es heißt noch lange nicht, dass es gleichbedeutend mit Korruption oder einer Gesetzesübertretung ist.

Neueste Anklage

In den vergangenen Tagen gab es neue Entwicklungen in Bezug auf die Bezeq-Untersuchung. Da sich diese jedoch noch in einem Anfangsstadium der polizeilichen Ermittlungen befinden, ist es aktuell nicht möglich deren Auswirkungen zu beurteilen. Nach dem, was durchgesickert ist, bleibt zu hoffen, dass diese jüngste „Entdeckung“ auf tatsächlichen Beweisen fundiert, ohne undichte Stellen und wilde Verschwörungshauptungen.

Generalstaatsanwalt Avichai Mendelblit wird letzten Endes bestimmen, wie mit der polizeilichen Empfehlung, Netanjahu wegen Bestechung, Betrugs und Untreue anzuklagen, weiter verfahren wird. Dieser Vorgang wird vermutlich mehrere Monate in Anspruch nehmen und könnte sich bis Mitte des Jahres 2019 erstrecken.

Meine Prognose ist, dass Netanjahu der schweren Anklagepunkte der Bestechung und des Betrugs freigesprochen wird, die nach dem, was bislang veröffentlicht wurde, offenbar jeder realen Substanz entbehren. Sollte dies der Fall sein, wird das Ganze als eine der beschämendsten Episoden in die gestörte Politikgeschichte Israels eingehen. Unterdessen hat sich Netanjahus Regierung, einschließlich der zukünftigen Kandidaten für die Führung der Likud, gemeinsam hinter ihn gestellt, um ihn zu unterstützen. Trotzdem, soviel ist sicher, wird die Angelegenheit, bis sie geklärt ist, einen Schatten auf seine Führung werfen.

Abschließende Gedanken

Die Frage bleibt, ob sich Mandelblit unter der Last des öffentlichen Drucks und polizeilichen Aufruhrs verpflichtet fühlen wird, in Bezug auf die Geschenke eine symbolische Anklage wegen Untreue anzubieten. Während dies nicht notwendigerweise eine strafrechtliche Anklage beinhalten oder eine Gefängnisstrafe zur Folge haben würde, könnte es dennoch Netanjahu zum Rücktritt zwingen. Auch dies wäre eine Farce, da bislang gegen keinen anderen Premierminister in einer derartigen Untersuchung ermittelt wurde.

Es gibt sicherlich legitime Bedenken, die man gegen die Geschenke und Netanjahus hedonistischen Lebensstil vorbringen könnte. Solange es jedoch keine

stichhaltigen, objektiven Beweise für Bestechung oder kriminelle Aktivitäten gibt, ist die Abneigung gegen Netanjahus Schwäche kein ausreichender Grund für den Anklagepunkt der „Untreue“, geschweige denn die schwerwiegenden Anklagen, welche die Polizei vorschlägt.

Die Menschen in den Wahlkabinen sind es, die über die Zukunft des Premierministers bestimmen sollten und nicht die dämonisierenden Bemühungen der Polizei und der Medien.

Wir sehen uns derzeit schwerwiegenden Bedrohungen durch unsere Feinde gegenüber. Kein anderer Israeli ist in dieser kritischen Situation, die sich jederzeit zu einem Krieg ausweiten könnte, in der Lage, in Netanjahus Fussstapfen zu treten. Seine Diplomatie und Erfahrung sind von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, ein Gleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und Russland zu bewahren.

Die meisten Israelis, ob sie nun Netanjahu als Person mögen oder nicht, erkennen, dass die Tatsache, ihn heute durch Lapid, Avi Gabbay – den Führer der Arbeitspartei – oder andere Führungsaspiranten ersetzen zu wollen, katastrophale Folgen haben könnte.

Wir sollten größtmöglichen Druck auf diejenigen ausüben, die Netanjahu weiterhin verunglimpfen wollen, damit sie damit aufhören und ihm ermöglichen, seine Aufgaben wahrzunehmen, ohne permanent abgelenkt zu werden.

Isi Leibler ist ehemaliger Vorsitzender der australischen jüdischen Gemeinde und ehemaliger Vorsitzender des Verwaltungsrates des Jüdischen Weltkongresses. Dieser Kommentar wurde erstmals in der „Jerusalem Post“ und der Tageszeitung „Israel Hayom“ veröffentlicht.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Ruhe nach Putins Anruf in Jerusalem?

Erstmals kommt es zu Direkt-Konfrontationen zwischen Iran und Israel

Von Marcel Serr

Nach dem 10. Februar 2018 sah es so aus, als stünde der Nahe Osten am Rande einer neuen Eskalationsstufe des Krieges. Auch wenn das Schlimmste bislang ausblieb – lehrreich waren diese Tage für alle, die mit der nahöstlichen Sicherheitslage befasst sind, in jedem Fall. Sie sagen viel aus über die veränderten Kräfteverhältnisse im Nahen Osten des Jahres 2018. Gäbe es eine erkennbare deutsche Außenpolitik, müsste man den dafür Verantwortlichen das Studium dieses Lehrstücks dringend empfehlen.

In den frühen Morgenstunden des 10. Februar 2018 trat eine Drohne in den israelischen Luftraum ein. Die Israelis hatten das Flugobjekt schon eine Weile verfolgt. Es war vom Tiyas-Luftwaffenstützpunkt (auch bekannt als T-4) westlich von Palmyra in Syrien gestartet, wo auch Einheiten der Quds-Brigaden, einer Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, stationiert sind. Von Jordanien aus flog die Drohne bei Beit Shean auf israelisches Territorium. Neunzig Sekunden später schoss sie ein Apache-Kampfhubschrauber der israelischen Luftwaffe (IAF) ab. Es handelte sich offenbar um eine iranische Drohne, die der amerikanischen RQ-170 nachempfunden ist, die dem Iran 2011 in die Hände gefallen ist.

Wenig später verübten acht F-16 der IAF einen Vergeltungsschlag gegen die T-4-Basis. Die syrische Luftverteidigung feuerte mehr als zwanzig Boden-Luft-Raketen ab. Eine F-16, die in großer Höhe im israelischen Luftraum flog, wurde dabei offenbar durch Fragmente einer explodierenden Boden-Luft-Rakete getroffen. Die Besatzung konnte rechtzeitig aussteigen und landete auf israelischem Territorium; der Pilot war schwer verwundet.

In der Folge weitete Israel die Luftschläge aus und zerstörte zwölf Ziele in Syrien einschließlich der Luftverteidigung nahe Damaskus und Derra sowie iranische Militäreinrichtungen, darunter eine Militärbasis der Quds-Einheit in Mezzeh, die T-4 Basis, ein Waffendepot in Jabal Mana und einen iranischen Stützpunkt in Tal Abu al-Thaalab.

Erster Abschuss eines israelischen Kampfflugzeuges seit 1982

Beim Abschuss der F-16 handelte es sich um den ersten Verlust eines israelischen Flugzeuges im Kampfeinsatz seit 1982. Außerdem drang zum ersten Mal eine direkt vom Iran gesteuerte Drohne auf israelisches Gebiet vor. Bislang waren solche Operationen von iranischen Stellvertretern wie der Hisbollah ausgeführt worden. Dies könnte einen Wendepunkt im Konflikt zwischen Israel und dem Iran darstellen.

Die Iraner nutzten den Abschuss der israelischen F-16 zu Propagandamediumen, wonach sich das regionale Kräftegleichgewicht verändert habe und Israels Luftwaffe nun nicht mehr uneingeschränkt in Syrien operieren könne. In Israel sorgten die Bilder des zerstörten Kampfflugzeuges für Besorgnis und kratzen am Nimbus der als unbesiegt geltenden IAF. Das Vertrauen der Israelis in ihre Streitkräfte ist dennoch ungebrochen. Am Tag des Abschusses, einem Schabbat, besuchten 25.000 Israelis das Naturschutzgebiet am Berg Hermon in den nördlichen



Der russische Präsident Wladimir Putin

Golanhöhen, direkt an der Grenze zu Syrien.

Ein nüchterner Blick auf die Bilanz der über 100 israelischen Luftschläge in den letzten sieben Jahren zeigt, dass der Verlust nur eines Kampffjets nach allen Standards der israelischen Luftwaffe ein exzellentes Zeugnis ausstellt. Der Abschuss einer F-16 sollte mit Blick auf die Luftüberlegenheit und strategische „Balance of Power“ nicht überbewertet werden, wie auch der frühere IAF-Kommandant und Geheimdienstchef Amos Yadlin betont. Dies belegen nicht zuletzt die massiven Luftschläge Israels gegen die syrische Luftabwehr im Anschluss an den Abschuss. Israel machte unmissverständlich klar, dass ein Angriff hohe Kosten nach sich zieht.

Was wollten die Iraner?

Was die Iraner mit dem Einsatz der Drohne bezweckt hatte, darüber rätselt auch Israels Luftwaffe, wie der General Tomer Bar in einem Briefing vor der Presse erklärte. Es könnte sich um einen Aufklärungsflug gehandelt haben – zumal die Drohne unbewaffnet war. Vielleicht wollten die Iraner auch die israelischen Fähigkeiten und Reaktionszeiten testen. Angesichts der intensiven Kämpfe in Syrien an mehreren Fronten und der jüngsten Proteste im Iran gegen die Investitionen Teherans in Syrien und im Libanon auf Kosten der Bevölkerung zuhause erscheint es fraglich, dass der Iran an einer Eskalation interessiert ist. Sollten die Iraner gehofft haben, dass sie den israelischen Luftraum unentdeckt penetrieren können, sind sie eines Besseren belehrt worden.

Mit Blick auf den syrischen Bürgerkrieg reihen sich die Vorkommnisse des 10. Februar unmittelbar in die jüngsten Entwicklungen ein. Unterstützt durch Russland und den Iran, konzentrierten sich die Angriffe des erstarkten

Assad-Regimes im Februar auf zwei der größten verbleibenden Rebellengebiete, Idlib im Nordwesten und Ghouta im Osten, nahe Damaskus. Die USA, Russland, Israel und die Türkei sind mittlerweile tiefer in dem Konflikt verwickelt und versuchen, ihre Interesse in Syrien zu schützen.

Russische Söldner sterben durch amerikanische Bomben

Zwar bleibt die US-Politik in Syrien auch unter Trump vage. Allerdings hat US-Außenminister Rex Tillerson am 20. Januar 2018 klargestellt, dass die US-Truppen bis auf weiteres in Nordsyrien bleiben werden, um ein Wiedererstarken des Islamischen Staates zu verhindern und den iranischen Einfluss in Syrien einzugrenzen. Doch die 2.000 US-Soldaten befinden sich inmitten eines unvorhersehbaren Kampfgeschehens, wie sich Anfang Februar zeigte. In der Nacht vom 7. Februar 2018 feuerten vom Iran geführte Einheiten Artillerie in die Richtung der von den USA unterstützten „Syrian Democratic Forces“ (SDF) südlich von Deir al-Zour. Anschließend rückte die rund 500 Mann starke Einheit, die auch afghanische Kämpfer und russische Söldner der „Wagner-Gruppe“ umfasste, gegen die SDF-Stellung vor. Ein massiver Gegenschlag durch die US-amerikanische Luftwaffe zerstörte die Angreifer, etwa 100 Kämpfer wurden dabei getötet, darunter wohl auch 30 russische Söldner.

Währenddessen schreitet die türkische Offensive gegen die Kurden im Nordwesten Syriens weiter voran. Ankara hatte am 20. Januar begonnen, in Syrien einzumarschieren und die von den USA unterstützten Kurden in der nordwestlichen Enklave Afrin zu attackieren. Die Türkei betrachtet die YPG-Miliz als Terrororganisation. Der türkische Feldzug stellt die Bezie-

hungen innerhalb der NATO auf eine schwere Belastungsprobe, denn für Washington sind die syrischen Kurden ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Islamischen Staat. Die Türkei hat bereits gedroht, das Kampfgebiet auszuweiten – auch in Bereiche, wo sich US-amerikanische Truppenbasen befinden. Nach Medienberichten baten die Kurden am 19. Februar nun ausge-rechnet Assad um Hilfe, mit dem sie bislang aufgrund separatistischer Tendenzen verfeindet waren. Der syrische Bürgerkrieg geht damit weiter, und er wird durch die Verwicklung externer Kräfte immer komplizierter.

Die iranische Landbrücke

Sowohl der Drohneinsatz gegen Israel als auch der Angriff auf die von den USA unterstützten Truppen sind Ausdruck des gesteigerten iranischen Selbstbewusstseins in Syrien. Teherans Einsatz hat maßgeblich dazu beigetragen, das Assad-Regime am Leben zu halten und den Einfluss der USA in Syrien zu begrenzen. Außerdem hat sich das iranische Regime in eine günstige Angriffsposition gegenüber Israel gebracht.

Das mittelfristige Ziel des Irans ist die Etablierung eines schiitischen Landkorridors über den Irak und Syrien bis in den Libanon, auf dem es Waffen und militärische Kräfte verlegen kann. Der Korridor soll durch die Revolutionsgarde und schiitische Milizen geschützt sein und könnte eine akute Bedrohung für Israel werden. Nach Aussagen von US-Verteidigungsminister James Mattis im Januar 2018 ist die schiitische Landbrücke aber bislang noch nicht einsatzfähig. Nach Aussagen irakischer Quellen hingegen, deren Glaubwürdigkeit allerdings unbekannt ist, hat der erste iranische Konvoi mit zwanzig LKW bereits Mitte Dezember 2017 den Irak durchquert und Syrien



Putin trifft den israelischen Premier Netanjahu

erreicht. Nach wie vor scheint der Luftweg jedoch die präferierte Methode des Irans, um Truppen und Material nach Syrien zu verlegen. Die Angst vor israelischen Luftschlägen dürfte dabei eine Rolle spielen.

Israel hat verbal und durch Militäroperationen zu verstehen gegeben, dass es eine iranische Präsenz nicht dulden wird – insbesondere in Hinblick auf den Bau von militärischer Infrastruktur. Die Stationierung von iranischen Waffensystemen, wie fortschrittliche Luftverteidigungssysteme und zielgenaue Raketen, stellt eine erhebliche Veränderung des regionalen Kräftegleichgewichts zu Lasten Israels dar. Zumal das Raketenarsenal der Hisbollah, des iranischen Verbündeten im Libanon, bereits heute nicht nur aufgrund der schieren Masse beunruhigend ist (130.000 Raketen sollen auf Israel gerichtet sein), sondern auch die Zielgenauigkeit und Reichweite haben sich dank iranischer Unterstützung erheblich verbessert. Von präzisionsgeleiteten Waffen geht eine erhebliche Gefahr für Israel aus. Denn die kritische Infrastruktur des Landes von der Größe Hessens konzentriert sich auf wenige Punkte, die die Hisbollah genau ins Visier nehmen wird.

Anruf aus Moskau

Seit 2015 kommt Russland eine zunehmend wichtigere Position im syrischen Bürgerkrieg zu. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu begriff das schnell. Moskau und Jerusalem richteten einen direkten Draht zwischen Netanjahu und Putin ein und vermutlich auch abhörsichere Kommunikationsleitungen zwischen israelischen und russischen Geheimdienst- und Militäreinrichtungen, um einen ungewollten militärischen Zusammenstoß auf dem Schlachtfeld in Syrien zu vermeiden. Doch diese Koor-

dination bedeutet keineswegs, dass der Kreml sich auch die Sicherheitsinteressen Jerusalems zu eigen macht. Netanjahu hat vergeblich versucht, Putin davon zu überzeugen, den Iran daran zu hindern, in Syrien Wurzeln zu schlagen – insbesondere nicht in der Grenzregion zu Israel. Mittelfristig ist auch Russland freilich nicht an einer ständigen Präsenz des Irans in Syrien interessiert. Nichtsdestotrotz kooperieren beide Staaten gegenwärtig in ihrer Unterstützung des Assad-Regimes. Russland hat zumindest gegenwärtig ein Interesse daran, dass sich der Iran am Wiederaufbau Syriens beteiligt.

Die Ereignisse des 10. Februar 2018 passen in dieses Bild. Israel plante wahrscheinlich eine umfangreichere Gegenoffensive nach dem Abschuss der F-16. Die israelische Luftwaffe war auf dem Kampfpfad, und die Pläne für eine groß angelegte Militäroperation gegen Syrien liegen sicherlich schon seit längerem in einer Schublade im Hauptquartier der IDF.

Doch es zeigte sich, wer mittlerweile im Nahen Osten den Ton angibt: Ein Anruf des russischen Präsidenten am Samstagmorgen genügte, um Jerusalem an einer weiteren Eskalation zu hindern. Nach israelischen Medienangaben „bat“ Putin den israelischen Premier, von Handlungen abzusehen, die zu „gefährlichen Konsequenzen für die Region“ führen könnten. Auch öffentlich verurteilte Moskau Israels Verletzung syrischer Souveränität, verschwieg aber geflissentlich deren Ursache – die iranische Drohne im israelischen Luftraum.

Israelische Beobachter zeigten sich enttäuscht von Putins Verhalten. Angesichts der positiven Treffen und Gesprächen zwischen Putin und Netanjahu hatte man gehofft, dass sich Russland zumindest neutral verhalten werde. Diese Hoffnungen sind nun enttäuscht worden. Andererseits verhinderte Putin eine weitere Eskalation des Konflikts, der rasch auch in einen Krieg hätte münden können – zumindest für den Moment.

„Testen Sie uns nicht!“

Der Nahe Osten stand Mitte Februar kurz vor einem Krieg. Und die nächste iranische Waffenlieferung oder Provokation ist nur eine Frage der Zeit. Es bleibt abzuwarten, ob Israel dann Zurückhaltung walten lässt und weiterhin auf Abschreckung setzen wird. In Netanjahus Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 18. Februar machte der israelische Premierminister deutlich, dass Israel nicht gedenkt, seine legitimen Sicherheitsinteressen zu vernachlässigen. Mit einem Trümmerteil der zerstörten iranischen Drohne in der rechten Hand sprach er den iranischen Außenminister Mohammed Javad Zarif, der im Publikum saß, direkt an: „Herr Zarif, Erkennen Sie das? Sie sollten es, denn es gehört Ihnen. Sie können es zurücknehmen mit einer Nachricht an die Tyrannen von Teheran: Testen Sie nicht Israels Entschlossenheit!“

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Israel und die Asylfrage

Das Wohlergehen der eigenen Bürger muss für jeden Staat Priorität haben

Von Dr. Emmanuel Navon
(Von Redaktion Audiatur)

Die Entscheidung Israels, illegale Einwanderer auszuweisen (und einige davon in Drittländer) hat sowohl in Israel als auch im Ausland für heftige Kritik gesorgt. Die Debatte über dieses strittige Thema muss geführt werden, sollte aber fair sein und auf Fakten beruhen.

Es gibt 37.288 illegale Einwanderer in Israel. 71 % stammen aus Eritrea, 21 % aus dem Sudan, 7 % aus anderen afrikanischen Ländern und 1 % aus nicht-afrikanischen Ländern. Die meisten kamen 2006 bis 2012 illegal über die Sinai-Halbinsel nach Israel, und viele leben im Süden Tel Avivs. Die illegale Einreise nach Israel vom Sinai aus war in diesen Jahren möglich, weil die Grenze zwischen Israel und Ägypten nur aus einem niedrigen und leicht zu überwindenden Zaun bestand. 2010 begann Israel dann mit dem Bau einer undurchdringlichen Absperrung, die 2013 vollendet wurde. Diese Absperrung hat der illegalen Einwanderung ein Ende gemacht.

Wie andere Unterzeichner der UN-Flüchtlingskonvention (1951) auch, ist Israel verpflichtet, Menschen, die vor „Völkermord, Krieg, Verfolgung und Sklaverei in diktatorischen Regimen“ fliehen, den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen. Das tat das Land 1977, als es vietnamesische „Boatpeople“ aufnahm, die von anderen Ländern zurückgewiesen worden waren. Das hat es auch für den kleinen Prozentsatz der afrikanischen Migranten getan, die tatsächlich Asylsuchende sind. Eritreische Einwanderer beanspruchen den Flüchtlingsstatus wegen der Härte des Militärdienstes in Eritrea. Dieser Anspruch wurde von der Schweizer Regierung zurückgewiesen, und zwar aus Gründen, die das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) in seinem Bericht 2016 überwiegend für gerechtfertigt erklärte. Sudanesisch Einwanderer hingegen gelangten nach Israel über Ägypten – ein Land, wo ihr Leben in der Regel nicht länger in Gefahr war. Israel betrachtet die Sudanesen aus Darfur jedoch als Sonderfall, weswegen die israelische Regierung bis jetzt 500 Darfur-Flüchtlingen eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung erteilt und versprochen hat, das RSD-Verfahren (zur Bestimmung des Flüchtlingsstatus) für weitere Darfur-Flüchtlinge zu beschleunigen.

Israel könnte theoretisch illegale Ar-



Afrikanische Asylbewerber in Israel

beitsmigranten aus altruistischen Motiven behalten (wie dies hauptsächlich von Gruppen amerikanischer Juden befürwortet wird), doch wie jede verantwortungsvolle Regierung muss es (einige würden sagen, primär) das Wohlergehen seiner eigenen Bürger berücksichtigen. Bewohner im Süden von Tel Aviv sind Opfer steigender Kriminalität und sich verschlechternder Lebensbedingungen. Auch sie haben Menschenrechte. Einige verlangen, illegale Einwanderer sollten im ganzen Land verteilt werden, um Süd-Tel Aviv zu entlasten. Als jedoch die israelische Regierung genau dies tun wollte (im Jahr 2009), rief die „Vereinigung für Bürgerrechte“ in Israel das Oberste Gericht gegen diese Politik an und behauptete, diese schränke die Freizügigkeit ein.

Außerdem ist Israel, anders als große Länder mit alternder Bevölkerung wie etwa Deutschland und Japan, ein kleines und dicht besiedeltes Land mit hohen Geburtenraten. Es bestehen daher weder Bedarf noch Kapazitäten zur Legalisierung illegaler Arbeitsmigration. Deshalb schickt Israel illegale Einwan-

derer zurück in ihre Länder, wenn sie keinen Flüchtlingsstatus erhalten. Israel weist lediglich illegale Einwanderer aus, die alleinstehend sind und hat deutlich gemacht, dass es keine Familien ausweisen wird.

Israel ist bei weitem nicht der einzige demokratische Staat, der illegale Einwanderer zurückschickt. Die Vereinigten Staaten weisen jedes Jahr 400.000 illegale Einwanderer aus. Deutschland hat illegale Einwanderer nach Afghanistan, Italien Illegale in den Sudan zurückgeschickt. 2017 hat Deutschland 80.000 illegale Einwanderer ausgewiesen. Ab Februar 2018 zahlt die deutsche Regierung illegalen Einwanderern 3.000 Euro als Anreiz, in ihre jeweiligen Länder zurückzukehren. Diese Politik entspricht den Leitlinien des Europäischen Rates, der am 19. Oktober 2017 kundtat, er stehe „freiwilligen Rückkehrprogrammen“ für illegale Einwanderer positiv gegenüber.

Es gibt Leute, die behaupten, Israel weise nur illegale Einwanderer aus Afrika und nicht aus Osteuropa aus. Diese Anschuldigung ist so bösartig wie

falsch. 2017 hat Israel erheblich mehr illegale Einwanderer aus der Ukraine (3.361) und aus Georgien (844) als aus Äthiopien (40) ausgewiesen. Israel ist das einzige Land der Welt, das Afrikaner (äthiopische Juden in den Jahren 1985 und 1991) nicht ins Land holte, um sie zu versklaven, sondern um ihnen die Freiheit zu geben.

Israel kann illegale sudanesisch Einwanderer nicht in ihr Land zurückschicken, weil Israel und der Sudan keine diplomatischen Beziehungen unterhalten. Daher schickt Israel einige illegale sudanesisch Einwanderer in Drittländer wie etwa Uganda und Ruanda (und gewährt ihnen eine Förderung in Höhe von 3.500 Dollar, was einem anderthalbfachen Jahreseinkommen entspricht). Das Oberste Gericht Israels entschied im Dezember 2017, dass:

a. die UN-Flüchtlingskonvention das Weiterschicken von Einwanderern in Drittländer erlaubt, wenn ihr Leben in diesen Ländern nicht in Gefahr ist und

b. es keine Hinweise gibt, dass das Leben der Einwanderer in Ruanda und in Uganda gefährdet ist. Israel ist nicht das einzige demokratische Land, das illegale Einwanderer in Drittländer weiter-schickt. Australien zum Beispiel schickt illegale Einwanderer routinemäßig nach Papua-Neuguinea.

Israel ist ein Zufluchtsort für alle Juden, und auch für nichtjüdische Asyl-suchende, die die Kriterien der Flüchtlingskonvention erfüllen – was bei den meisten illegalen Einwanderern nicht der Fall ist. Israels Politik steht im Einklang mit dem Völkerrecht und der Praxis anderer Demokratien, und sie sollte nicht nach höheren Standards beurteilt werden.

Dr. Emmanuel Navon ist Dozent für internationale Beziehungen an der Tel Aviv University und am Herzliya Interdisciplinary Center. Er ist außerdem leitender Wissenschaftler am Kohelet Policy Forum und Analyst für i24News. Auf Englisch zuerst erschienen bei „The Times of Israel“.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Im Kampf gegen den Terror ist Europa kein Freund Israels

Während die EU den Terror gegen Israel mitfinanziert, hilft Israel den EU-Staaten im Kampf gegen den Terror



EMMANUEL DUNAND, AFP

Von Judith Bergman
(Redaktion Audiatur)

„Palästinenser“-Chef Abbas und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini kommen sich näher.

Es gibt eine Sache, die grundsätzlich falsch läuft: Während Israel sein Know-how einsetzt, um europäische Bürger vor Terrorismus zu schützen, unterstützt und finanziert Europa den arabischen Terror gegen die Israelis.

Israel ist bekannt für seine Kompetenz im Bereich Sicherheit – Staaten aus allen Teilen der Welt wissen, dass sie praktisch unvergleichlich ist, und ersuchen daher Israels Hilfe.

Indien, viele afrikanische Staaten sowie Europa gehören zu denen, die davon profitieren, dass Israel sein Sicherheits-Know-how mit anderen teilt. Ja, das gleiche Europa, das nach den Worten der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini der größte kollektive Beitragszahler der „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) ist – der Organisation, die weiterhin den Terrorismus anstachelt, inszeniert und finanziell belohnt.

Vor Kurzem enthüllte ein Bericht im „Spiegel“, dass Israel Teil einer geheimen Anti-Terror-Koalition ist, welche Informationen über IS-Terroristen sammelt, die aus Syrien nach Europa heimkehren. Zu dieser Anti-Terror-Kampagne zum Sammeln von Informationen gehören Berichten zufolge 21 Staaten. Benjamin Netanjahu sagte zudem vor Kurzem, dass Israel geholfen habe, mehrere Dutzend Terroranschläge in Europa zu vereiteln – darunter auch Anschläge auf die „zivile Luftfahrt“.

„Wenn wir über ISIS sprechen, ist es wichtig zu verstehen, dass Israel Europa auf zwei grundlegende Arten hilft“, so Netanjahu. „Zum einen haben wir über unsere Geheimdienste Informationen bereitgestellt, mit deren Hilfe mehrere Dutzend große Terroranschläge verhin-

dert werden konnten, darunter viele in europäischen Ländern. Einige davon hätten Massenangriffe sein können – die schlimmsten, die je auf europäischem Boden verübt wurden, und noch schlimmer, da sie die zivile Luftfahrt betroffen hätten. Israel hat das verhindert und dadurch das Leben von vielen Europäern gerettet.“

Das abgesagte Länderspiel Deutschland-Niederlande

Staaten sollten einander helfen, das steht außer Frage. Der Terrorismus ist ein internationales Problem und muss grenzüberschreitend bekämpft werden. Trotz-

Bürger vor Terroranschlägen zu schützen, während Europa das Geld seiner Steuerzahler nutzt, um Terrorismus gegen Israelis zu unterstützen und zu fördern.

Trotz der Zusammenarbeit – von der auch Israel profitiert, zum Beispiel beim Kauf von U-Booten aus Deutschland – gibt es eine deutliche Asymmetrie, die nicht schöngeredet werden kann. Sie steht im Raum wie der sprichwörtliche Elefant, den offenbar weder die israelischen noch die europäischen Oberhäupter bemerken wollen, zumindest nicht öffentlich.

Der Terrorismus der PA scheint aus europäischer Sicht nicht einmal etwas

Wo hören vernünftige Politik und strategisches Interesse auf, und wo beginnt die verräterische Ähnlichkeit mit einem Fußabtreter? Vielleicht sollten jene, die Israels Hilfe benötigen, sich stärker in materieller Hinsicht erkenntlich zeigen, als sie es momentan tun. Nur ein Gedanke.

Selbst die Feinde Israels nutzen gerne seine Erfindungen

Viele Staatsoberhäupter der Welt wollen Israel nicht nur boykottieren, sondern sehen sich auch verzweifelt danach, dass das Land von der Erdoberfläche verschwindet. Und gerade diese verwöhnten Politiker haben kein Problem damit, sich von Sicherheitseinrichtungen aus israelischer Feder – darunter die Überwachungstechnik zum Schutz der Teilnehmer des Pariser Klimagipfels im Jahr 2015 – schützen zu lassen.

Auf ähnliche Weise unterstützt Israel die Welt mit ausgezeichneten Technologien und Arzneimitteln, die Judenhasser überall ihren Hass kurzzeitig vergessen lassen, solange dies ihre Leben rettet.

Selbst die PA und die Hamas nutzen letzten Endes medizinische Betreuung aus Israel, und das wirft eine Nebenfrage auf: Kann ein Boykott wirklich so selektiv sein? Sollte er nicht alles umfassen?

Leben zu retten ist eine heilige Pflicht, die Israel sehr ernst nimmt. Es ist ehrenwert und richtig, dass Israel dabei geholfen hat, Europäer vor Terrorismus zu schützen.

Aber ist es nicht an der Zeit, dass sich Europa zumindest dadurch revanchiert, dass es nicht mehr für den Mord an israelischen Juden bezahlt?

Judith Bergman ist Kolumnistin und politische Analystin. Auf Englisch zuerst erschienen bei MiDA.

„Israel setzt sein Wissen ein, um europäische Bürger vor Terroranschlägen zu schützen, während Europa das Geld seiner Steuerzahler nutzt, um Terrorismus gegen Israelis zu fördern.“

dem stimmt etwas nicht mit diesem Bild. Nehmen wir dieses Beispiel: Im November 2015 führte eine detaillierte Warnung des israelischen Geheimdienstes dazu, dass die deutschen Behörden ein Fußballspiel zwischen Deutschland und den Niederlanden absagten. Zur gleichen Zeit nahmen jedoch deutsche Kaufhäuser israelischen Wein aus ihren Regalen, nachdem die Europäische Union ihre neuen Richtlinien zur Kennzeichnung von israelischen Waren aus Judäa und Samaria, den Golanhöhen und Ost-Jerusalem veröffentlicht hatte.

Etwas läuft hier grundsätzlich falsch: Israel setzt sein Wissen ein, um europäische

darzustellen, was man noch verurteilen müsste. Als sich Federica Mogherini vor Kurzem mit Abbas traf, verhielt sie sich, als sei Abbas ein Märchenprinz und nicht der Tod persönlich. Sie erwähnte den Terrorismus, der so tief in ihm verankert ist, mit keinem Wort und versprach, ihm noch stärker beizustehen – während er danach strebt, Israel zu zerstören.

Wäre es nicht vernünftig, wenn Israel sich selbst fragen würde, ob es Politiker unterstützen soll, die jenen materiell und finanziell helfen, die es zerstören wollen? Und inwieweit sollte Israel EU-Staaten helfen, die bei internationalen Foren wie der UNO stets gegen Israel stimmen?

Kindermörder Hamas

Die militärische Schwäche der Hamas-Agressoren ist kein Freifahrtschein für den Kampf-Missbrauch von Kindern



Von Gerd Buurmann

Kinder beim militärischen Training in einem Hamas-Lager im südlichen Gaza-Streifen.

Immer wieder wird bei Konflikten zwischen Israel und den arabischen Nachbarn auf die Höhe der Todesopfer verwiesen und betont, dass es auf israelischer Seite deutlich weniger Todesopfer gibt. Diese Relation wird dann nicht selten Israel zum Vorwurf gemacht. Ein skandalöses Verhalten!

In den letzten Jahren wurden tausende Raketen und Granaten auf Israel abgefeuert. Israel ist so groß wie Hessen. Auch in diesem Monat wurde Israel mit Raketen beschossen. Die Hamas wirft jede einzelne Rakete in die Richtung von Schulen, Hospitälern, Atomkraftwerken, Altenheimen, Moscheen, Synagogen und Kirchen ab! Das Ziel jeder Rakete ist es, so viele Israelis wie möglich zu töten, mögen es nun Kinder oder Greise sein. Die Motivation für die Angriffe auf Zivilisten benennt die Hamas in ihrer Charta. Artikel 7 fordert die Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes weltweit. Die Intention jeder Rakete ist somit Massenmord!

Der Massenmord misslingt der Ha-

mas nur aus einem einzigen Grund: Israel hat ein hervorragendes Abwehrsystem errichtet und schützt die eigene Bevölkerung. In Gaza jedoch sterben die Menschen, weil die Hamas ihre Bevölkerung missbraucht. Israel nutzt Waffen, um Menschen zu schützen. Die Hamas jedoch nutzt Menschen, um Waffen zu schützen, Waffen, die sie für den Massenmord an Juden verwenden.

Die Hamas beschießt israelische Schulen und nutzt gleichzeitig die eigenen Schulen, in denen zudem der Hass auf Juden in Kinderhirne gehämmert wird, als Schutzschild für die Waffen, die auf Israel abgefeuert werden, nur um dann umso lauter zu lamentieren, wenn jene Kinder sterben, die sie als Schutzschilde und Kindersoldaten für ihren Judenhass missbraucht haben. Wer die Bilder dieser Kinderleichen zeigt und nutzt, spielt das Spiel der Kindermörder mit und trägt Verantwortung dafür, wenn noch weitere Kinder im Propagandakrieg gegen Israel sterben. Viele deutsche Medien beteiligen sich an diesem Krieg.

Keine einzige Rakete Israels wird mit der Absicht abgeschossen, Zivilisten zu töten, sondern nur mit der klaren Ansage, die Hamas mit ihrem Vernichtungswillen zu entmachten. Jede Rakete der Hamas jedoch hat zum Ziel so viele Menschen, auch Kinder, wie möglich zu töten.

Das ist der Unterschied! Deshalb ist die Schwäche der arabischen Seite keine moralische Überlegenheit. Die Hamas will in Masse morden, sie kann es nur nicht. Israel allerdings könnte in Masse morden, tut es jedoch nicht! Israel liebt das Leben und will es schützen, selbst das Leben der Kinder und der Unschuldigen auf der Seite der Feinde, die in ihren Schulen, Moscheen, Parlamenten und Fernsehsendungen erklären, dass alle Juden vernichtet gehören.

Es müsste nur eine Rakete in dem Willen, so viele Deutsche wie möglich zu töten, auf Bayern abgefeuert werden und der Ort des Abschusses dieser Rakete würde dem Erdboden gleich gemacht werden! Kein Land der Erde würde so besonnen auf die offizielle Erklärung zum Völkermord handeln wie Israel, schon gar nicht, wenn dieser Vernichtungsabsicht Raketen folgen würden. Die Rücksicht Israels auf das Leben der Feinde ist beispielhaft. Bei all den Kindern, die die Hamas als Schutzschilde missbraucht, bei all den Kindersoldaten, die in arabischen Schulen erzogen werden, bei all den Terrortunneln, die unter Hospitälern gebaut werden und bei all den Raketen, die in der Nähe von Einrichtungen der Vereinten Nationen im Gazastreifen gelagert werden, ist es bemerkenswert, dass die Zahl der Opfer auf arabischer Seite so gering ist.

Hätte die Hamas all das Geld, das die Raketen und Tunnel gekostet haben, genutzt, um Gaza aufzubauen, so stünden in Gaza nicht nur noch alle Hospitäler, Energiewerke, Altenheime und Moscheen, sie wären auch noch perfekt ausgestattet. Bei all dem Geld, das Gaza bekommen hat, müsste Gaza eigentlich zu den reichsten Gebieten des Nahen Ostens gehören! Der Wunsch, Israel zu vernichten und der Hass auf Juden, hat jedoch das ganze Geld verschlungen. Nicht Israel und Juden sind eine Gefahr für „Palästinenser“, sondern der Hass auf Israel und der Hass auf Juden! Hass bringt jedoch keinen Wohlstand! Israel hätte den Gazastreifen daher tausend mal lieber zum Geschäftspartner als zum Feind.

Daher unternimmt Israel in der Gesichte der Kriegsführung einzigartige Vorkehrungen, um die Zivilbevölkerung zu warnen. Die Hamas will Israel vernichten und will dafür das eigene Volk opfern. Aber selbst das gelingt der Hamas nicht, weil Israel so viele tote Zivilisten wie möglich vermeidet und über jedes tote Kind weint. Die ehemalige israelische Premierministerin Golda Meir hat es in wenigen Worten auf den Punkt gebracht:

„Wir können den Araber vergeben, dass sie unsere Kinder töten. Wir können ihnen nicht vergeben, dass sie uns zwingen, ihre Kinder zu töten. Wir werden erst Frieden mit den Arabern haben, wenn sie ihre Kinder mehr lieben als sie uns hassen.“

Die Schwäche der arabischen Seite ist somit keine moralische Überlegenheit. Es ist gut, wenn Judenhasser zu schwach sind, ihren Judenhass in die Tat umzusetzen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Es macht einen Unterschied, ob Ihr Nachbar Dänemark oder Hisbollah heißt

Selbst wenn Israel nur noch aus Tel Aviv bestünde, würde der Hass der Araber nicht enden

Von Daniel Kryger
(Redaktion Audiatur)

Demokratie oder das Beilegen von Konflikten auf friedlichem Wege sind Konzepte, die der Nahe Osten nicht kennt. Linke, die Israel gutgläubig dazu drängen, den arabischen Forderungen nachzugeben, fördern nur weitere Gewalt.

Der Konflikt zwischen den muslimischen Arabern und den Juden um ein kleines Stückchen Land war und ist der am stärksten fehlinterpretierte Konflikt in der neueren Geschichte. Unter dem Vorsitz der EU und der UN tut die Staatengemeinschaft so, als handele es sich hier um einen herkömmlichen Konflikt, in dem es um Land und spezifische Grenzen geht.

Die bittere Wahrheit ist jedoch: Die Welt weigert sich, anzuerkennen, dass sich bei diesem Konflikt eine islamische Ideologie gegen die Existenz eines jüdischen Staats stellt – egal, innerhalb welcher Grenzen. Auch wenn Israel auf die Größe Tel Avivs schrumpfen würde, würde dies in den Augen unzähliger Muslime von Marokko bis nach Indonesien immer noch eine unzumutbare Beleidigung darstellen. Muslimische Fundamentalisten unterscheiden nicht zwischen der jüdischen „Siedlung“ Tel Aviv und jüdischen Gemeinden in Judäa und Samaria.

Viele amerikanische und israelische Linke folgen mittlerweile der europäischen Ideologie, die territoriale Kompromisse und Freundlichkeit als die wichtigsten menschlichen Tugenden betrachtet. In charakteristischer eurozentrischer Manier wird oft fälschlicherweise angenommen, dass die Erfahrungen Europas auf die ganze Welt übertragen werden könnten – einschließlich des Nahen Ostens.

Historisch betrachtet war Europa einst der gewalttätigste Kontinent der Welt, wo Nachbarn in scheinbar endlosen Kriegen um Grenzen, Ressourcen und Macht kämpften. Europa war das Epizentrum zweier Weltkriege. Allein der Zweite Weltkrieg forderte mehr als 50 Millionen Menschenleben, darunter die 6 Millionen während des Holocausts ermordeten Juden.

Schweden und Dänemark waren lange Zeit Kriegsgegner

Nach 1945 entschied sich Westeuropa dazu, seine Zukunft auf Demokratie aufzubauen und Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Doch so etwas funktioniert nur, wenn die Gegenseite die eigenen Grundwerte teilt. Schweden und Dänemark kämpften jahrhundertlang um Grenzverläufe, stellten dabei jedoch nie die Existenz des jeweils anderen infrage. Heute sind die beiden Staaten friedliche säkulare Demokratien, die nicht im Traum daran denken würden, gegeneinander Krieg zu führen. Das Gleiche gilt für Frankreich und Deutschland.

Die Situation im Nahen Osten ist hingegen eine ganz andere. Mit Ausnahme Israels sind wahre Demokratie und das Beilegen von Konflikten auf friedlichem Wege fremdartige Konzepte. Anders als im post-christlichen Europa ist Religion für die meisten Menschen



in der muslimischen Welt ein zentrales Element ihrer persönlichen Identität. Gemäß islamischer Tradition müssen Juden als unterwürfige Dhimmis unter islamischer Herrschaft leben und dürfen nicht zu den Waffen greifen. In den Augen vieler Muslime haben Juden keinerlei Anrecht auf nationale Unabhängigkeit und militärische Macht innerhalb irgendwelcher Grenzen.

Westliche Linke glauben blauäugig, dass es automatisch Frieden geben wird, wenn Israel nur freundlich ist,

dem Gazastreifen und Teilen von Judäa und Samaria unterstreicht dies. Das Abtreten der Gebiete verschaffte Israel nicht einmal einen Bruchteil des „Friedens“, der nur in der orwell’schen Vorstellung der selbsternannten „Nahostexperten“ des Westens existiert. Als Erwiderung auf die Entwurzelung Tausender friedlicher jüdischer Bewohner wurden Gebiete, die von der Hamas und der PA kontrolliert wurden, zu gescheiterten Staaten und Brutstätten eines völkermörderischen Judentums,

eigenen Bürger abgeschossen würden, wie es bei den Aggressionen des Gazastreifens gegen Israel der Fall war.

Die Kritiker, die Israel systematisch der Anwendung „unverhältnismäßiger“ Gewalt beschuldigen, zuckten nicht einmal mit der Wimper, als die NATO den Irak und Afghanistan zerstörte. Anders als Israel machen sich die NATO-Streitkräfte nicht die Mühe, die Bevölkerung mit Handzetteln und SMS zu warnen, um die Verluste in der Zivilbevölkerung zu minimieren. Die NATO-Streitkräfte schützen nicht die feindliche Zivilbevölkerung auf Kosten der Sicherheit der eigenen Soldaten. Die NATO-Streitkräfte sehen sich außerdem nicht einmal einem Bruchteil der obsessiv feindlichen internationalen Medienberichterstattung ausgesetzt, die für die israelischen Verteidigungsstreitkräfte zum Alltag geworden ist.

Israel kämpft nicht nur seit seiner Wiedergeburt im Jahr 1948 um seine Existenz. Der jüdische Staat steht an vorderster Front in einem anhaltenden Kampf epischen Ausmaßes zwischen Zivilisierung und Barbarei. Durch den Verrat am demokratischen Israel betrügt ein großer Teil des Westens rückgratlos seine eigenen fundamentalen Werte.

Ein echter Frieden, der auf territorialen Kompromissen aufbaut, ist nur dann möglich, wenn Grenzen mit einer friedlichen Koexistenz einhergehen. Solange die völkermörderischen Feinde Israels Grenzen als Fronten gegen den wiederauferstandenen jüdischen Staat ansehen, kann nur eine überwältigende militärische Abschreckung die Wölfe in Schach halten.

Daniel Kryger ist Autor und politischer Berater. Er lebt in Israel. Auf Englisch zuerst erschienen bei MiDA.

„ „Nett zu sein hilft vielleicht, wenn deine Nachbarn Dänemark und Schweden heißen.“

Gebiete abtritt und den Forderungen der muslimischen Araber nachgibt. In der Realität ist das Gegenteil der Fall. Im Nahen Osten werden Kompromisse als Zeichen von Schwäche und als Aufforderung zu neuer Gewalt angesehen.

1974 begann die Terrororganisation PLO mit einem völkermörderischen Phasenplan, der sich gegen Israel richtete und bis heute verfolgt wird. Dieser Plan wurde entwickelt, da die arabischen Länder es nicht schafften, Israel auf dem militärischen Schlachtfeld zu schlagen. Außerdem sollten naive westliche Beobachter getäuscht und davon überzeugt werden, dass die PLO territoriale Kompromisse und eine friedliche Einigung mit Israel einhält.

Gemäß dem Phasenplan wird jedes Gebiet, das Israel abtritt, automatisch in eine neue Kriegsfront gegen den jüdischen Staat umgewandelt. Israels Rückzug aus dem südlichen Libanon,

der kompromisslos die Zerstörung Israels fordert.

Nett zu sein hilft vielleicht, wenn deine Nachbarn Dänemark und Schweden heißen. Wenn deine Nachbarn allerdings die Hamas, PLO, Hisbollah und Syrien sind, handelt man sich nur noch mehr Gewalt ein.

Die Milchmädchenrechnung der „Nahostexperten“

Die selbsternannten „Nahostexperten“ des Westens weigern sich nicht nur, zuzugeben, dass ihre orwell’schen Fantasien eine Milchmädchenrechnung in Bezug auf den arabisch-israelischen Konflikt waren. Sie erwarten auch heuchlerisch, dass Israel die andere Wange hinhält, wenn die geräumten Gebiete als Abschussrampen für Gewalt gegen israelische Zivilisten genutzt werden. Kein Land der Welt würde es tolerieren, wenn Tausende Raketen auf die

Kein Soldat wird jemals vergessen

Israels mustergültiger Umgang mit seinen vermissten und unbekanntem Militärangehörigen

Von Rachel Grünberger-Elbaz

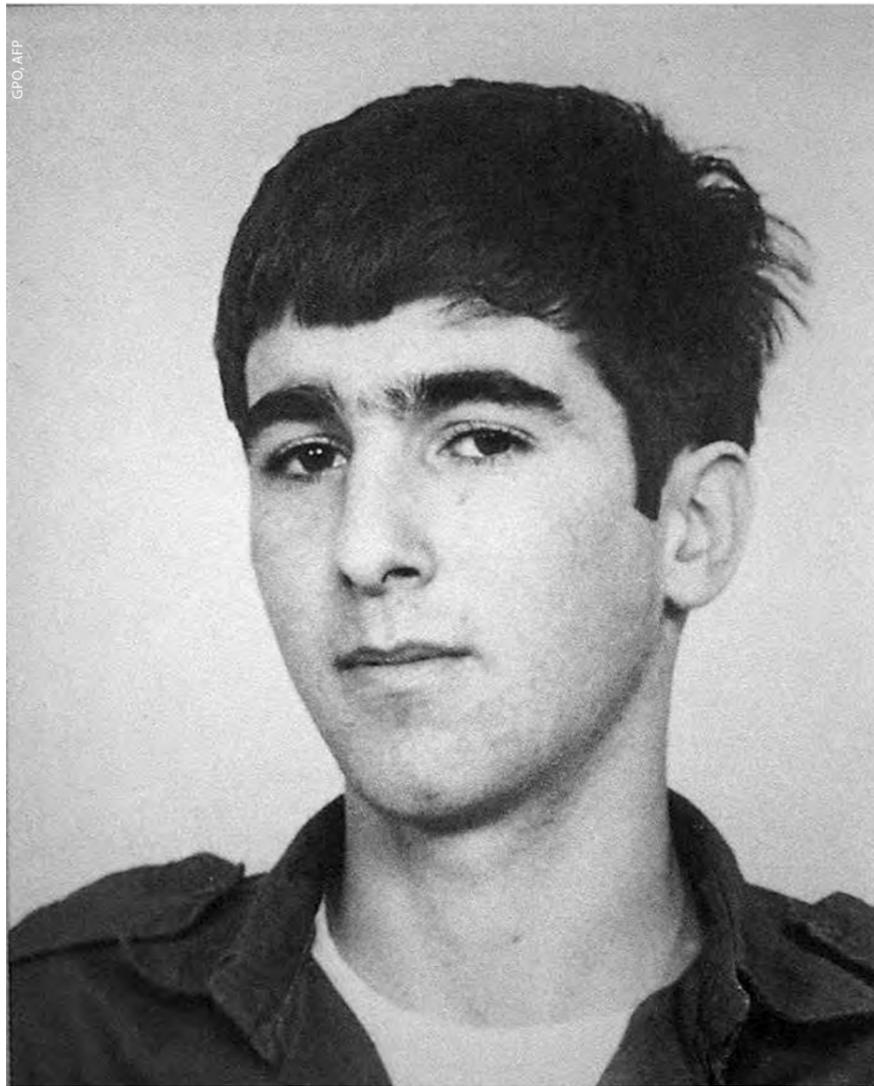
„Bei uns wird es kein Grabmal des unbekanntem Soldaten geben“, verkündete der legendäre Staatsgründer und langjährige erste Ministerpräsident Israels, David Ben Gurion, Anfang der 1950er etwas großspurig. Wie verhält es sich jedoch wirklich mit Israels Umgang mit seinen verschollenen und unbekanntem Soldaten und denen, deren letzte Ruhestätte nie gefunden wurde?

Zum 31. Mal jährte sich am 16. Oktober 2017 der Tag, an dem der israelische Flugnavigator und Waffensystemoffizier Ron Arad 1986 bei einem Einsatzflug im Libanon abstürzte und in Gefangenschaft der schiitischen Amal-Miliz geriet. Zurück blieben seine inzwischen verstorbene Mutter, zwei Brüder, die junge Ehefrau Tami und das nur 15 Monate alte Töchterchen Yuval. Zwei Jahre lang lässt sich die Spur des damals 28-Jährigen noch verfolgen – einschließlich einer erschütternden Videoaufnahme und Tagebuchnotizen – und verliert sich dann im Ungewissen.

Zahllose Gerüchte und Spekulationen rankten sich in den folgenden Jahrzehnten um sein Schicksal und der Staat Israel versuchte nicht wenig, auch mit Hilfe des deutschen Bundesnachrichtendienstes, um Näheres über den Verbleib von Arad in Erfahrung zu bringen. So entführte eine israelische Kommandoeinheit 1994 nicht zuletzt den ehemaligen Amal-Sicherheitschef Mustafa Dirani, der bis 2004 in israelischer Verwaltungshaft saß. Aber auch seine Verhöre brachten wenig Licht in das Rätsel. Der Libanese blieb hartnäckig bei seiner Version, Arad sei zunächst der Hisbollah und dann den iranischen Revolutionsgarden übergeben, und von diesen in den Iran verschleppt worden. Nach zehn Jahren wurde Dirani im Rahmen eines spektakulären Gefangenenaustauschs mit 22 weiteren libanesischen und 412 „palästinensischen“ Häftlingen in seine Heimat entlassen. Israel bekam dafür die Leichen von drei gefallenen Soldaten und den Geschäftsmann Elchanan Tenenbaum.

2008 teilte der deutsche Unterhändler Gerhard Konrad Israel mit, die Hisbollah habe erklärt, Arad sei schon 1988 bei einem Fluchtversuch ums Leben gekommen. Gestützt wird diese Zeitangabe, wenngleich mit einer etwas abweichenden Version der Geschichte, von der Aussage Moufid Kuntars, eines ehemaligen Mitglieds des militärischen Arms der extremistischen „Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei“, der im Februar 2016 wegen angeblicher Kooperation mit Israel vor ein libanesisches Gericht gestellt wurde. Er berichtete von einem israelischen Gefangenen, der seinen Leuten 1988 in die Hände gefallen, und kurz darauf an den Folgen von Erschöpfung und Folter tot im Badezimmer aufgefunden worden sei.

Ron Arad ist mit Sicherheit der berühmteste Verschollene des israelischen Militärs und sein Name ist auch den nachgeborenen Generationen wohlbekannt. Als „offene nationale Wunde“ bezeichnete eine israelische Tageszeitung unlängst seine Geschichte, die auch heute noch Schlagzeilen macht. Jahrzehntlang verfolgte die ganze Nation jede wichtige Station im Leben seiner Tochter Yuval, inzwi-



Ron Arad: Verschollen 1986 im Libanon

schon bereits selbst Mutter – Geburtstage, ersten Schultag und den Antritt ihres Militärdienstes. Bis heute findet in seiner Heimatstadt Hod Hasharon alljährlich ein Marathonlauf statt, unter dem Motto: „Ron Arad – mit dem Recht auf Freiheit geboren“. Bis heute beobachtet die Öffentlichkeit, nicht immer mit dem angemessenen Wohlwollen, jeden Versuch von Ehefrau Tami, den Papparazzi-Kameras zu entkommen und sich ihr Recht auf Privatsphäre und einen Neuanfang zu erkämpfen. Dabei ließ sie jahrzehntelang nichts in ihrer Macht Stehende unversucht, um Rons Schicksal im öffentlichen Bewusstsein und vor allem bei den politischen Entscheidungsträgern wachzuhalten.

Ron Arad ist zwar der bekannteste, aber beileibe nicht der einzige vermisste israelische Soldat. Fünf Namen führt EYTAN, die IDF-Einheit zum Auffinden von Vermissten, unter dieser Kategorie. Dabei handelt es sich um Soldaten, die zum Zeitpunkt ihres Verschwindens mutmaßlich noch am Leben waren. Dazu zählen Yehuda Katz, Zecharya Baumöl and Zvi Feldman, in deren noch schwelendem Panzer nach der Schlacht von Sultan Yaakov während des ersten Libanonkriegs 1982 nur die Leiche des Kommandanten gefunden wurde. Im Gegensatz zu Arad sind diese drei, obgleich nie offiziell für tot erklärt, aus dem öffentlichen Bewusstsein so gut wie verschwunden.

Der fünfte ist der 1997 verschollene Soldat Guy Hever. Sein Fall ist besonders mysteriös. Aus unbekanntem Grund verließ Hever am Morgen des 17. August seinen Stützpunkt auf den Golanhöhen und ist seither spurlos ver-

schwunden. Bei sich hatte er seine Waffe und seine militärische Kennmarke. Da nichts davon jemals aufgetaucht ist,



Guy Hever: Vermisst seit 1997

hält man einen Selbstmord für wenig plausibel. Die gängige, auch von seiner

Mutter Rina unterstützte These ist daher, dass er nach Syrien entführt wurde und dort gefangen gehalten wird. Erst 2007, also zehn Jahre später, behauptete eine syrische Organisation namens „Widerstandskomitee für die Befreiung der Golanhöhen“, Hever in den Händen zu haben. Das wird angesichts des langen Zeitraums für unwahrscheinlich gehalten. Guy Hever verschwand viele Jahre vor Beginn des syrischen Bürgerkriegs, und sollte er tatsächlich noch am Leben gewesen sein, fragt sich, ob, wo, in wessen Händen und wie er diesen überstanden haben mag.

Wie bei den anderen vier Verschollenen fragt man sich aber auch, welchen Sinn es für seine Schergen machen sollte, ihn festzuhalten, ohne ihn als politische Karte auszuspielen. Schließlich ist auch bei Israels Feinden bekannt, welch hohen Preis man dem jüdischen Staat für seine Kinder abpressen kann. Nicht unbedingt wegen des alttestamentarischen und talmudischen Stellenwerts des Prinzips „Pidjon Shvu'im“, des Freikaufs von Gefangenen, sondern vielmehr, weil Israels Regierungen, seitdem sie grundsätzlich von ihrem eisernen Prinzip abgewichen sind, nicht mit Terroristen zu verhandeln, nun auch empfindlicher auf öffentlichen Druck reagieren.

Die bereits erwähnte Vermissten-Einheit wurde nach dem Jom-Kippur-Krieg im Rahmen der IDF-Personalabteilung gegründet. Abgesehen von der Suche nach den Verschollenen umfasst ihr Aufgabenbereich weitere 195 Soldaten, die bei 108 unterschiedlichsten Militäreinsätzen nachweislich ums Leben gekommen sind, deren Leichen jedoch nie gefunden wurden, darunter Piloten, U-Bootbesatzungen und andere.

Die dritte Kategorie sind die unbekanntem Soldaten, die es laut Ben-Gu-

rion gar nicht geben dürfte. In der Tat haben sie in Israel auch kein Grabmal, aber durchaus Gräber – 25 davon fand man auf den Friedhöfen des Landes.

Dabei sollen es Hunderte von Schoah-Überlebenden gewesen sein, die 1948 angeblich direkt von den Einwanderungsschiffen geholt wurden, um dann ohne Ausbildung eine Waffe oder sogar nur die Attrappe einer solchen in die Hand gedrückt zu bekommen und an die Frontlinien des Unabhängigkeitskrieges geschickt zu werden. Bei dem damals herrschenden Durcheinander sei der Großteil von ihnen gar nicht namentlich erfasst worden und ruhe somit irgendwo in anonymen Massengräbern. In einem Interview mit Oberstleutnant Gabi Almashali von EYTAN vor einigen Jahren bezeichnete die israelische Tageszeitung „Haaretz“ diese Geschichte als Mythos. Von den 4.500 Gefallenen des Unabhängigkeitskrieges 1948 wurden unmittelbar nach den Kampfhandlungen 1.000 als vermisst gemeldet. Diese Zahl konnte jedoch erheblich eingeschränkt werden, nachdem der damalige Militäroberrabbiner Shlomo Goren die Schlachtfelder besuchte und eine umfassende Identifizierungskampagne startete. Letztlich sprach man nur noch von 181 Gefallenen, deren Grab nicht bekannt sei, sowie von einigen Dutzend Gräbern unbekannter Soldaten.

Dazu Oberstleutnant Almashali: „Tatsächlich wurde äußerst sorgfältig dokumentiert. Mag sein, dass es den einen oder anderen gegeben hat, den keiner kannte und der nur eine sehr rudimentäre Ausbildung bekam, in dem Augenblick jedoch, in dem er sich einer der kämpfenden Einheiten anschloss, hat ihn jemand in eine Liste eingetragen. Wo Aufzeichnungen fehlen, suchen wir nach dem Grund und werden im Allgemeinen auch fündig.“

Zur Verfahrensweise erklärte er folgendes: „Zunächst einmal handelt es sich um ausgedehnte Archivarbeit. Danach werden Augenzeugen aus einer bestimmten Schlacht vernommen, um sich ein Bild davon zu machen, was unmittelbar vor dem Verschwinden einer Person geschehen ist. Bei einem Teil der Fälle handelt es sich nicht um Unbekannte, die man nicht identifizieren konnte, sondern vielmehr um Gefallene, die unmittelbar nach den Kampfhandlungen vor Ort beigesetzt wurden, weil es keine Möglichkeit gab, ihre Leichen zu konservieren. Nicht immer gab es vor Ort Freunde oder Familienangehörige, die wussten, um wen es sich handelt. Damals gab es noch keine Militärrabbiner und keine Arbeitsteams, die auf das Identifizieren der Gefallenen spezialisiert waren. Heute bedienen wir uns auch sehr viel fortschrittlicherer Methoden, darunter Computertechnologien und DNS-Untersuchungen. Um ein Grab zu öffnen, bedarf es allerdings sehr komplexer juristischer Verfahren. Das ist letztlich nur mit Genehmigung des Generalstaatsanwalts möglich.“

Dennoch konnte EYTAN seit seiner Gründung in akribischer Arbeit mehrere Dutzend Fälle lösen, darunter nicht wenige aus dem Jahr 1948.

Für die politische Führung ist es zweifellos einfacher, Tote identifizieren und Gräber suchen zu lassen, als sich dem Schmerz und den Forderungen der Angehörigen von Verschollenen zu stellen und mit Staaten und Organisationen zu verhandeln, mit denen man lieber nicht sprechen möchte.

Guy Hevers Mutter Rina zum Beispiel ist davon überzeugt, dass es Entscheidungsträger gibt, die mehr über den Verbleib ihres Sohnes wissen, als sie eingestehen. Desgleichen die Mutter von

Oron Shaul, eines der beiden Soldaten, die während der Kämpfe der Militäroperation „Schutzrand“ umgekommen, und deren Leichen sich im Besitz der Hamas befinden sollen. Während die Familie von Hadar Goldin die von der IDF in einem Hamas-Tunnel gefundenen Indizien für den Tod ihres Sohnes akzeptierte, gestaltete sich der Fall des aus einem Panzerwagen verschwundenen Shaul schwieriger, da die Hamas zunächst bekanntgab, einen lebenden IDF-Soldaten namens „Aaron Shaul“ gefangen zu halten. Erst unlängst verkündete seine Mutter Zahava, die der Regierung schwerste Vorwürfe macht: „Ich werde nicht zulassen, dass sie dich in einen zweiten Ron Arad verwandeln.“

Das selbe Spielchen spielte die Hisbollah seinerzeit mit den im Juli 2006 entführten Soldaten Regev und Goldwasser... während forensische Funde an der Stätte des Überfalls auf ihre Patrouille mit nahezu hundertprozentiger Sicherheit darauf hinwiesen, dass die beiden Soldaten nicht überlebt haben konnten, klammerten sich ihre Familien und die Öffentlichkeit an das kleine Fünkchen zweifelnder Hoffnung und zwang die Regierung letztlich zu einem weiteren spektakulären Gefangenenaustausch, bei dem u.a. der libanesischen Terrorist Samir Kuntar und einige Hisbollah-Kämpfer freigelassen wurden. Jeder Handel dieser Art wird selbstredend von heftigen Protesten

und gerichtlichen Gegenpetitionen der Angehörigen der Opfer dieser Terroristen begleitet. Dann hielt ganz Israel den Atem an, als sich am 16. Juli 2008 die Tore des israelisch-libanesischen Grenzübergangs bei Rosh Hanikra öffneten... aber auf der Ladefläche des Rotkreuz-Jeeps standen zwei Särge.

Ein glücklicheres Ende fand die fünfjährige Gefangenschaft von Gilead Schalit in Gaza, der 2011 von der Hamas entlassen wurde – im Gegenzug für 1.027 Palästinenser, den höchsten Preis, den Israel je in einem solchen Handel gezahlt hat.

Ob der Staat also genug tut bzw. alles tut, was er kann, ist zweifellos eine Frage der Perspektive.



GREGORY'S JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Der verlorene Stamm

Israel erkennt die Oberhäupter der äthiopischen Juden an

Israelnetz

Israel hat die religiösen Führer der äthiopischen Juden, die Kes, offiziell anerkannt. Der Ministerausschuss für die Integration von Juden äthiopischer Herkunft hat dies am Montag in Jerusalem entschieden. Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu sprach von einem „historischen Schritt“.

Der Entscheidung bedeutet, dass die Kes nun an religiösen Gremien des Staates teilnehmen dürfen. Auf diese Weise können sie sich für die Belange ihrer Glaubensgruppe stark machen. Zusätzlich dürfen sie aber auch Trauungen vornehmen oder Scheidungen besiegeln.

Interesse am Erbe

Für Netanjahu war diese Entscheidung überfällig. „Das Erbe Israels ist ein Mosaik vieler Gemeinschaften. Diese Gemeinschaft ist besonders, weil sie ihr Erbe in absoluter Isolation bewahrt hat“, sagte Netanjahu laut einer Mitteilung seines Büros.

Die Leiterin der „Vereinigung für die Bildung und soziale Integration äthiopischer Juden“ (Fidel), Michal Avera Samuel, begrüßte ebenfalls den Schritt. „Die Entscheidung bindet die Tradition der äthiopischen Juden in das israelische Narrativ ein“, sagte sie laut der Nachrichtenseite „Jewish Press“. „Wir hoffen, dass die Regierungsentscheidung umgesetzt wird.“

Für Schimon Samai Elias, einen Kes, wurde mit diesem Schritt „der Gerech-

tigkeit Genüge getan“. Die Regierung habe im Jahr 2010 nur einige wenige Kes bezahlt und anerkannt. Sie habe damit gerechnet, dass der jüngeren Generation ihr Erbe weniger bedeutend sei, da sie in Israel aufwachsen würde. Nun sei das Gegenteil der Fall: „Sie wollen Bescheid wissen, sie wollen damit verbunden sein.“

Langer Weg der Integration

Nach Angaben des Ministerausschusses schreitet die Integration auch auf anderen Ebenen voran. So seien 66 von 71 Initiativen bereits umgesetzt. Deren Budget belaufe sich auf umgerechnet 38 Millionen Euro jährlich. Dazu gehören unterschiedliche Bemühungen, wie etwa die Förderung begabter Schüler oder die Integration in die Armee oder Polizei. Zusätzlich stehen seit 2017 für die kommenden fünf Jahre 27 Millionen Euro für Wohndarlehen zur Verfügung.

Die Integration äthiopischer Juden hat Mitte der 1970er Jahre begonnen. 1975 erkannten das israelische Rabbinat und der Staat Israel die äthiopischen Juden als Juden an. Israel brachte dann ab Mitte der 1980er Jahre in mehreren Transportaktionen tausende äthiopischer Juden ins Land. Zum Teil waren sie vor der marxistischen Diktatur in den Sudan geflohen.

Am 30. Juni 2008 nahm die Knesset das Sigd-Fest als Feiertag der äthiopischen Juden offiziell auf. Im Jahr 2016 schaffte es eine äthiopische Kurzge-



schichte, „Ein Traum auf Kosten der Ehre“ von Girma Mengistu, in den israelischen Lehrplan.

Die äthiopischen Juden nennen sich auch „Beta Israel“ (Haus Israel). Ein Sonderfall stellen die Falasch Mura dar: Dabei handelt es sich um äthiopische

Juden, deren Vorfahren unter Zwang zum Christentum konvertiert sind. Im Jahr 2003 erkannte Israel diejenigen als Juden an, die mütterlicherseits jüdische Vorfahren belegen können. Im Jahr 2015 lebten etwa 135.000 äthiopische Juden in Israel.

Bibelstunde in der Knesset

Christen und Juden halten im israelischen Parlament erstmals ein gemeinsames Bibelgespräch ab

Israelnetz

Zum ersten Mal ist kürzlich ein Bibelgespräch zwischen Juden und Christen in der Knesset geführt worden. Dazu eingeladen hatten der geistliche Berater von US-Präsident Donald Trump, Jim Garlow, der „Ausschuss für christliche Verbündete“ in der Knesset, die Schindler-Gesellschaft sowie „Israel365“. Anlass war eine Reise nach Israel von Trumps geistlichen Beratern.

Als Gastgeber des Bibelgesprächs diente Rabbi Jehuda Glick (Likud), der dem Ausschuss für die Ermutigung des Bibelstudiums im israelischen Parlament vorsteht. Der „Ausschuss für christliche Verbündete“ in der Knesset ist eine Arbeitsgruppe für Beziehungen zu christlichen Freunden Israels. Er will direkte Kommunikationswege und eine Zusammenarbeit des israelischen Parlaments mit christlichen Führungspersonlichkeiten aus aller Welt weiterentwickeln. Damit soll die gemeinsame Geschichte, die Judentum und Christentum mit dem Land Israel verbindet, gewürdigt werden. Vorsitzender ist Robert Ilatov (Israel Beitenu).

Die Schindler-Gesellschaft ist von Rosemary Schindler Garlow und ihrem Mann Jim gegründet worden. Dieser ist Pastor in der „Skyline-Kirche“ in Kalifornien. Schindler Garlow ist eine Verwandte von Oskar Schindler. Die Gruppe von Christen hält fortlaufend Bibelgesprächsgruppen im Kongress der USA sowie der Vereinten Nationen ab. Da das Ehepaar Garlow nicht persönlich anwesend sein konnte, übersandten die beiden Amerikaner Grüße in einer Videobotschaft:

„Wir stehen zu Israel, weil uns die Bibel sagt, dass Gott uns segnet, wenn wir Israel segnen. Weil es sein Plan ist, die Juden zurück in ihre Heimat zu bringen, unter-

stützen wir Gottes wunderbaren Plan. Wir Christen sind hier, um zu hören, nicht um zu führen. Wir sind Lernende.“

Die Initiative „Israel365“ steht unter der Leitung von Rabbi Tuly Weisz und setzt sich für ein stärkeres Miteinander zwischen Juden und den Nationen ein.

„Revolution des Bibelstudiums“

Den Auftakt zum Bibelstudium bildete der Knessetabgeordnete Glick mit Gedanken zum Psalm 27. Viel zu häufig vergäßen Bibelleser, dass der Aufbau in den Psalmen eine wichtige Rolle spiele. Es handele sich um Poesie. Während der Psalmbeter sich im ersten Teil von Psalm 27 vollkommen sicher über die Existenz und Güte Gottes sei, spreche er ihn im zweiten Teil direkt an. „Das ist wie im Leben. In unserem Leben gibt es Phasen, da sind wir uns ganz sicher, dass Gott da ist und uns hält. Und dann gibt es Phasen, wo wir Gott in den Ohren liegen, sich zu uns zu wenden und sich uns zu zeigen.“ Glick weist auf den hebräischen Urtext hin: „Der Psalm beginnt mit dem Wort HERR, also Adonai, und er endet mit dem Wort HERR, Adonai. Wie unsere Umstände auch sind – in all dem ist wichtig, dass wir uns in ihm geborgen wissen.“

Rabbi Weisz wies in seinem Beitrag darauf hin, dass die „Revolution des Bibelstudiums bereits vor langer Zeit in der Bibel selbst angekündigt“ worden sei. Basierend auf Jesaja 2 zeigte er, dass die Thora sowohl dem jüdischen Volk als auch der ganzen Welt gehöre: „Gott gab den Juden die Thora, damit diese sie an die Völker weitergeben. Das ist das erste Mal in der Bibel, dass wir sehen: Die Thora wird Juden und Nicht-Juden zusammenbringen und die Grundlage der Einheit aller Völker werden.“

Weisz nutzte die Gelegenheit, um die

bevorstehende Hardcover-Ausgabe seiner englisch-hebräischen Israel-Bibel anzukündigen. Die Bibel möchte die Besonderheit der Beziehung zwischen dem Land und dem Volk Israels und Gottes ewiger unge-



Yehuda Glick war Gastgeber der Konferenz

brochener Liebe zu ihm deutlich machen. Daher sind alle Orte, mit denen Israel und Jerusalem bezeichnet werden, besonders hervorgehoben.

„Wir haben ein gemeinsames Buch“

Für einen kurzen Wortbeitrag kamen auch die Parlamentsabgeordneten Ilatov und Sharron Haskel (Likud). In seinem Grußwort machte Ilatov deutlich: „Die Bibel ist die Grundlage der Grundlage. Wir mögen unterschiedliche Religionen haben, aber wir haben ein gemeinsames Buch.“ Er dankte Glick, dass dieser sich unermüdlich für den Dialog zwischen den Religionen einsetze. An die Besucher gewandt, sagte er: „Ich spreche heute Hebräisch zu meinen christ-

lichen Freunden, denn eines Tages werden wir alle Hebräisch sprechen.“

Haskel sagte: „Wir sehen heute, wie die Bibel sich nach und nach verwirklicht, eingeschlossen die Wiederbelebung der hebräischen Sprache.“ Sie selbst empfinde es als Vorrecht, in der modernen Knesset zu sitzen und aus dem alten Buch so aktuelle Erkenntnisse zu lernen. „Daran, dass wir heute hier gemeinsam sitzen, sehen wir, wie die Bibel sich vor unseren Augen erfüllt. Deshalb war es mir wichtig, heute hierher zu kommen.“

Das wichtigste Kapitel der Bibel

Für die Schindler-Gesellschaft war Zlila Bau-Cohen gekommen, die Tochter von Josef Bau, einem der Überlebenden, die Oskar Schindler im Holocaust gerettet hatte. „Bereits in den 50er Jahren hat mein Vater mir gesagt, dass eines Tages die Nationen nach Israel und Jerusalem kommen würden, um die Tora zu lernen.“ Bau-Cohen war ihre Aufregung abzuspüren, als sie den Gästen erzählte: „Damals sagte mein Vater, dass Jesaja 2 vielleicht das wichtigste Kapitel der Bibel ist. Heute sehe ich, dass er recht hat. Und es rührt mich wirklich.“

Glick lud die Gäste ein, Jesaja 2,3 unter der Leitung von Rabbiner Elan Adler zu singen: „Denn von Zion wird Weisung ausgehen und des HERRN Wort von Jerusalem.“

Ein besonderes Geschenk hatte sich die Initiative „Israel365“ für den Gastgeber Glick ausgedacht: „Weil wir uns aktuell im jüdischen Monat Adar befinden und da traditionell das Purimfest gefeiert wird, an dem die Esther-Rolle gelesen wird, möchten wir Ihnen eine Esther-Rolle schenken.“ Glick freute sich sichtlich und bat die versammelten Gäste, für ein Foto mit der Rolle zusammenzukommen.

Späte Ehrung für Stefan Zweig

75 Jahre nach seinem Tod verleiht der Staat Brasilien dem österreichisch-jüdischen Exil-Schriftsteller den höchsten Orden des Landes

Von Martina Farmbauer

Stefan Zweig hat jede Art von Ehrung, Orden, Hommage gehasst. „Dafür tut es mir leid“, sagt Kristina Michahelles, die den österreichischen Schriftsteller insofern gut kennt, als sie einige seiner Werke wie „Die Welt von Gestern“ und „Brasilien: Ein Land der Zukunft“ ins Portugiesische übersetzt hat und Mitglied der „Casa Stefan Zweig“ (CSZ) ist (Zweigs ehemaligem Wohnhaus in Petrópolis), die heute ein Museum ist.

Aber die Deutsch-Brasilianerin Michahelles sagt der JÜDISCHEN RUNDSCHAU in Rio de Janeiro auch: „Unserer Sache, also der der ‚Casa Stefan Zweig‘, dient das sehr.“ Was Kristina Michahelles mit „das“ meint, ist, dass Stefan Zweig Ende 2017 posthum mit dem „Ordem Nacional do Cruzeiro“ ausgezeichnet wurde – dem höchsten Orden, den ein Ausländer in Brasilien erhalten kann.

Das Land hat Zweig damit 75 Jahre nach seinem Tod geehrt. Der Schriftsteller hat mit seinem Buch „Brasilien: Ein Land der Zukunft“ sehr viel „Werbung“ für das größte Land Südamerikas gemacht. Fast jeder Deutschsprachige, der nach Brasilien kommt, hat dieses Buch im Gepäck, es gelesen oder kennt es. Mit „Land der Zukunft“ hat Brasilien damals seinen Beinamen bekommen, den es bis heute noch trägt. Vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Wahns und des Zweiten Weltkriegs mag das Land eine Verheißung gewesen sein. Der Name scheint Brasilien indes zum Verhängnis zu werden, es scheint das ewige Land der Zukunft zu bleiben: Auf einen Boom folgt der nächste Crash – derzeit befindet sich Brasilien in einer tiefen Depression, gesellschaftlich ist es um 30 Jahre zurückgeworfen.

Der Freude über die Ehre für Stefan Zweig tut das keinen Abbruch. „Stefan Zweig vive“ steht auf einem Schild vor der „Casa Stefan Zweig“ in Petrópolis, in den Bergen hinter Rio. „Stefan Zweig lebt“, an dem Ort, an dem er und seine Frau Lotte fünf Monate im brasilianischen Exil gewohnt und sich am 22. Februar 1942 das Leben genommen haben. Das Zitat, das auch eine Wand im Inneren des Hauses ziert, ist eine Anspielung auf die umfangreiche Biografie „Morte no Paraíso: a tragédia de Stefan Zweig“ („Tod im Paradies: die Tragödie des Stefan Zweig“) des brasilianischen Journalisten und Schriftstellers Alberto Dines, 86.

Dines war acht Jahre alt, als Zweig bei einem seiner ersten Aufenthalte in Rio de Janeiro die „Jiddische-Brazilianer Folkschule Scholem Aleichem“, auf die Alberto Dines ging, für eine Lesung besuchte. Heute ist Dines Präsident der „Casa Stefan Zweig“ – und Zweig in Rio immer noch präsent.

Ehrungen wie der „Ordem Nacional do Cruzeiro“, Veröffentlichungen wie „A Unidade Espiritual do Mundo“ (Die geistige Einheit der Welt, Casa Stefan Zweig / Hentrich und Hentrich), erschienen im Juni 2017 und Ausstellungen wie „Migração“ in der „Casa Stefan Zweig“ vom 24. Februar bis zum 27. Mai 2018, erinnern an den Wiener Schriftsteller und würdigen ihn an seinem letzten Zufluchtsort, an dem er die „Schachnovelle“ geschrieben hat, wor-



Das Stefan-Zweig-Museum in Petrópolis

an ein überdimensionales Schachspiel im Garten erinnert.

Mit der „CSZ“ in Petrópolis hat Zweig – seit Alberto Dines und andere Freunde und Bewunderer das Haus kauften und als Museum eröffneten – einen permanenten Platz in dem Land, in das er sich auf den ersten Blick verliebte. Am 21. August 1936 kam Stefan Zweig erstmals nach Brasilien. Der österreichisch-jüdische Autor schwärmte von der Einfahrt in die Guanabara-Bucht, schrieb davon als einem einzigartigen Erlebnis. Zweig verbrachte zehn „frenetische Tage“ (Kristina Michahelles) in Rio de Janeiro. Es erging ihm wohl wie vielen ausländischen Gästen, die nur kurz in Rio verweilen und nur die schönen Seiten der Stadt kennenlernen. Bei Stefan Zweig war dies dadurch verstärkt, dass er erfolgreich und berühmt war – mit Thomas Mann einer der meistgelesenen deutschsprachigen Autoren seiner Zeit.

„Celebrity on Board“, schreibt Alberto Dines in „Morte no Paraíso: a tragédia de Stefan Zweig“. „Mit 53 ist der elegante Gentleman eine der größten literarischen Persönlichkeiten der Welt.“ Bei der Ankunft der RMS ALCANTARA im Hafen hätten sich die Reporter und Fotografen gedrängt. Stefan Zweig war Gast der brasilianischen Regierung, wohnte im Copacabana Palace – damals wie heute das beste Hotel am Platz – und absolvierte von der Copacabana bis zum Corcovado-Berg, auf dem die Christusstatue ihre Arme ausbreitet, einen Programmhöhepunkt nach dem anderen.

„Er hatte den Eindruck, alles ist wunderschön“, sagt Kristina Michahelles. Zweigs verklärter Blick auf Brasilien ist wohl nur im historischen Kontext des Nationalsozialismus und vor dem Hintergrund seiner persönlichen Ge-

schichte zu sehen und zu verstehen. Als Zweig 1936 aus London kam, machte sein Schiff Zwischenstopp in Vigo, der Spanische Bürgerkrieg war schon ausgebrochen. Mit seinen hochsensiblen Antennen fühlte der überzeugte Pazifist auch den Zweiten Weltkrieg heraufziehen, seine Bücher waren in Deutschland bereits verbrannt worden, und so nahm er in Brasilien, das häufig als Projektionsfläche für europäische Sehnsüchte dient, eben das wahr, was er sehen wollte:

Fröhliche Feste, bunte Märkte, beeindruckende Landschaften. Stefan Zweig dachte, dass er in Brasilien auch 1941, als er und Lotte dorthin übersiedelten, freudig empfangen werden würde. Aber für „Brasilien: ein Land der Zukunft“ hat er massive Kritik geerntet, auch wegen des Verdachts, er habe das Buch im Auftrag des „Estado Novo“, des autoritären Regimes von Getúlio Vargas, geschrieben.

Zweig schwärmt in „Brasilien: ein Land der Zukunft“ von der Rassenmischung in dem Land, vom scheinbar friedlichen Miteinander verschiedener Volksgruppen. Zweig war bereits angeschlagen, als er diesmal in Rio ankam. Sein Europa war untergegangen. Die Vorwürfe, „Brasilien: ein Land der Zukunft“ sei ein Auftragswerk im Tausch gegen die Aufenthaltsgenehmigung, führten dazu, dass er und Lotte in Petrópolis noch zurückgezogener lebten, als dies durch Lage – zwei Stunden in den Bergen hinter Rio – und Ausstattung – zwei Zimmer in einem Bungalow in einer 350.000 Einwohner-Stadt – ohnehin schon bedingt war. An einem Dienstag während des Karnevals von Rio nahmen die beiden Gift.

Man kann viel darüber gehört und gelesen haben, aber trotzdem nicht darauf vorbereitet sein, wenn man das

ehemalige Schlafzimmer der Zweigs betritt. Im Kopf taucht der Foto der beiden Toten auf. An der Wand hängt Stefan Zweigs Abschiedsbrief, in dem er Brasilien dankt.

Kristina Michahelles und Israel Beloch von der „Casa Stefan Zweig“ haben 2016 das letzte Adressbuch Zweigs, das in seinem brasilianischen Nachlass gefunden wurde, auf Deutsch herausgegeben. Es enthält 158 Namen, aber keinen Kontakt in Deutschland: „Stefan Zweig und sein Freundeskreis. Sein letztes Adressbuch 1940-1942“ (Hentrich und Hentrich) ist ein Dokument des Exils, ein Zeugnis der Einsamkeit und Isolation. Michahelles begleitet immer wieder Klassen der „Escola Alemã Corcovado“, der „Deutschen Schule Rio de Janeiro“, hinauf zur „CSZ“ in Petrópolis. „Die haben keine Ahnung, dann wissen sie, wer Stefan Zweig war, dass er die ‚Schachnovelle‘ geschrieben hat, was ‚Exil‘ bedeutet.“

Die „Casa Stefan Zweig“ ist nicht nur eine Gedenkstätte für den berühmten österreichischen Schriftsteller, sondern auch für viele andere Exilantinnen und Exilanten, unter ihnen viele Juden, die in Brasilien Zuflucht fanden und hier in Literatur, Musik, Wissenschaft und Kunst zwischen 1933 und 1945 ihre Spuren hinterließen. Kristina Michahelles und ihr Partner Leonardo Dou-rado haben sogar eine Fernsehserie über diese Kreativen gemacht. Nach Argentinien war Brasilien das Land in Südamerika, das am meisten Flüchtlinge aufgenommen hat – Historiker schätzen bis zu 19.000. Das Thema „Exil“ interessiert Michahelles im weitesten Sinne als Fremdsein in einem anderen Land, wie es sich in Petrópolis auch bei Stefan Zweig ausgedrückt hat. Ein Fremder, sich fremd Fühlender, der nun Ehrenbürger ist.

Renate Heuer: Die Archivarin der deutsch-jüdischen Literatur

Eine Würdigung der 2014 verstorbenen Literaturwissenschaftlerin ist jetzt in Buchform erschienen

Von Daniel Hoffmann

Zum Handapparat eines jeden Geisteswissenschaftlers gehören unverzichtbar Lexika, Wörterbücher, Nachschlagewerke, Bibliografien und Handbücher, auch Literaturgeschichten, in Epochen eingeteilt. Dass diese im Laufe der Jahrzehnte von opulenten Werken, die ausführlich eine Literaturrepoche darstellen, zu ganz schmalen, reich bebilderten, mit Kästchen, in denen schlagwortartige Zusammenfassungen untergebracht sind, versehenen Büchern geworden sind, ist unserer heutigen Vorstellung von leicht verdaulicher Bildung geschuldet.

Mit einer solchen Häppchenkultur hätte sich Renate Heuer, die 2014 verstorbene Germanistin, Initiatorin und Herausgeberin verschiedener Projekte zur deutsch-jüdischen Literaturgeschichte, niemals zufrieden gegeben. Jetzt hat Ludger Joseph Heid, Historiker und selbst Literaturwissenschaftler, der den Lesern dieser Zeitung als Publizist und Rezensent wohlbekannt ist, im Berliner Hentrich & Hentrich-Verlag Aufsätze, Vorträge und Rezensionen aus dem Nachlass von Renate Heuer herausgegeben, um zugleich zusammenfassend ihr jahrzehntelanges unermüdliches Wirken für die deutsch-jüdische Literaturgeschichte zu dokumentieren und zu würdigen.

Das Lexikon deutsch-jüdischer Autoren

Renate Heuers Haupt- und Lebenswerk ist das in dem von ihr 1983 gegründeten Archiv „Bibliographia Judaica“ herausgegebene 20-bändige Lexikon deutsch-jüdischer Autoren, das von 1992 bis 2013 erschienen ist. Jüngere Forscher nehmen es als Selbstverständlichkeit hin, dass dieses Lexikon vollständig vorliegt, ältere Forscher jedoch haben das Erscheinen der einzelnen Bände herbeigesehnt, in den die von ihnen erforschten Autoren wie z.B. Franz Werfel, Arnold Zweig, Stefan Zweig, aber auch weniger bekannte wie Hugo Sonnenschein, in systematischer Weise dargestellt werden.

Die vergessenen Mühen

Hinter diesen Bedürfnissen des Forschers, mit Grundlagenwissen versorgt zu werden, verschwindet die Mühe, die



es bereitet hat, dieses Grundlagenwissen erst einmal aufzubereiten. Ludger Joseph Heid hat sie in seiner Einleitung „Ein Leben für die deutsch-jüdische Literatur-Geschichte“ ausführlich geschildert. Heid erzählt die Geschichte einer außergewöhnlichen Pionierleistung in der jungen Bundesrepublik. Das in den 60er Jahren von dem Lyriker und Rabbiner Elazar Benyoetz initiierte Projekt des „Lexikons deutsch-jüdischer Autoren“ führte Renate Heuer schon bald quasi im Alleingang weiter. Welche Entbehrungen es sie kostete, welche beständige Mühsal der Finanzierung es erforderte, welche Ausdauer es verlangte, allein schon angemessene Räume für das Archiv zu finden,

liest man in diesem Kapitel mit Bewunderung und Hochachtung, aber auch mit einem Kopfschütteln, da man beinahe täglich in der Presse nachlesen kann, wie leicht doch im Gegensatz dazu abgehalfterte Politiker auf gutbezahlte Aufsichtsratsposten gesetzt werden.

Späte Würdigung

Renate Heuer ging es darum, den jüdischen Beitrag zur deutschen Geistesgeschichte zu dokumentieren. Das ist der leitende Gedanke ihrer Jahrzehnte währenden Arbeit. Die Wertschätzung, die sie dafür erfahren hat, hat sich im Laufe der Jahre stark gewandelt. Stand sie in den 60er Jahren noch fast auf verlorenem Posten, weil es keine sichtbaren Zeugnisse dieser deutsch-jüdischen Kultur der Vorkriegsjahrzehnte mehr gab, weil aber auch das Interesse nach einer Dokumentation dieser Kulturleistung nicht vorhanden war, hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten die Bedeutung dieser Arbeit als wichtiger Beitrag für das Selbstverständnis, für die neu gefundene Identität der Bundesrepublik herausgestellt.

Deshalb ist Renate Heuer im Jahr 2007 vom damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Das Foto von der Verleihung schließt den Bildteil im vorliegenden Band ab.

Der Aufbau des Lexikons

Das Lexikon deutsch-jüdischer Autoren geht andere Wege als herkömmliche Lexika. Ein Lexikon kann gewöhnlich auf Lexika älteren Datums zurückgreifen, dessen Lemmata es aktualisiert. Renate Heuer hat eine andere Systematisierung

gefunden, die ihrer Leitidee der Dokumentation deutsch-jüdischer Kultur gerecht wird. Die einzelnen Artikel ihres Lexikons sind nach folgendem Schema aufgebaut: nach der familiengeschichtlichen Darlegung folgen kurze Einträge über Ausbildung und berufliche Stationen. Aber auch der Freundeskreis gehört mit zur Darstellung. Das gesellschaftliche Engagement und die Stellung zum Judentum geben schon genaueren Einblick in die Persönlichkeit. Daran schließt sich eine bibliografische Erfassung der Veröffentlichungen sowie der Hinweis auf den Nachlass an. Auch Literatur zum Autor wird gesammelt. Diese Informationen beruhen zum größten Teil auf eigenen, aufwendigen Recherchen, die das Archiv hat vornehmen müssen. Wie das Archiv gearbeitet hat, um seinen selbstgestellten Auftrag, den Beitrag der Juden seit ca. 1750 zur deutschen Geistesgeschichte zu dokumentieren, zu erfüllen, zeigt der erste Beitrag dieses Bandes von Renate Heuer am Fallbeispiel des Kritikers Julius Bab (1880-1955).

Vom Salon bis zum „Hassgesang gegen England“

Schon an diesem Aufsatz lässt sich feststellen, dass Renate Heuer eine Germanistin der alten Schule gewesen ist. Die aktuellen Geisteswissenschaften kennen das Primat der Methodenwahl. Nach erfolgter Wahl wird der Untersuchungsgegenstand – komme, was wolle – den Intentionen der Methode unterworfen. Renate Heuer kannte nur die dienende Rolle des Wissenschaftlers, die Texte sprechen zu lassen bzw. – wie es im Untertitel eines hier abgedruckten Vortrages heißt, einen Nachlass zum Sprechen zu bringen. Das ist Renate Heuers große Kunst. Sie will nicht Erkenntnisse vermitteln, sondern Interesse für den Autor und seine Texte wecken. Sie will ihre Leser nicht belehren, sondern sie will ihnen Lektüreeindrücke geben, damit sie selbst zum Lesen der Quellen finden. Das wird in allen Texten, die dieser verdienstvolle Band enthält, deutlich, ob sie sich Ludwig Börnes Schilderungen des Frankfurter Ghettos, Jüdischen Salons in Berlin, dem Autor Sammy Gronemann, der Erinnerung des einstmals durch ein Hassgedicht auf den Kriegsgegner England im Ersten Weltkrieg berühmt gewordenen Ernst Lissauer oder die groß angelegte Rezension über Jüdinnen zwischen Tradition und Emanzipation handelt.

Im Rückblick auf Renate Heuers Lebenswerk wird deutlich, dass es nicht die Interpreten der Quellen sind, deren Deutungen von Kultur in Erinnerung bleiben wird, sondern die selbstlosen Archivare, die – das kann an Renate Heuers Wirken exemplarisch abgelesen werden – treue und aufrichtige Begleiter einer wertvollen vergangenen Kultur über die unterschiedlichen Zeitströmungen hinweg sind. Der Sammelband ihr zu Ehren bildet somit ein würdiges Seitenstück zu ihrer archivalischen Leistung.

Renate Heuer: *Deutsch-jüdische Literatur-Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Aufsätze, Vorträge, Rezensionen*, hg. von L. Joseph Heid, Hentrich & Hentrich-Verlag, Berlin 2017, 385 Seiten, EUR 29,90.

ROSA & BELLA

fine flowers

Ein Meister der abstrakten Kunst

Vor 75 Jahren wurde der jüdische Künstler Otto Freundlich in Majdanek ermordet

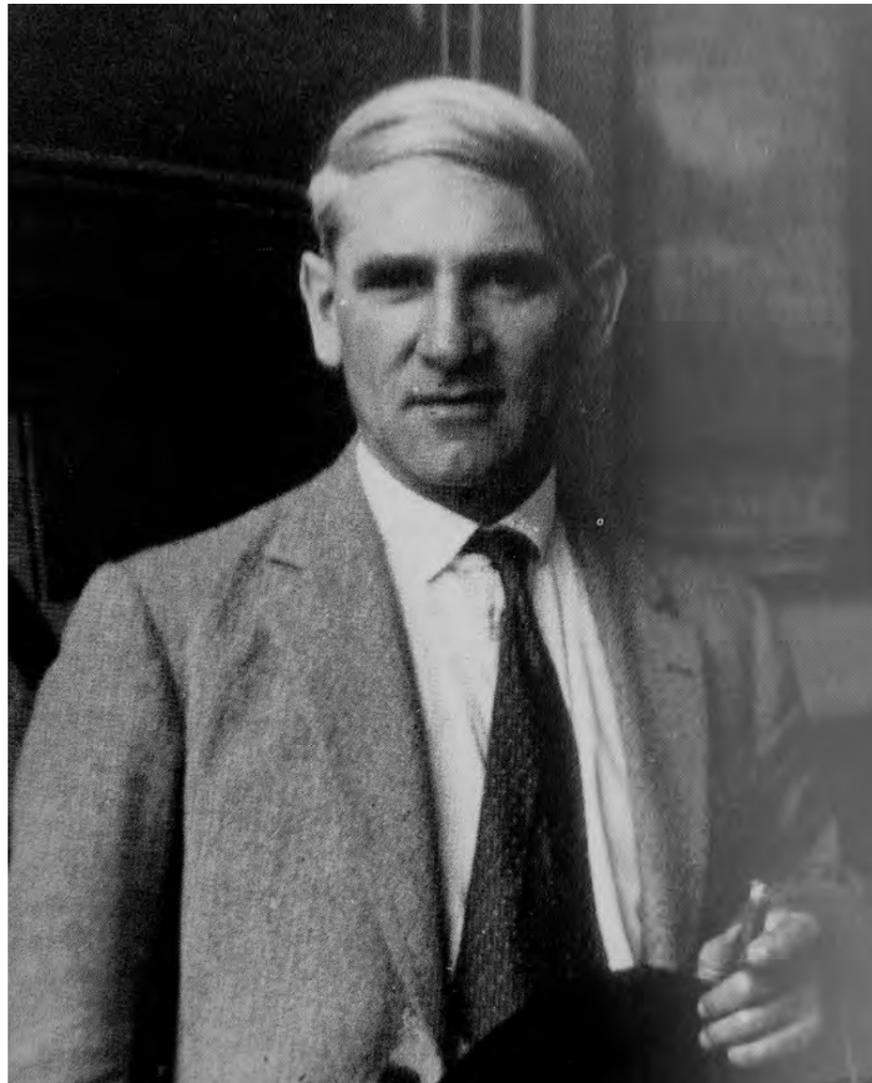
Von Martin Stolzenau

Otto Freundlich stammte aus Pommern, erlangte als Maler, Bildhauer sowie Verfasser zahlreicher kunsttheoretischer Schriften internationale Bekanntheit und arbeitete in Paris mit Berühmtheiten wie Georges Braque sowie Pablo Picasso zusammen. Er gehörte zu den frühen Vätern der abstrakten Kunst und wurde von den Nazis wegen seiner jüdischen Herkunft und als „entarteter Künstler“ verfolgt. Das brachte ihn ins KZ und führte vor 75 Jahren zu seiner Ermordung. Nach Jahren im Abseits wird er inzwischen als stilbildender und maßgeblicher Vater der abstrakten Kunst verehrt.

Otto Freundlich wurde am 10. Juli 1878 im pommerschen Stolp geboren. Sein Vater besaß eine Spedition, war in Glaubensfragen sehr tolerant und erlaubte durch die Pflegemutter eine protestantische Erziehung. Sohn Otto durfte das Gymnasium besuchen, das er ohne Abschluss abbrach, absolvierte anschließend eine kaufmännische Lehre und bekam dann im Holzhandel eines älteren Bruders in Hamburg eine Anstellung. Er holte in der Hansestadt das Abitur nach, begann ein Zahnmedizinstudium, wechselte bald zur Kunstgeschichte sowie Musiktheorie und verfasste erste Beiträge für Zeitschriften.

Die Künstler-WG in Paris

Ganz allmählich fühlte sich der junge Mann zur Kunst hingezogen. Das verstärkte sich während einer Studienreise 1906/07 nach Italien. Mit Folgen. Freundlich nahm privaten Unterricht bei Lovis Corinth, einem herausragenden Künstler seiner Zeit, und studierte zusätzlich kurze Zeit Bildhauerei. 1908 ging der junge Mann aus Stolp zur weiteren Vervollkommnung nach Paris, wo



Otto Freundlich, 1922

aus Stolp seine ersten abstrakten Arbeiten und wurde damit stilbildend für andere Künstler. Charakteristisch dafür ist seine

Plastik „Großer Kopf“, die an die Figuren auf der Osterinsel erinnert, einen „geistigen Neubeginn“ anstoßen sollte und vom Museumsdirektor Max Sauerlandt in Hamburg angekauft wurde. Parallel beteiligte er sich an Ausstellungen in Paris, Berlin und Köln. Noch im Frühjahr 1914 wechselte der Künstler in ein Atelier in der Kathedrale von Chartres. Dort widmete er sich der mittelalterlichen Glasmalerei, die ihn zu eigenen Gestaltungen inspirierte.

Erster Weltkrieg und der Übergang in die Weimarer Republik

Aber dann kam der Erste Weltkrieg. Freundlich wurde bei den Kürassieren in Köln Sanitätssoldat, schloss sich der Antikriegs-Bewegung an und wurde

nach starker gesundheitlicher Beeinträchtigung „wegen Schwerhörigkeit“ im Frühjahr 1918 aus dem Militär entlassen. Anschließend arbeitete er bis 1924 abwechselnd in Köln und Berlin, wobei er sich in der „Novembergruppe“, im „Arbeitsrat für Kunst“, in der „Kommune“ in Berlin und im „Deutschen Werkbund“ engagierte. Mit seiner avantgardistischen Kunstauffas-

sung war der Künstler auch für Walter Gropius interessant, der ihn für das „Bauhaus“ in Weimar anwerben woll-

te. Dazu gesellte sich ein Angebot von Bruno Taut für die Kunstgewerbeschule in Magdeburg. Doch Freundlich, der 1922 auf der „Internationalen Ausstellung revolutionärer Künstler“ in Berlin seine Arbeiten präsentiert hatte, ging 1924 zurück nach Paris, wo er zur linken Künstler- und Intellektuellenszene gehörte, an Ausstellungen teilnahm und wiederholt von finanziellen Sorgen geplagt wurde. So wie früher durch seinen Kölner Mäzen Joseph Feinhals wurde er nun von Max Sauerlandt unterstützt. Der Künstler aus Stolp fühlte sich einem humanistischen Kunstschaffen verpflichtet, in dem „das Einzelne im Dialog mit dem Ganzen“ steht und Kunst als Verständigungsmittel auf dem Wege zu einer sozialen Einheit dient. Das dokumentierte er in seinen Gemälden, Plastiken und Schriften. Ab 1930 lebte Freundlich mit der Künstlerin Jeanne Kosnick-Kloss, die ebenfalls aus Deutschland stammte, zusammen. Zur vielgestaltigen künstlerischen Zusammenarbeit gehörte auch der Aufbau einer gemeinsamen Kunstschule. Damit hielt sich das Paar finanziell über Wasser.

Französische Nazi-Kollaborateure denunzieren ihn

Die Machtübernahme der Nazis 1933 in Deutschland war für Freundlich zunächst noch eine ferne Gefahr. Werke von Freundlich wurden auf der Nazi-Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt, öffentlich diffamiert und aus den deutschen Museen entfernt. Als Jude und als „entarteter“ sowie linker Künstler drohte ihm in Deutschland die Verfolgung. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde der Künstler in Frankreich interniert. Picasso allerdings erreichte seine Freilassung. 1940 floh er in die Pyrenäen, wo er von französischen Kollaborateuren denunziert und am 23. Februar 1943 verhaftet wurde. Freundlich gelangte mit einem Transport in die besetzten Gebiete im Osten. Dort wurde der Künstler wahrscheinlich am 9. März 1943 im KZ von Lublin-Majdanek ermordet.

Seit 1954 befindet sich das Mosaik „Die Geburt des Menschen“ von Freundlich im Foyer der Kölner Oper. An einigen seiner Plastiken orientierte sich später Joseph Beuys. 1964 zeigte die „documenta III“ in Kassel Werke des Künstlers. 2006 und 2007 gab es in Berlin und München Personalausstellungen zu Freundlich. Seine Geburtsstadt Stolp, die heute Slupsk heißt, präsentierte 2008 die Schau „Ein Künstler aus Stolp“. 2017 zeigten nacheinander die Museen in Köln und Basel die spektakuläre Werkschau „Otto Freundlich. Kosmischer Kommunismus“. Im Jüdischen Museum in Berlin wird symbolisch für die Zerstörung von Kunstwerken Freundlichs in der Nazizeit ein „Schwarzer Fleck“ gezeigt. Das „Musée Tavet-Delacour“ bei Paris besitzt mehrere erhaltene Arbeiten des Künstlers und



Otto Freundlich. Mein roter Himmel, 1933

er schnell in Kontakt kam zur künstlerischen Avantgarde mit Amadeo Modigliani, Robert Delauny, Guillaume Apollinaire, Georges Braque und Pablo Picasso. Mehr noch. Er wohnte mit einigen von ihnen im selben Haus, teilte sich ein Atelier und fand im Ergebnis dieser Zusammenarbeit zu seinem ganz persönlichen „konstruktivistischen Stil symbolistischer Prägung“. 1911 schuf der Künstler



Großer Kopf

kümmert sich inzwischen über eine Stiftung um die Erbpflege. Dazu gesellen sich zahlreiche Veröffentlichungen, die Otto Freundlich aus Stolp als maßgeblichen Wegbereiter der abstrakten Kunst würdigen.

(Weiterf. Lit.: Uli Bohnen: Otto Freundlich. Schriften. Ein Wegbereiter der gegenstandslosen Kunst. Verlag Dumont. Ostfildern 1986)

Georgien: Beliebtes Urlaubsziel der Israelis

Jüdisches Leben in Georgien blickt auf eine 2.500 Jahre alte Tradition zurück

Von Pjotr Ljukimson

In den letzten Jahren ziehen Georgiens wunderbare Landschaften, die historischen Denkmäler und das einfache Leben hunderttausende Touristen an; darunter auch solche aus Israel. Vor nicht allzu langer Zeit sah sich auch der israelische Journalist Pjotr Ljukimson das Land an, und kam bald zu dem Schluss, dass uns bei weitem nicht klar ist, mit was für ungeahnten Problemen Georgien und seine kleine jüdische Gemeinde hinter all den verlockenden Werbeplakaten zu kämpfen hat.

Ich sehne mich nach Tiflis

Keine Frage. Tiflis verzaubert schon, sobald man seine Straßen betritt. Und nein, es ist nicht nur dieser eine berühmte Rustaweli-Boulevard, alle ziehen einen in ihren Bann. Tatsächlich aber hat sich die Lage seit meinem letzten Aufenthalt in Georgien vor fast 30 Jahren zum Schlechteren gewandelt. Vor allem wegen dieser Fülle an Läden weltbekannter Handelsnetze. Allerdings gibt es hier noch immer viele Theater und Konzerthallen. An den Sonntagen sind diese rappellvoll. Die Tifliser bleiben eben eingefleischte Theater-Fans, die nicht selten auch ihre Kinder mit sich schleppen. Das Gribojedow-Theater aber, bekannt für seine russischen Dramen, läuft so gut wie gar nicht mehr. In anderen Theatern kommt es noch ab und an zu Aufführungen in russischer Sprache. Die sind gar nicht schlecht, wie man zugeben muss.

Ein anderer von Touristen wie auch von Einheimischen bevorzugter Platz für nette Spaziergänge ist die David-Agmaschenebeli-Avenue, die ehemalige Plechanowski-Allee. Sie erstrahlt nach ihrer Restauration in ganz neuem Lichte. Man hat ihr ihren alten Glanz zurückgegeben. An einigen Häusern kleben große Familienfotos, die an Menschen erinnern sollen, die hier mal vor vielen Jahren gelebt haben. Sehr berührend. Also wenn ihr den Rhythmus des heutigen Tiflis wirklich spüren wollt, mal in einem gemütlichen Café euch entspannen wollt, dann solltet ihr unbedingt hierher kommen.

Warum machen Israelis Urlaub in Georgien?

Doch zum Einkaufen muss man sich zum Bahnhof begeben, dorthin wo sich einer der wohl wichtigsten städtischen Märkte entwickelt hat. Erst hier beginnt man die Israelis zu verstehen, die aufgeregt von dem billigen Georgien erzählen. Klar: Die Händler, die einen als Tourist entlarven, suchen die Preise in die Höhe zu treiben oder weigern sich zu feilschen, trotzdem aber sind diese nicht mit den israelischen vergleichbar.

Man darf natürlich nicht vergessen, dass sich hinter diesen niedrigen Preisen die erschreckende Armut einheimischer Pensionäre verbirgt, der Zusammenbruch einer einst blühenden georgischen Landwirtschaft. Die Massenarbeitslosigkeit ist in so gut wie jeder Stadt des Landes zu spüren. Auch Tiflis ist zum Teil betroffen. „Man versucht eher zu überleben als zu leben“, verriet mir einer der Taxifahrer, der, so erzählte er es mir zumindest, einstmal über 30 Hektar an Weinbergen verfügte, aber sich letztlich gezwungen sah sie für einen niedrigen Preis zu verkaufen, nachdem ihm eine riesengroße Ernte nichts eingebracht



Eröffnungsfeier der 2009 restaurierten Synagoge von Tiflis

hatte. Das gleiche Schicksal trifft übrigens auch den georgischen Wein. Jetzt, so meinte er, habe sich die Situation geändert: der georgische Wein sei wieder gefragt auf dem internationalen Markt, er aber müsse nun weiter seine Runden drehen. Ich beschloss, ihn, was den Wein und den Weltmarkt betrifft, mit meinen Argumenten nicht zu frustrieren. Wieso sollte ich auch, wenn die Georgier doch so offensichtlich stolz sind auf ihr Land, und trotz allem an eine gute Zukunft glauben?

Ein Physiker als Taxifahrer

Ein anderer Taxifahrer überraschte mich dann mit seinen Geschichtskennntnissen. Mal abgesehen von seiner amüsanten Hypothese über eine Verwandtschaft der Vorfahren der Georgier von Iberien und den Juden, womit er sich die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern erklären wollte, bewiesen seine Argumentationen über das alte Königreich Iberien, über die Pelasger, die Migrationsrouten der Völker, die kulturellen Expansionen doch, dass ich es mit einem sehr gebildeten Mann zu tun hatte. Auf die Frage, ob er denn Historiker sei, antwortete der Fahrer amüsiert: „Nein, ich stöber einfach gern in Geschichtsbüchern. Doch von Beruf bin ich eigentlich theoretischer Physiker. Meinen Abschluss habe ich an der Staatlichen Universität von Tiflis gemacht. Aber wem nützen diese Papiere heute schon? Oder meine Physik?“

Ich gebe zu, es stimmte mich traurig so etwas von den Taxifahrern, aber auch von anderen Georgiern zu hören. Zu hören, dass früher alles besser war. Zu gut habe ich im Gedächtnis, wie um 1989-1990 Georgien um seine Unabhängig-

keit kämpfte, und die Georgier mich felsenfest davon zu überzeugen suchten, dass diese Republik auf jeden Fall in der Lage sein würde sich allein durchzufüttern und dafür bestimmt sei, nun ein einfach wundersames Dasein zu führen. Was ist aus diesem Traum geworden, mein Georgien?

Wenn man dem Material der lokalen PR-Kollegen glauben will, das sie für ihre Investoren anfertigen, dann müsste hier alles tatsächlich wundersam sein: Georgien ist eines der wohl ruhigsten Teile Europas, ein wahres Paradies für Touristen aller Art, vom Kulinarischen, übers Geschichtsträchtige (Mzcheta, Hauptstadt des iberischen Reiches, und andere) bis zum Extremen (wie sagt man hier doch so schön: besser als ein Berg, kann nur noch ein Berg sein) ein Genuss. Und was es hier für Früchte gibt!

Warum kommt Georgien kaum voran?

Ein paar Business Broker versuchten mir weis zu machen, dass Georgien wieder aufstiege, dass Geschäftsleute der ganzen Welt davon träumen ihre Millionen in den Bau von Einrichtungen für Touristen zu investieren, dass Menschen verschiedenster Nationalität Immobilien in Tiflis und anderswo in Georgien kaufen würden. Ich aber weiß doch genau, dass das so nicht stimmt. Eine Antwort auf die Frage „Warum?“ habe ich nicht. Worum ich mir sicher bin, ist, dass Georgien trotz seiner Versuche sich Europa anzugleichen, noch nicht weit gekommen ist. Natürlich leben hier friedliebende, gastfreundliche Menschen, aber das Service-Niveau in den Hotels lässt leider viel zu wünschen übrig, und sich mit den

europäischen Standards messen, das können sie hier noch lange nicht. Die Landwirtschaft hat sich leider als wenig erfolgreich herausgestellt. Möglicherweise auch deshalb, weil Georgien nach dem Konflikt mit Russland die früheren Ausfuhren von Agrarprodukten in dieses Land nicht in dem Maße wiederhergestellt hat, und auf dem internationalen Markt wurde sie nicht benötigt. Aber auch die geografische Lage Georgiens macht den Export seiner Produkte weder nach Russland, nach Aserbaidschan, noch nach Armenien oder in die Türkei wirklich wichtig.

Zu Besuch bei georgischen Intellektuellen

Während meines Aufenthalts in Tiflis schossen mir immer wieder Gedichte, die dieser Stadt gewidmet sind, durch den Kopf. Vor allem die von Galitsch und Jevtuschenko. Vielleicht weil eben diese Poeten die Seele der Stadt und dieses Landes am besten verstanden haben. Ganz besonders wurde mir das klar, als ich zu Gast war bei der ersten Herzchirurgin Georgiens Meri Goziridse und ihrem Ehemann Georgi, einem Pionier der georgischen Glaziologie. Beide sind 82 Jahre jung, beide immer noch tüchtig am arbeiten. Zwar führt Meri keine Operationen mehr durch, aber sie leitet noch immer die Abteilung für Diagnose und Vorbereitung für Operationen im örtlichen Krankenhaus, während Georgi an der Uni unterrichtet, Lehrbücher verfasst und erst vor kurzem beschlossen hat, an Memoiren über seine Forschungen in Georgien, der Arktis, der Antarktis und in Europa zu arbeiten. Stolz erzählte er, wie er erst im vergangenen Jahr mit seinem Sohn den Mont

Blanc bestieg. Ich fühlte mich wohl in der Wohnung dieser typischen alten Garde georgischer Intellektueller, wo die Wände voll sind mit steinalten Fotografien und einer ordentlichen Anzahl an Gemälden. Einen Teil der Bilder hat Meri von ihrem Vater und ihrem Großvater geerbt, der andere sei in den letzten Jahrzehnten entstanden. „Ganz Tiflis wusste, dass für Dr. Goziridse Geld nicht das Wichtigste ist. Aber wenn Patienten, die von Beruf Künstler waren, ihm Bilder als Dankeschön überreichten, dann konnte er doch nicht nein sagen. Das ist unhöflich“, erklärt Meri. Zwischen den Werken der dankbaren Künstler finden sich solche von Georgi selbst, die er in seiner Jugend gemalt hat. Man sieht, dass wenn er nicht Wissenschaftler geworden wäre, er einen hervorragenden Maler hätte abgeben können.

Am Tisch erinnerte sich Meri wieder an ihre israelischen Freunde, an die ehemaligen Mitstudenten am Institut von Baku und dem Medizinischen Institut von Tiflis, und ebenso an die vielen Kollegen der führenden Krankenhäuser und Forschungsinstitute von Tiflis, Moskau, Leningrad und anderer Städte der Sowjetunion. Und dann fügte sie noch hinzu, dass ihre engsten Freundinnen und Freunde Juden waren. So sei das schon bei ihrem Vater gewesen: Während der Kriegsjahre als Leiter eines Evakuierungszentrums tätig, half er in Tiflis jüdischen Neuankömmlingen. Das waren Wissenschaftler, Maler, Musiker. Diese Bekanntschaften wurden zu engen Freundschaften fürs Leben.

Eine passende Stelle, wie mir scheint, um nun über das Leben der Juden im heutigen Georgien zu sprechen.

3.000: Die Hauptsache ist nicht die Quantität, sondern die Qualität

So scherzhaft drückte sich eines der Gemeindemitglieder der Großen Synagoge von Tiflis aus, als Reaktion auf meine Bemerkung, dass in Georgien so etwa 3.000 Juden leben würden.

„Wie Sie sehen, gibt es uns noch immer. Und wir bemühen uns unsere jüdischen Traditionen zu bewahren“, erklärte mir der Gemeindevorsteher der Synagoge Merab Tschchanchalasschwili.

„Wenn wir überhaupt irgendwelche Probleme in dieser Hinsicht haben, dann haben sie nichts mit unseren georgischen Juden zu tun, sondern eher mit ihren, den israelischen. Manchmal sieht man sich auch gezwungen, lauter zu werden. Die Israelis, nur als Beispiel, können einfach an einem Samstag zum Gebet mit ihren Fotokameras erscheinen und rumknipsen, was an diesem heiligen Tag, Sie verstehen sicher, streng verboten ist. Oder man kommt am Pessachfest, wenn es für uns Juden verboten ist, Gesäuertes, Chametz, auch nur anzusehen, und fängt an Würstbrötchen zu kauen. Ich verbiete es grundsätzlich, an Pessach Fremde in die Synagoge zu lassen, aber wie könnte ich es schon einem Juden verbieten? Bemerkungen nehmen die Juden aus Israel auch nicht so gelassen auf, wie es die anderen tun. Sie nehmen dann eher eine feindselige Haltung ein.“

Tschchanchalasschwili ist ein gebürtiger Tifliser, seine Kindheit und Jugend verbrachte er in Meidan, einem Bezirk der Altstadt, welcher traditionell als jüdisch galt.

„Die Mehrheit der Leute im Bezirk waren Juden. An meiner damaligen Schule lernten 2000 Schüler, und 90 % von ihnen waren Juden“, erinnert sich Merab. „Und fast alle georgischen Juden hielten an den Traditionen fest. Wir hatten auch immer einen, der das Schächten ausüben konnte, um die Gemeinde mit koscherem Fleisch zu versorgen. Einer von ihnen durfte auf dem Markt seinen Handel



Die Synagoge der georgischen Hauptstadt

treiben, obschon es da einige Schächter gab, die ihre Geschäfte illegal betrieben. Den Wein stellten wir auch selbst her, der sollte nämlich koscher sein. Jedes Kind kannte schon von ganz klein auf die Aufteilung in fleischige, milchige und neutrale Lebensmittel. Selbst heute noch schwöre ich auf mein hausgemachtes Essen ganz nach den Speisegesetzen. Das ist eben die Tradition, weitergegeben von Generation zu Generation.“

Vier verschiedene jüdische Gemeinden

„Merab, haben in Tiflis wirklich zwei Gemeinden – die georgische und die aschkenasische – Seite an Seite existiert?“

„Nicht zwei, sondern vier Gemeinden gab es! Da waren die georgischen Juden, die hier 2.500 Jahre lang lebten, seit der Zerstörung des Ersten Tempels; da gab es die kurdischen oder assyrischen Juden, also die persischen Leibeigenen, und dazu noch aserbaidjanische Juden und die Aschkenasim. Aber die Aschkenasim haben, um ehrlich zu sein, schon damals fast gar nicht mehr an den Traditionen festgehalten. Die Synagoge, die sich heute aschkenasisch nennt, war in Wahrheit eine kurdische. Die aschkenasische befand sich an einer anderen Stelle. Tiflis beherbergte damals sechs Synagogen. Doch dann wurden die kurdischen Juden nach Usbekistan umgesiedelt, und die Aschkenasim übernahmen ihre Synagoge.“

In der Synagoge befand ich mich, als die Vorbereitungen für Chanukka in vollem Gange waren. Zum Anzünden der Kerzen erwartete man den Premierminister, den Bürgermeister, den israelischen Botschafter und andere hochangesehene Persönlichkeiten. Bei den Gesprächen mit sich gerade zum Gebet vorbereitenden Juden, stellte sich heraus, dass diese Große Synagoge von Tiflis noch vor bis ein paar Jahren ein erbärmliches Dasein fristete. Doch das änderte sich schnell als Merab Tschchanchalasschwili zum Gemeindevorsteher gewählt wurde.

In der UdSSR waren die georgischen Juden die aktivsten
Merab selbst zieht es aber vor, nicht über den Erfolg, sondern über die Probleme zu sprechen.

„Es gab mal eine Zeit“, so erinnert er sich, „da hat unsere Synagoge etwa die Hälfte aller Synagogen der ehemaligen Sowjetunion aufrecht erhalten. Es ist kein Geheimnis, dass die georgischen Juden auch während des Kommunismus

erfolgreich ihren Geschäften nachgingen, und freigebig nicht nur an die Synagoge in Tiflis, sondern auch die anderer Städte spendeten. Unter den aschkenasischen Juden in Russland gab es auch nicht wenige wohlhabende Geschäftstüchtige – aber die fürchteten, ihr Kapital offen zur Schau stellen zu müssen, hatten Angst vor ihrem eigenen Schatten. Einige von ihnen wagten es nicht einmal, sich ein Auto zu kaufen. Wir aber hatten keine Angst. Und es war uns wichtig, dass zumindest die Synagogen, die weiterexistieren durften, auch weiterhin im Land fortwirken konnten. Dann brachen Zeiten an, in denen wir selbst Hilfe benötigten; Unterstützung durch den Staat Israel. Glücklicherweise stehen wir jetzt einigermaßen aufrecht und sind sogar in der Lage unseren Armen zu helfen.“

Und solche Juden, die an der Armutsgrenze oder bereits in Armut leben, sind in Tiflis nicht allzu selten. Betroffen sind vor allem alte aschkenasische Juden, deren Kinder das Land verlassen und sie hier zurückgelassen haben. So eine dieser Juden traf ich auf dem Hof der Synagoge.

„Ich stamme aus Tscherkassy (Ukraine). Mein Großvater hatte dort eine große Brennerei“, sagte Entel Leibowna Winokur und genoss ganz offensichtlich die Gelegenheit, sich zu unterhalten. „Während des Krieges lebte ich mit meiner Mutter in Taschkent, Usbekistan. Dann sind wir nach Tscherkassy zurückgekehrt. Aber in Tiflis landete ich durch einen Zufall: nach der Trennung blieb ich allein mit meiner kleinen Tochter im Arm zurück, bis ich einen Mann kennenlernte, einen Invaliden. Armenier war er. Er nahm uns dann mit nach Tiflis, und ich kümmerte mich um ihn bis zu seinem Lebensende. Er war ein guter Mann, half mir meine Tochter großzuziehen.“

Mischehen mit Nicht-Juden

Heute lebt sie mit ihrem Mann und den Kindern in Tscherkassy. Und ich bin hier, wie Sie sehen. Einen Dank an die Synagoge und an die guten Leute. Sie helfen, wo sie können.

Eines der Hauptprobleme der lokalen Gemeinde sind die Ehen mit Nichtjuden.

„Das Problem hat es eigentlich schon immer gegeben“, erklärt Merab. „Es war nur so, dass, als es in Georgien noch mehr als 100.000 Juden gab, die 1.500 Mischehen nicht so ins Gewicht fielen, und unsere Rabbiner lösten das Problem meist, indem sie die nicht-jüdischen Ehefrauen den Gijur machen ließen. Jetzt, da

es nicht so viele von uns gibt, ist dieses Problem auffälliger geworden. Gleichzeitig ist es in Georgien aber unmöglich geworden, den Gijur zu machen; man hat unseren Rabbinern die Bevollmächtigung dazu völlig entzogen, und die Rabbiner, die aus Israel hierhergekommen sind, haben, was diese Frage betrifft, eine viel zu strenge Position eingenommen. Über den Gijur wollen die gar nicht erst anfangen zu reden. Man verbietet es, Kinder aus jüdisch-nichtjüdischen Familien auf eine jüdische Schule gehen zu lassen, man zwingt einen Juden, der eine nichtjüdische Georgierin geheiratet hat, sich von ihr zu trennen. Das alles gibt es. Verstehen die denn nicht, was so eine Forderung für Emotionen bei einem Mann auslösen kann, der seine Frau aufrichtig liebt? Ich sag ihnen eines: viele nichtjüdische georgische Ehefrauen fangen an, ihrem Mann zu Liebe, die Speisegesetze strenger einzuhalten als es so manch eine Jüdin tut. Dass man ihnen und ihren Kindern dann das Recht abspricht, den Gijur zu machen, das ist meiner Meinung nach ungerecht.“

Allen Widrigkeiten zum Trotz glaubt Tschchanchalasschwili, dass das jüdische Leben in Georgien eine Zukunft hat.

„Einer muss das alles doch hüten“, sagt Merab, seine Hand die Wand der Synagoge entlang ziehend. „Und gerade jetzt kommt der Erhaltung der Gemeinde eine besondere Bedeutung zu: viele georgische Juden, die im Ausland leben, haben nun im Alter Sehnsucht bekommen, denken an ihre Wurzeln, fangen an mit ihren Kindern hierherzukommen, um ihnen die Orte zu zeigen, an denen ihre Vorfahren mehr als eine Generation lang gelebt haben; einige haben hier sogar Wohnungen gekauft. Von daher ist ein Ende nicht in Sicht. Das jüdische Leben in Georgien existiert seit 2.500 Jahren. Und es wird auch weiterhin existieren.“

Ganz zum Schluss fiel mir noch auf, dass in Tiflis ein religiöser Jude wohl keine Probleme mit dem Essen habe – es gibt zwei koschere Restaurants in der Stadt. Außerdem ist Tiflis der einzige Ort, an dem man einen koscheren, georgischen Wein kaufen kann.

Abschließend muss ich sagen, dass Georgien wirklich wunderschön ist und es sich lohnt, dort einmal im Leben gewesen zu sein. Ich möchte glauben, dass sich über den Gipfeln dieses Landes eines Tages strahlend die Sonne erheben wird.

Übersetzung aus dem Russischen
von Edgar Seibel

Die Tochter des Totengräbers

Die Geschlechtergleichstellung macht auch vor der Chewra Kadischa, der ehrwürdigen Bestatterzunft, nicht halt

Von Jan Bentz

Eine Frau als Totengräberin im orthodoxen Judentum – ist das möglich? Dieses ungewöhnliche Thema bannt die Geschichte von Esther in einem ambitionierten Kurzfilm auf Leinwand, betitelt: „The Gravedigger's daughter“ (zu dt. „Die Tochter des Totengräbers“).

Esther hilft ihrem Vater, den sie sehr liebt, schon als kleines Kind auf dem Friedhof bei seiner Arbeit. Als der Vater stirbt, stellt sich für die Familie die Frage nach seinem Nachfolger. Keiner der Söhne möchte dem ehrwürdigen, aber trostlosen Geschäft nachgehen. Nur Esther, eine „Vatertochter“, möchte in die Fußstapfen ihres Vaters treten – etwas Unerhörtes, da es sich um einen reinen Männerberuf handelt.

Der 17-minütige Kurzfilm der jungen Regisseurin Shira Gabay lebt von der packenden Art die innere Zerrissenheit der Film-Protagonistin fühl- und sichtbar zu machen. Diese Dramatik entwickelt sich in dem Wechsel zwi-

Stuhl und zahlreicher interessierter Zuschauer.

Regisseurin Gabay wurde 1990 in Tel Aviv geboren. Sie studierte Filmkunst in der „Ma'aleh School of Television, Film & Arts“, der einzigen Universität für Filmkunst in Israel, die sich mit der Beziehung zwischen Judentum und modernem Leben beschäftigt, was auch zur Produktion von durchaus kontroversen Filmen führt.

„Meine Lehrer mochten den Film nicht, sie sagen, dass niemand die Motivation von Esther verstehen kann, Totengräberin sein zu wollen. Auch meine Familie hat mich anfangs nicht verstanden,“ erklärte Gabay. Trotzdem wurde ihr Werk im Jahr 2016 bei der Auswahl des besten an der Universität produzierten Filme als Sieger gekürt und erhielt über



Tamar Alkan Meushar als Esther

„Ich habe mich mit dem Thema beschäftigt, was ein Totengräber [im orthodoxen Judentum] macht. Man sagte mir, dass ich [eine Frau als Totengräberin] eine Science-Fiction-Story erfunden habe. Im Judentum gibt es drei Dinge, die Frauen nicht tun dürfen: Sie dürfen nicht auf Friedhöfe gehen. Sie können beim Begräbnis nicht sprechen und sie dürfen nicht den Körper tragen, wie es Esther getan hat“, eine Anspielung auf die Schlusszene des Films, die zwar das Ergebnis der Debatte um das Erbe des Vaters offenlässt, aber Esther dabei zeigt, wie sie bei einem Begräbnis hilft und tatsächlich den Sarg trägt. „Als Erwachsene wagt sie nun den Schritt und entscheidet. Sie will es tun.“

Gabay hat dabei ein klares Ziel: „Niemand hat jemals gefragt, ob Frauen Totengräber sein können. Rabbis haben in dieser Frage nie eine Entscheidung getroffen. Wir leben heute in einer neuen Situation und das ist ein Thema, bei dem sich etwas ändern muss. Wenn Frauen gut genug für den Beruf der Ärzte und Politiker sind, aber nicht den Beruf des Totengräbers ausüben dürfen, dann müssen wir uns als jüdische Gemeinschaft entscheiden, etwas dagegen zu tun.“

Das Filmemachen einer Frau selbst versteht Gabay als Revolution, denn „Frauen sind unterrepräsentiert in der Filmbranche. Weibliche Filmemacher kommen aber immer mehr auch aus der orthodoxen Welt des Judentums, wie Rama Burshtein.“

Auch der Botschafter Israels am Heiligen Stuhl hob in einer kurzen Ansprache die Errungenschaften für die Frau in Israel hervor: „Unsere Unabhängigkeit bewirkt eine Gleichheit der Geschlechter, ohne Diskriminierung der Religion, des Geschlechts oder der Rasse. Die Gesellschaft Israels hat in ihrem 60-jährigen Bestehen viel für die Frau getan. Viele Frauen wurden beispielsweise in das israelische Parlament gewählt und haben Führungsrollen übernommen, denken sie nur einmal an die erste Premierministerin Golda Meir.“

Überzeugende Schauspieler für das Projekt zu finden, war ein Hindernis für sich: „Es war sehr schwierig Schauspieler zu finden, die diese Rollen spielen würden. Die Brüder im Film sollten auch Brüder im echten Leben sein. Auch für junge Mädchen war es sehr schwierig, ständig an einem eher trübsinnigen Ort [wie dem Friedhof] zu drehen.“ Aber es gelang.

Die Botschaft des Films wirft viele Fragen auf und regt zum Nachdenken an, somit hat Gabay ihr eigentliches Ziel erreicht. Darüber hinaus hat sie einen Höhepunkt der jüngsten israelischen Kurzfilmgeschichte geschaffen.



Der Arbeitsplatz von Esthers Vater

schen Szenen orthodoxen Familienlebens und den emotionalen Gesprächen zwischen Vater und Tochter auf dem Friedhof.

„Ich wollte Menschen zum Nachdenken darüber bringen, welche Rolle Frauen in dieser Art der Gesellschaft haben,“ erklärte Gabay bei einer Filmvorführung in Rom in Anwesenheit des israelischen Botschafters am Heiligen

ein Dutzend weitere Auszeichnungen, darunter bester Film des Wettbewerbs „Best Shorts International Film Competition“ in den USA im Dezember 2017.

Ihre eigene Beziehung zum Vater und das generelle Interesse an dem Thema des Totengräbers bot den Anreiz für die junge Regisseurin, sich an dieses Thema zu wagen.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

ASERBAIDCHAN ab 850€ (7 Tage)

ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€



Diplomaten als „Gerechte unter den Völkern“

Das Auswärtige Amt und die israelische Botschaft präsentieren die Ausstellung „Beyond Duty“ von Yad Vashem

Von Matthias Dornfeldt
und Urs Unkauf

Die Auszeichnung „Gerechter unter den Völkern“ wird durch die internationale Schoah-Gedenkstätte Yad Vashem in der israelischen Hauptstadt Jerusalem an Menschen nichtjüdischer Abstammung verliehen, die während der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges uneigennützig halfen, jüdisches Leben zu retten.

Insgesamt wurden über 26.000 Menschen mit diesem Titel geehrt. Es ist die höchste Auszeichnung, die der Staat Israel an Nichtjuden verleiht. Mittlerweile wurden 36 Diplomaten aus 21 Ländern, die im auswärtigen Dienst ihrer Staaten zahlreiche jüdische Leben gerettet haben, von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. Vom 30. Januar bis zum 26. Februar konnten sich die Besucher im Lichthof des Auswärtigen Amtes über die verdienstvollen Taten dieser „Gerechten unter den Völkern“ aus der Diplomatie informieren. „Die von der Gedenkstätte Yad Vashem kuratierte Ausstellung „Beyond Duty“ erinnert an die Grauen der Shoah und dokumentiert am Beispiel von neun Personen, wie einzelne Diplomaten auch unter Missachtung ihrer Dienstvorschriften versucht haben, jüdische Bürger vor Verfolgung und Vernichtung zu retten“, schreibt das Auswärtige Amt der Bundesrepublik auf seiner Internetpräsenz.

Weil das Auswärtige Amt jedoch aktiver Teil des NS-Regimes war, erforschte von 2005 bis 2010 eine unabhängige Historikerkommission die Geschichte des Hauses im Spiegel der Zeit. Dieser Kommission gehörten als Koordinator Eckart Conze von der Universität Marburg sowie Norbert Frei von der Universität Jena, Peter Hayes von der Northwestern University/Illinois, Klaus Hildebrand von der Universität Bonn und Moshe Zimmerman von der Hebrew University of Jerusalem an. Neben Archivstudien wurden auch zahlreiche Zeitzeugenbefragungen durchgeführt. Die Arbeit der Professoren wurde mit einer Übergabe der Studie „Das Amt und seine Vergangenheit“ an den damaligen Bundesaußenminister Guido Westerwelle am 28. Oktober 2010 abgeschlossen.

Bei der Eröffnung der Ausstellung betonte Außenminister Sigmar Gabriel, dass der Antisemitismus in Deutschland weiter wächst und in der Vergangenheit zu wenig zur Bekämpfung von Juden Hass unternommen wurde. Das Verhältnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart thematisierte Jeremy Issacharoff, Botschafter des Staates Israel in Berlin, im Rahmen der Eröffnungszereemonie: „Wir können die Vergangenheit nicht ändern, aber die Vergangenheit kann uns ändern“, so der oberste Repräsentant des jüdischen Staates in der Bundesrepublik.

An der Ausstellungsöffnung nahmen neben deutschen Spitzendiplomaten und Vertretern jüdischer Organisationen auch zahlreiche in Berlin akkreditierte Botschafter, u.a. die Missionschefs aus der Tschechischen Republik, Portugal, Peru, Japan und weiteren betroffenen Staaten teil. Damit erwiesen sie ihren mutigen Kollegen Anerkennung.

In Mittel- und Osteuropa lebten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges etwa sechs Millionen Juden. Chaim Weizmann, der spätere erste Präsident Israels, bemerkte dazu treffend: „Für sie ist die Welt in Länder aufgeteilt, in denen sie nicht leben

können, und solche, in die sie nicht einreisen dürfen.“ Im Jahre 1941 befand sich nahezu ganz Europa unter Herrschaft des Naziregimes und seiner Verbündeten. Das Vorgehen der Nazis war dabei unterschiedlich: Die im östlichen Europa lebenden Juden wurden gettoisiert, waren täglichen Peinigungen sowie den Strapazen der Zwangsarbeit, die viele von ihnen das Leben kostete, ausgesetzt. In Südeuropa wurde die jüdische Bevölkerung durch die mit Hitler kollaborierenden Regime zur militärisch organisierten Zwangsarbeit verschleppt. Die Juden Westeuropas wurden zunächst zwangsenteignet, ih-



Lichthof des Auswärtigen Amtes (Foto: Urs Unkauf).

rer Bürgerrechte beraubt, in die gesellschaftliche Isolation gedrängt und zur Vernichtung in den Osten deportiert.

Weshalb die systematische Judenvernichtung nicht vor den Augen der eigenen Bevölkerung, sondern in einem entlegenen und enthemmten „Gewalttraum“ durchgeführt werden musste, analysiert der Historiker und Gewaltforscher Jörg Baberowski in seinem beeindruckenden Werk „Räume der Gewalt“, das jüngst ins Arabische übersetzt wurde und damit auch in Israel vermehrt auf Beachtung stoßen dürfte. Viele Länder zögerten jüdische Flüchtlinge während der Shoah offiziell zu unterstützen, und die meisten Diplomaten fuhren trotz des Ausnahmezustands ihre Amtshandlungen wie gewohnt fort. Nur wenige waren überzeugt und entschlossen, sich im Dienste des Humanismus gegen die Politik ihrer Regierungen zur Rettung von Juden aktiv unter größtem persönlichem Risiko für Leib und Leben einzusetzen. Diese kleine Minderheit hat den nötigen Mut aufgebracht, ihre Vorschriften unter Gebrauch ihres eigenen Verstandes zu hinterfragen, ihren Dienstweisungen zu trotzen und die Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu tragen.

Der japanische Konsul Chiune Sugihara

Zu den neun eingehender portraitierten Persönlichkeiten gehört unter anderem Chiune Sugihara, Konsul des Kaiserreichs Japan im litauischen Kaunas. Litauen wurde 1940 von der Sowjetunion annektiert und alle Diplomaten waren aufgefordert, das Land zu verlassen. Kurz vor seiner Abreise erschien eine jüdische Delegation und bat den Konsul eindringlich um Ausstellung von Transitvisa durch Japan, womit sie auch durch das Territorium der Sowjetunion reisen konnte. Noch bevor er ein Telegramm aus Tokio erhielt, begann Chiune Sugihara damit, eigenmächtig Visa für die Ausreise von Juden auszustellen. Das japanische Außenministerium

antwortete nach neun Tagen und lehnte seine Gesuche um die Änderung der Bestimmungen für die Ausstellung von Transitvisa ab. Sugihara ließ sich davon nicht beirren und ermöglichte so über 2.000 Juden die Ausreise. Dazu ist von ihm folgendes Zitat überliefert: „Vielleicht muss ich mich meiner Regierung widersetzen, aber wenn ich es nicht tue, widersetze ich mich Gott“. 1984 wurde er von Yad Vashem für seine Verdienste ausgezeichnet.

Raoul Wallenberg

Einer der bekanntesten diplomatischen Vertreter der „Gerechten unter den Völkern“ dürfte zweifellos Raoul Wallenberg sein. Der Schwede stellte als Legationssekretär der schwedischen Botschaft in Budapest sogenannte „Schutzpässe“ an Juden aus, womit sie der Verfolgung durch die Nationalsozialisten mittels eines Aufenthalts in „Schutzhäusern“, die als Institutionen der Königlich Schwedischen Gesandtschaft Budapest getarnt waren, entkommen konnten. Wallenberg selbst wollte alles in seiner Macht stehende unternehmen, um „so viele Juden wie möglich zu retten“.

Zur Tragik von Wallenbergs Schicksal gehören sein mysteriöses Verschwinden am 17. Januar 1945, als er von den Sowjets zu einem Verhör verschleppt wurde und sein bis heute unbekanntes Verbleiben danach (vgl. dazu ausführlich Matthias Dornfeldt in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU 01/2018).

Der Peruaner José María Barreto

Die Ausstellung erzählt auch von der Geschichte des peruanischen Generalkonsuls in Genf, José María Barreto. 1930 sowie in den Folgejahren erließ Peru sehr restriktive Gesetze in Bezug auf die Einwanderung von Juden. So wanderten zwischen 1933 und 1943 lediglich 536 in die lateinamerikanische Republik, die durchaus auf eine beachtliche jüdische Gemeinde blicken konnte, ein. Generalkonsul Barreto wurde von Abraham Silberschein, dem Leiter der jüdischen Hilfsorganisation RELICO ersucht, peruanische Pässe für Juden unter deutscher Besatzung auszustellen. Als die peruanische Botschaft in Bern und das Außenministerium in Lima davon erfuhr, forderten diese eine Liste aller Pässe an, die Barreto ausgestellt hatte und annullierten die Gültigkeit seiner Amtshandlungen. Er begründete sein Vorgehen mit der Unterstützung von Juden, deren Leben in Konzentrationslagern unmittelbar gefährdet sei. Barretos Hoffnungen auf das Verständnis des Außenministeriums wurden enttäuscht und er selbst aus dem Dienst entlassen. 2014 erkannte Yad Vashem den Bürger Perus als „Gerechten unter den Völkern“ an.

Diese Beispiele verdeutlichen, wie unterschiedlich sich die Bedingungen, Zugänge und Handlungsmöglichkeiten darstellten, mit denen sich die Diplomaten konfrontiert sahen. Gemeinsam ist ihnen allen die praktische Verwirklichung von Humanismus und Zivilcourage in einer scheinbar ausweglosen

Situation. Neben den zuvor erwähnten Beispielen stammten weitere dieser 36 verdienstvollen Diplomaten aus Brasilien, Chile, China, Ecuador, El Salvador, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Rumänien, Portugal, der Slowakei, Spanien, Schweden, der Türkei und der Tschechoslowakei. Ebenso kann der Heilige Stuhl auf die Verdienste des Apostolischen Nuntius in Budapest, Angelo Rotta, mit ehrender Andacht zurückblicken.

Die Ausstellung widmet sich ohne jedes ablenkende bunte Beiwerk einem der dunkelsten Kapitel der jüngeren europäischen Geschichte. Bei dieser Betrachtung werden selbst in einer Zeit größter Not und allgemeiner Entmenschlichung einige Lichtblicke identifiziert, die sich in den Taten jener Diplomaten manifestieren, die ihr eigenes Leben für dasjenige ihrer jüdischen Mitmenschen riskierten. Es obliegt nicht den Autoren dieses Berichtes, eine religiöse Deutung vorzunehmen. Gleichwohl kann das Motiv der Hoffnung, welches in den Traditionen und heiligen Schriften des Judentums eine bedeutende Rolle einnimmt, bei diesem kurzen Streifzug durch die Diplomatie-Historie wiederentdeckt werden. Und damit ist zugleich eine Verbindung zum modernen Israel geschaffen, dessen Nationalhymne – „Hatikvah“ bedeutet „Hoffnung“ – die langen Leidenserfahrungen des jüdischen Volkes mit der nicht enden wollenden Hoffnung auf ein besseres Leben verbindet.

Aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es im Hinblick auf die Schicksale und den allgemeinen Bekanntheitsgrad der in dieser Ausstellung repräsentierten Persönlichkeiten noch einigen Forschungsbedarf. Auch für die heutige Zeit, in der jüdisches Leben in Europa sich zunehmenden Bedrohungen ausgesetzt sieht, wie jüngst durch den deutsch-israelischen Historiker Michael Wolffsohn in einem Gespräch mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ bestätigt, kann die Ausstellung eine Hoffnung vermitteln. Es ist die Überzeugung, dass der Einsatz für die Bewahrung jüdischen Lebens stets im Zusammenhang mit den universellen Werten des Humanismus, der Mitmenschlichkeit und der Völkerfreundschaft stehen wird.

Die Ausstellung wird zeitgleich im israelischen Außenministerium in Jerusalem und 70 israelischen Missionen auf der ganzen Welt in 20 verschiedenen Sprachen gezeigt. Sie ist den „Gerechten unter den Völkern“ und den Überlebenden der Shoah gewidmet, deren Entschlossenheit und Widerstandsfähigkeit weiterhin ermutigen, den Einsatz für Humanismus und gegen die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Juden auch heute im Sinne dieser tapferen Männer fortzuführen.

Zu den Autoren:

Matthias Dornfeldt (Universität Potsdam) forscht zur Geschichte der Diplomatie und hat dazu zahlreiche Publikationen vorgelegt. Zudem ist er Vorsitzender des Raoul-Wallenberg-Komitees Berlin.

Urs Unkauf (Humboldt-Universität zu Berlin) beschäftigt sich mit zeithistorischen Fragestellungen der jüdischen und israelischen Geschichte, Geschichte Osteuropas sowie außenpolitischen Themen. Beide Autoren haben Israel und Yad Vashem besucht.

Vor 100 Jahren wurde die Rote Armee gegründet

Im russischen Bürgerkrieg kam es sowohl zu zaristischen als auch zu kommunistischen Pogromen gegen Juden

Von Dr. Dmitri Stratievski

2018 jährt sich zum 100. Mal die Gründung der Roten Armee, der größten Streitkraft im blutigsten Bürgerkrieg der russischen Geschichte 1917-1923. Die Kämpfe wurden auf dem ganzen Riesengebiet des ehemaligen Zarenrusslands ausgetragen, vom Baltikum bis zum Fernen Osten. Die genaue Opferzahl ist bis heute nicht festgestellt worden. Gemäß der Schätzung des russischen Historikers Wadim Erlichman kamen unmittelbar während der Kampfhandlungen etwa 2,5 Millionen Menschen ums Leben. Wenn man die Opfer der Hungersnot, Epidemien und Verfolgung dazu rechnet, sollte die gesamte Verlustzahl bei ca. 10,5 Millionen Menschenleben liegen. Zwei Millionen Russen haben das Land verlassen. 1922 gab es in Sowjetrussland bis zu sieben Millionen obdachlose Kinder. Dieser Krieg bedeutete ein tragisches Schicksal auch für die russischen Juden. Pogrome, Kampfhandlungen und Willkür der „Weißen“ und der „Roten“ kosteten über 200.000 Juden das Leben. Westliche Forscher sprechen von (allein) bis zu 150.000 Pogromopfern.

Zwischen Skylla und Charybdis

Ein Bruderkrieg zeichnet sich immer durch unklare Frontlinien, kleinere Zusammenstöße, viele Überläufer und außergewöhnliche Brutalität aus. Der russische Bürgerkrieg war keine Ausnahme. Ganze Bevölkerungsgruppen befanden sich zwischen Skylla und Charybdis und wechselten ihre politischen Prioritäten in Abhängigkeit von den lokalen Situationen oder ihren persönlichen Erlebnissen. Die russischen Juden gehörten sicherlich dazu.

Zarentreue Juden

Anfang 1917 lebten im Russischen Reich etwa vier Millionen Juden. Sie bildeten vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Einer verbreiteten Meinung entgegen jubelte bei weitem nicht die Mehrheit der Juden die neue bolschewistische Macht hoch. In der Liste der letzten Verteidiger des Winterpalastes während des Oktoberputsches 1917 ist eine Reihe von typisch jüdischen Nachnamen wie Goldman, Schapiro oder Epstein zu finden. Alleine beim ersten antibolschewistischen Aufstandsversuch Ende 1917 in Petrograd fielen über 50 jüdische Kadetten im Kampf gegen die Rotgardisten. Im Straßenkampf in Moskau opferten 35 jüdische Zaren-Kadetten das Leben. Die jüdische Gemeinde im südrussischen Rostow-am-Don spendete dem Stifter der Kosakenhebung gegen die Lenin-Regierung, Aleksej Kaledin, 800.000 Rubel. Im Begleitschreiben hieß es: „Lieber Russland zusammen mit den Kosaken retten als es mit den Bolschewiki verlieren“.

Nach der Ausrufung der antibolschewistischen Ukrainischen Volksrepublik im Januar 1918 in Kiew traten mehrere ältere und neue jüdische Parteien wie der Allgemeine jüdische Arbeiterbund, die Poale Zion und die Demokratische jüdische Vereinigung, der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik bei. Es wurden ein eigenes Ministerium für jüdische Angelegenheiten und das Amt des jüdischen Generalkontrollors (Gleichstellungsbeauftragten) gegründet. Bekannt geworden sind außerdem Fälle, in denen Juden den antibolschewistischen Widerstand sogar leiteten. Im Juli 1918 begann in der mittelgroßen zentralrussischen Stadt Murom eine Rebellion, die die „Russische Union zum Schutz der Heimat und der Freiheit“ und der „Jüdische Verband der zionistischen Jugend“



Soldaten der Roten Armee 1920

solidarisch anzettelten. Einer der Anführer des bewaffneten Aufstandes, Girsch Perkus, wurde erschossen. Aleksandr Wilenkin, der russisch-jüdische Offizier und Träger des St.-Georg-Kreuzes, leitete noch vor 1917 den „Russischen Verband der jüdischen Frontkämpfer“. Er weigerte sich in die Emigration zu gehen, gründete eine Widerstandszelle und wurde schließlich von der Tschecha hingerichtet.

Dennoch schlossen sich tausende Juden der Roten Armee an. Ihre Beweggründe lassen sich nach 100 Jahren schwer im Einzelnen definieren. Eine große Rolle spielten unbestritten das Streben nach einer „besseren“ Welt ohne Antisemitismus und Ausgrenzung, extrem schlechte Erfahrungen mit dem Zarenregime, das eine staatlich verordnete Segregation in Form der Festlegung eines Ansiedlungsgebietes für die Juden, der beschränkten Zulassung zum Hochschulstudium etc. praktizierte, nicht zuletzt auch Naivität oder Aufstiegs-wünsche.

Die „Weißen“ schließen die Juden aus

Nach dem Machtanstieg Simon Petljuras in der Ukraine 1919 wurden alle jüdischen Politiker binnen weniger Tagen Parias. Während bis Ende 1918 es den demokratisch gesinnten „weißen“ Generälen bzw. den Beamten der provisorischen konservativen und Mitte-Links-Regierungen noch gelang, das antijüdische Ressentiment im Kreis der alten Offiziere einzudämmen, lief später der Judenhass in den nicht-bolschewistisch kontrollierten Teilen Russlands aus dem Ruder. Jüdische Offiziere und Soldaten waren in den Reihen der „Weißen“ nicht mehr willkommen. Sie wurden bedrängt und diskriminiert. Sie durften keine Verantwortung mehr übernehmen und wurden zu „Köchen“ (im Militärjargon „wenig nutzbare Helfer zweiter Klasse“) degradiert.

Die einzige jüdische Kampfeinheit in der Armee vom General Grigorij Semenov, die weite Landstriche um den Baikalsee in ihrer Gewalt hatte, wurde aufgelöst. Die „Weißen“, paramilitärische anarchistische Verbände, ukrainische Nationalisten, An-

archisten und andere Kriegsbeteiligte tolerierten antijüdische Pogrome oder nahmen selbst daran teil. Im Dezember 1919 appellierte Wassilij Maklakow, der im Pariser Exil lebende ehemalige Duma-Abgeordnete und Anwalt von Menachem Mendel Beilis, der 1911 in einem antisemitischen Prozess wegen „Ritualmords“ angeklagt wurde, an den Befehlshaber der „Weißen“, Anton Denikin, die Judenverfolgung in seiner Armee in die Schranken zu weisen. Er verwies auf die internationale Dimension des Geschehens und deutete daraufhin, dass die US-Hilfe für die antibolschewistischen Truppen eingestellt werden könnte. Der russische General jüdischer Herkunft Abram Dragomirow schrieb 1920 in seiner Funktion als Vorsitzender des Militärrates bei Denikin empört über die Freisprüche der Armeeangehörigen, die die jüdischen Häuser geplündert und Menschen schwer verletzt hatten.

„Weiße“ begehen Pogrome

Allein in der Ukraine starben bei den Pogromen unter Beteiligung der „Weißen“ mindestens 8.000 jüdische Zivilisten. Die Feindseligkeit richtete sich nicht mehr ausschließlich gegen die „jüdischen Kommissare“, sondern pauschalisiert gegen das jüdische Volk. Die Rote Armee schrieb die Gleichheit aller Menschen auf ihren Banner und schien daher für viele Juden eine attraktive Alternative zu sein. Lenin unterschrieb im Juli 1918 einen Erlass „Über die Unterbindung der antisemitischen Bewegung“. So entstanden bei den „Roten“ mehrere jüdische Kampfverbände, darunter das „Erste Jüdische Regiment“ mit gewissen Autonomierechten. „Die Juden haben schlicht keine Wahl gehabt“, resümiert der lettisch-jüdische Geschichtsforscher Walerij Engel.

Antisemitismus der „Roten“

Auch unter den Bolschewiki konnten sich die Juden jedoch nicht sicher fühlen. In der Roten Armee fehlte oftmals jede Disziplin. Viele Rotarmisten waren Antisemiten. Schlecht ausgebildete, zwangsrekrutierte Arbeiter und Bauern machten die Juden für die Tragödie ihres Landes verantwortlich.

Zugleich gab es in der von Lew Trotzki gegründeten Streitkraft zahlreiche psychisch geschädigte Menschen, die nicht mehr wussten, wofür sie kämpften. Einige Einheiten der „Roten“ ähnelten bewaffneten Räuberbanden. Der russische Schriftsteller und Nobelpreisträger Iwan Bunin beschreibt in seinem Roman „Cursed Days“ einen Pogrom im Mai 1919 in Odessa: In einem Stadtbezirk töteten die Rotarmisten 14 jüdischstämmige Kommissaren und 30 jüdische Zivilisten. An der Meeresküste veranstalteten sie eine Jagd auf schutzlose Menschen, töteten sie bestialisch und verlangten von den christlichen Standbewohnern „alle restlichen Juden auszuliefern“. Die russischsprachige Jüdische Online-Enzyklopädie listet akribisch antijüdische Pogrome der „Roten“ von 1918-1920 auf, die vor allem von den Schwadronen der Ersten Reiterarmee ausgingen: Nowhorod-Sewerskij, Uman, Ljubar, Rossawa und andere Orte – überwiegend in der Ukraine und in Polen.

Die kommunistischen Pogrome gegen Juden wurden vertuscht

Solche Ereignisse wurden von Moskau vertuscht. Die Propaganda prangerte stattdessen „Monarchisten und andere Feinde der Sowjetmacht“ als treibende Kräfte der Pogrombewegung an. Große jüdische Schriftsteller und Zeitzeugen des Bürgerkriegs – Isaak Babel und Boris Pilnjak – thematisierten den Antisemitismus der Rotarmisten in den Erstfassungen ihrer Werke. Die staatliche Zensur ließ diese Kapitel zum Druck nicht zu. Die unzensurierten Bücher wurden erst zur Gorbatschow-Zeit veröffentlicht. Beide Schriftsteller wurden unter Stalin erschossen.

Der bolschewistischen Führung war durchaus bewusst, dass sie riskierte die Sympathien der jüdischen Bürger zu verlieren. Die öffentliche Anerkennung der antisemitischen Tendenzen in der internationalistischen „Arbeiter- und Bauernarmee“ war jedoch aus ideologischen Gründen nicht akzeptabel. Die Kommandeure vor Ort griffen entschlossener durch als die Moskauer Regierung, weil sie im Direktkontakt mit der Bevölkerung waren

und auf ihre Loyalität angewiesen waren. So löste der General Klement Woroschilow die ganze 6. Division seiner Armee wegen „systematischer antijüdischer Vorfälle“ aus. 153 Pogromteilnehmer wurden hingerichtet. Woroschilows Unterstützer verbreiteten diese Information lokal und minderten dadurch die Spannung in den Beziehungen zu den großen jüdischen Gemeinden in der Gegend.

Beide größten Kriegsparteien praktizierten die Judenverfolgung in ihren Operationsgebieten. Der Antisemitismus war im Zarenreich stark verbreitet und vergiftete die Köpfe von Arm und Reich. Die im ukrainischen Shtetl oder im Randviertel einer russischen Stadt lebenden Juden wurden zu schutzlosen Gewaltopfern. Ideologisch und pragmatisch gesehen wäre es sowohl für die „Weißen“ als auch für die „Roten“ von Vorteil gewesen, die Zustimmung eines größeren Anteils der Juden zu haben. In bestimmten Zeitabschnitten versuchten bekannte Politiker und Generäle des Bürgerkrieges, diese Karte zu spielen. Generell entbehrte der Kampf gegen den Antisemitismus wegen der mangelnden Disziplin in den Armeen und der Angst der Machthabenden, ihren ohnehin nicht besonders kampfmotivierten Untergebenen zu widersprechen, jeglicher Kontinuität.

Jüdische Bolschewiki im Krieg. „Andere“ Schicksale

Im Bürgerkrieg sind die Fronten im besonderen Maße verhärtet. Man kämpft nicht gegen die ausländischen Feinde, die eine andere Sprache sprechen und aus einem anderen Kulturkreis kommen, sondern gegen eigene Landsleute, ehemalige Nachbarn, Freunde, Arbeitskollegen oder sogar Verwandte. Ideologisch verblindet, verübten alle Kriegsparteien im russischen Bürgerkrieg schwere Verbrechen. Es wurden Zivilisten und Militärangehörige ohne jede Beachtung des zu diesem Zeitpunkt bereits bestehenden internationalen Rechts wie der Haager Landkriegsordnung von 1907 massakriert.

Die „Weißen“ und die „Roten“

Die Befehlshaber von allen beteiligten Armeen sowie die Warlords haben recht wenig unternommen, um die Bestialität ihrer Truppen zu beenden. Im Verband des „weißen“ Kosakengeneral Boris Annenkow galt 1918-1920 folgender Spruch: „Wir haben keine Verbote! Mit uns ist Gott und unser Ataman Annenkow!“ Im April 1919 erließ die antibolschewistische Regierung von Aleksandr Koltshak die Bestimmung „Über die für die Staatsordnung gefährlichen Personen“, wonach allen Verdächtigen nahezu ohne Ermittlung und anwaltliche Hilfe harte Strafen drohten. Koltshak befahl „Agitatoren und Unruhestifter zu verhaften und zu vernichten“. Der Oberbefehlshaber der „Weißen“ Armee, Anton Denikin, beklagte in seinem Tagebuch „tägliche Plünderungen, Räubereien und Gewalt in unserem ganzen Hoheitsgebiet“. „Die Rechtfertigungsversuche, die ‚Roten‘ sei noch schlimmer, zählen hier nicht“, so Denikin.

Die „Roten“ proparierten die Gewalt ganz offen als ein legitimes Kampfmittel. Der Tscheka-Chef Felix Dserschinski, sprach vom Terror als „Verängstigung, Verhaftung und Vernichtung von Revolutionsfeinden nach dem Prinzip ihrer Klassenzugehörigkeit“. Im Protokoll der Sitzung des Rates der Volkskommissare unter Lenins Vorsitz vom September 1918 findet man dringende Anweisungen, „Klassenfeinde in Konzentrationslagern zu isolieren“ und „alle Personen, die mit einer ‚weißen‘ Organisation in Berührung kamen, zu erschießen“. Im Januar 1919 unterschrieb der Vorstand des bolschewistischen Zentralkomitees eine Direktive zum „Massenterror

gegen allen wohlhabenden Kosaken“ und befahl sie „ausnahmslos zu vernichten“ sowie „schonungslos gegen alle Kosaken vorzugehen, die direkt oder indirekt gegen die Sowjetmacht gekämpft haben“.

Der mörderische Trotzki

Bei Lew Trotzki stand Mitleid nicht zur Debatte. Der nach Lenin zweitwichtigste Mann in der Sowjetriege verfügte über die höchste militärische Gewalt im Lande und bekleidete drei Schlüsselposten: Volkskommissar für Militär und Kriegsmarine, Vorsitzender des Obersten Militärrates und Vorsitzender des Revolutionären Militärrates. Er bekam eine Carte Blanche für die Bildung einer Streitkraft für das neue Regime. Trotzki konstruierte die Rote Armee nicht als „gewöhnliche“ Armee, sondern als „bolschewistische, ideologische“ Gruppierung auf Grundlage seiner persönlichen Weltanschauung.

„Sieg oder Tod“, so lautete die verbreitete Kampfpapole von Trotzki. Auch eigene Soldaten sind davon nicht verschont geblieben. Im Oktober 1919 erließ Trotzki einen Befehl, nach dem die Gefangenschaft als „Verbrechen gegen Weltproletariat und Weltrevolution“ einzustufen war, weil die Triebkraft für die Fortsetzung des Kampfes nicht die patriotischen Gefühle, selbst nicht die Armeedisziplin, sondern die ideologische Motivation sein sollte.

Nach den Pogromen strömten die Juden zu den Kommunisten

Im Oktober 1917 waren viele jüdisch-russische Männer bereits erfahrene Kämpfer. Kurz vor dem bolschewistischen Umsturz dienten etwa 450.000 Juden in der Zarenarmee. Über 3.000 Juden wurden im Ersten Weltkrieg mit dem St.-Georgs-Kreuz, der höchsten Soldatenauszeichnung, gewürdigt. Viele Juden hegten Sympathien für die neue emanzipatorische Ideologie der „Roten“ und gehörten der bolschewistischen Partei seit ihrer Gründung an. Die radikalen linken Parteien erlebten nach den Pogromen 1905-1906 in 15 Gouvernements des Russischen Reiches eine Beitrittswelle von jüdischen Mitgliedern, als die Zarenregierung so gut wie keinen Widerstand gegen die Massentötung der jüdischen Bevölkerung leistete und dazu noch fanatische Judenhasser-Organisationen wie den „Verband des russischen Volkes“ oder die „Union der russischen Leute“ indirekt förderte. Die bolschewistischen Grundlagen der Roten Armee ließen kaum Spielraum für eine zivilisierte Kriegsführung. Trotzdem gab es unter den jüdischen Bolschewiki einige Personen, die sich den Situationen angemessen bemüht haben, einen Verfall in die Barbarei zu verhindern.

Efraim Skljanskij als zweiter Mann nach Trotzki

Efraim Skljanskij kam 1892 im ukrainischen Fastow bei Kiew in die Welt. Seine Familie gehörte zum jüdischen Mittelstand. Skljanskij studierte Medizin an der Kiewer Universität und wurde im Alter von 21 Jahren ein überzeugter Marxist. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges diente Skljanskij als Arzthelfer in der Fünften russischen Armee. 1916 wurde er Diplom-Arzt.

Die Februarrevolution 1917 eröffnete für Skljanskij neue Perspektiven. Dank seiner Popularität im Kreis der Soldaten wurde er schnell zum Vorsitzenden des Armeekomitees (einer neuen soldatischen Selbstverwaltungsorganisation) der Fünften Armee gewählt. Im Oktober 1917 reiste Skljanskij als Delegierter des Zweiten Russischen Sowjetkongresses nach Petrograd. Dort lernte er Trotzki kennen. Gleich nach der Gründung des Revolutionären Militärrates, eines Koordinierungsgremiums zur Schaffung der Roten Armee, im Septem-

ber 1918 wurde Skljanskij der Stellvertreter Trotzki. Der neue Befehlshaber der Roten Armee brauchte einen den Machtkämpfen fernstehenden Pragmatiker. Er schätzte Skljanskij sehr und nannte ihn den „Lazare Carnot der russischen Revolution“. Während Trotzki einen Löwenanteil seiner Zeit im Operationsgebiet verbrachte, lag Skljanskij Zuständigkeit in der Vorbereitung und Durchführung der Armeeverversorgung. In dieser Funktion hatte er einen direkten Draht zu Lenin.

Die Kommunisten rekrutieren ehemalige Zaren-Offiziere

Dennoch haben der Vorsitzende und sein Stellvertreter nicht immer die gleiche Meinung vertreten. So schlug Skljanskij vor, Teile des Offizierskorps der Zarenzeit (im damaligen Sprachgebrauch „Militärspezialisten“) für die bolschewistische Streitkraft zu gewinnen. Anfangs war Trotzki von dieser Idee nicht begeistert, weil sie mit dem Fundament seiner dogmatischen Wertvorstellung kollidierte. Später ließ er sich jedoch überreden. Skljanskij stellte die Listen von potentiellen Hilfwilligen zusammen und führte mit vielen Kandidaten persönliche Gespräche. Dadurch wurde nicht nur die Schlagkraft der Armee erhöht. Ab sofort genossen tausende Offiziere, Militärbeamte, Ärzte und Hilfspersonal einen besonderen Schutz vor der Willkür der Machthaber. Damit wurden Menschenleben gerettet.

Auch mit Lenin war Skljanskij nicht durchgehend konform. Er kritisierte die „sinnlose“ und „beschämende“ Gewaltanwendung im Kampf um Archangelsk im Norden Russlands. „Die Bauern werden sich von uns abwenden, wenn wir nicht auf das gute Wort, sondern auf die schlechte Tat setzen werden“, so Skljanskij in einem anderen Zusammenhang.

Als die Bolschewiki 1920 mit dem ukrainischen Anarchisten-Anführer Nestor Machno paktierten, hat Skljanskij eine Gegenrede gehalten. Er betonte vor allem den Antisemitismus von Machnos Truppen und verwies auf die Beteiligung der Anarchisten an der Ermordung von 175 Juden in der Siedlung Trudoljubowka im Januar 1919. Seine Stimme in der Politik wog aber wenig. Der Kriegsminister und Trotzki's Nachfolger, Michail Frunse, hob Skljanskij's Begabungen hervor und stellte zugleich fest, dass er „in der Partei ein Leichtgewicht“ war.

Skljanskij gehörte innerparteilich zur stalin-kritischen Gruppe. Im März 1924 wurde er von seinen Funktionen im Kriegskommissariat entbunden. Der nach Westen geflüchtete ehemalige persönliche Referent Stalins, Boris Baschanow, brachte diese Entlassung Skljanskij's mit dem Machtkampf Stalin vs. Trotzki in Verbindung. Seiner Meinung nach habe 1924 Stalins Klan noch über keine Ressourcen verfügt, Trotzki zu entmachten. Deshalb sollten zuerst seine Vertrauten von wichtigen Positionen entfernt werden. Infolgedessen wurde Skljanskij als Handelsbevollmächtigter der Sowjetregierung in die USA geschickt. Im August 1925 ertrank er unter mysteriösen und bis heute nicht aufgeklärten Umständen im Long Lake bei New York.

Grigorij Tschudnowskij

Sein Name ist gegenwärtig kaum bekannt. Grigorij Tschudnowskij, geboren 1890 als Sohn eines in Jekaterinoslaw bekannten jüdischen Anwaltes, stieg als 15-Jähriger in die Politik ein. Nach den landesweiten Unruhen 1905, im sowjetischen Vokabular „Erste russische Revolution“ genannt, fand Tschudnowskij seine politische Heimat bei Menschewiki, einem sozialdemokratischen Pendant zu Bolschewiki. 1910 wurde er wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ zur Verbannung nach Sibirien verurteilt. 1913 ging es ins Exil nach Europa.

Tschudnowskij schrieb für die Pariser russischsprachige Zeitung „Unser Wort“ und kooperierte mit dem prominenten Menschewiki Julij Martow. Die Zeitung plädierte für den Abbruch aller Beziehungen zu Aleksandr Parvus, der als Vater des Konzeptes der „permanenten Revolution“ den Grundstein für die künftige Machtübernahme der Bolschewiki und ihre weltrevolutionären Ansprüche legte. Parvus wurde nachgesagt, er sei für die Finanzierung der Bolschewiki durch den Generalstab der deutschen Reichswehr zuständig. Tschudnowskij's Beiträge für die Blätter „Unser Wort“ und „Neue Welt“ haben den Nerv des damaligen Diskurses über die Neugestaltung der politischen Ordnung in Russland getroffen.

Im Mai 1917 trat Tschudnowskij der etwa 500 Personen starken Gruppierung der Vereinigten Sozialdemokraten bei, die aus den abgespaltenen Bolschewiki und Menschewiki bestand. Kurz danach erwies sich die Gruppe als lebensunfähig. Tschudnowskij wurde Bolschewik.

Seine Sternstunde war am 26. Oktober 1917 nach dem damaligen Kalender, am Tag der bolschewistischen Machtergreifung. Tschudnowskij leitete gemeinsam mit Wladimir Antonow-Owsejenko eine Sturmgruppe, die die Minister der Provisorischen Regierung im Winterpalast verhaften sollten. Mehrere Quellen berichteten über die Brutalität der „roten“ Angreifer. Aleksandr Sinowjew, Geschäftsführer des Roten Kreuzes in Nordrussland und Zeuge des Sturmes, erzählte, wie die bolschewistischen Verbände ein Spital unter gezielten Artilleriebeschuss nahmen und auf die wehrlosen, auf dem Boden liegenden Menschen schossen. Tschudnowskij verhaftete Minister im Speisesaal des Winterpalastes um zwei Uhr nachts und brachte sie in die gut geschützte Peter-und-Paul-Festung. So rettete er die Menschen vor Lynchjustiz der wütenden Soldatenmenge.

Seit November 1917 kämpfte Tschudnowskij gegen die deutschen Invasoren. Er starb im April 1918 bei Charkow. Die genauen Todesumstände sind nicht geklärt. Einem Bericht zufolge wurde er im Gefecht getötet, einem anderen nach nahm er sich in der Belagerung das Leben.

Täter und Opfer

Die Bolschewiki haben nach 1917 ein inhumanes Unterdrückungssystem aufgebaut, das von der kommunistischen Utopie bzw. dem Wunsch nach der Schaffung einer gerechten Welt meilenweit entfernt war. Die Machtübernahme führte unvermeidlich zu einem großen Blutbad, da weite Teile der russischen Gesellschaft sich mit der neuen Staatsordnung nicht abfinden konnten. Die Sozial-Revolutionäre warnten noch im Frühjahr 1917 vor ihren bolschewistischen politischen Weggefährten. Auf der Suche nach neuen Wegen – in der Hoffnung vom Unrecht des Zarenregimes befreit zu werden – schlossen sich viele Juden der Bolschewiki bzw. der Roten Armee an. In der Führungsriege der Armee und unter den Kommandeuren gab es Einzelpersonen, die zwar die bolschewistische Ideologie verinnerlicht haben und sich für den Sieg ihrer Partei mit Herzblut eingesetzt haben, jedoch dabei ihre Menschlichkeit bewahrten. Innerhalb des vorgegebenen Rahmens haben sie gewisse Entscheidungen zugunsten dieser oder anderer Bevölkerungsgruppe getroffen, meist aus dem politischen „feindlichen“ Lager, um ihr Los in den Wirren des Krieges zu erleichtern. Sie haben dem System gedient und haben sich mit dem neuen Staat identifiziert. Immerhin waren Sie Träumer, welchen es nicht um puren Machterhalt und Privilegien ging, sondern um die Ideen zur Verbesserung der Welt – auch wenn sie sich geirrt haben.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

330⁰⁰ Erlangen

LESEZIMMER
21. MRZ. 1903

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung Inbegriffen)
Wierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin M. —.60.
b) nach auswärts M. 1.—
c) für das Ausland M. 1.50.

2. im Postabonnement M. 1.25
3. bei Sammelbesug durch die Ortsgruppe M. —.60.

Postzeitungsliste No. 3944.
Inserate die viergespaltene Peitzelle 25 Pf.
Inseratenbilleten 15 M.

☆ Organ ☆
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.
Erscheint jeden Freitag.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau,
E. O. m. b. H.
Berlin C 22, Auguststrasse Nr. 49 a.

Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:
Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW. 40,
Katharinenstrasse 14/15.

Sprechstunden:
Montag und Donnerstag 4—6 Uhr.

No. 12.
Berlin. 20. März 1903. 21. Adar 5663.
VIII. Jahrgang.

Inhalt.

<p>Parität u. Gesinnungslosigkeit Von B. Sächse.</p> <p>Misrachl Von H. F. Winter.</p> <p>Islam und Zionismus.</p> <p>Echtad-Saam über „Alfneuland“ Von Max Nordau. (Schluss.)</p> <p>Aus der Bewegung. Rundschau.</p> <p>Wissenschaft und Kunst.</p> <p>Allerlei. Aus der Zeit Ludwigs des Frommen. Ein interessanter Tag.</p>	<p>Mose und Pharo Von Lozarus Barth.</p> <p>Kleine Chronik.</p> <p>Lustige Ecke.</p> <p>Nationalfond.</p> <p>Briefkasten der Redaktion.</p> <p style="text-align: center;">Feuilleton:</p> <p>Der Ewige Jude. Von S. Frug. Aus dem Russ. übers.</p> <p>Bilder aus dem russischen Reichsghetto. Sundel der Rossarzt. Von Dr. J. Rüll. (Schluss).</p> <p>Litteraturbericht.</p>
--	---

Singer & Halberstädter

Juweliere

Berlin W., Leipzigerstr. 101

Israelitische Kunstgegenstände

Gowanzbecher, Chanukahlampen etc. Magen David, echt Silber und vergoldet à 1,50, als Schlüssel und Berloque.

Grosse Auswahl in Bestecken, Theelöffeln, Jardinières, Pokalen.

Gesinnungsgenossen, verbreitet die „Jüdische Rundschau“.

Fordert die „Jüdische Rundschau“ in allen Lokalen und Kaffees!

Naturwissenschaftliche Pionierin und Opfer von Stalins Willkür

Vor 50 Jahren starb die berühmte jüdisch-sowjetische Wissenschaftlerin Lina Stern

Von Martin Stolzenau

Lina Solomonovna Stern ist als international bedeutende Physiologin und Biochemikerin in die Geschichtsbücher eingegangen. Sie gehörte zu den ersten weiblichen naturwissenschaftlichen Professoren in der Schweiz, begründete als Gründungsrektorin des „Institutes für Physiologie der sowjetischen Akademie der Wissenschaften“ die moderne chemische Physiologie in der UdSSR und war das erste weibliche Akademiemitglied in ihrem Heimatland.

Doch trotz ihrer pionierhaften Forschungsergebnisse und über 500 wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die in der Fachwelt auch über ihren Tod vor 50 Jahren hinaus bis in die Gegenwart eine enorme Nachwirkung entfalteten, wurde die prominente Naturwissenschaftlerin wegen ihrer jüdischen Herkunft im Zusammenhang mit einer antijüdischen Hetzkampagne 1948 vom Geheimdienst Stalins verhaftet, gefoltert und für Jahre in die Verbannung geschickt. Sie teilte damit das Schicksal vieler Persönlichkeiten, die Opfer der kommunistischen Willkürherrschaft wurden.

Lina Stern wurde am 14./28. August 1878 in Libau in Kurland (heute Lettland) geboren, das damals zu Russland gehörte. Sie hatte sechs Geschwister. Ihr Bruder Wilhelm machte später als Musiker eine internationale Karriere. Ihr Vater, der Sohn eines Rabbiners, war in der Stadt ein wohlhabender Kaufmann, ermöglichte seiner Tochter an der Höheren Töchterschule eine vielseitige Ausbildung und zog 1905 mit seiner Familie nach Königsberg (Ostpreußen).

Aber da befand sich Lina Stern bereits in der Schweiz. Sie hatte sich lange vergeblich um einen Studienplatz in Russland bemüht und war dann 1898 als eine



Lina Stern

der ersten Frauen an der Universität in Genf als Studentin aufgenommen worden. Sie studierte Medizin und Naturwissenschaften, wurde 1903 mit einer Arbeit über die „innere Sekretion der Niere“ bei Jean-Louis Prevost promoviert und nach anfänglicher Ablehnung – weil sie eine Frau war – von ihm wegen ihrer ungewöhnlichen Sachkenntnis als Assistentin übernommen.

Mit dem Nachfolger von Prevost kam es in der Folge zu einer überaus ertragrei-

chen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, die in zahlreiche spektakuläre Veröffentlichungen mündete, die auch Einfluss hatten auf die Erforschung des „Krebszyklus“. 1912 gaben Batelli und Stern ihr Hauptwerk heraus: „Die Oxydationsfermente“. Stern fungierte inzwischen als Privatdozentin in Genf, wurde 1917 zur ao. Professorin für physiologische Chemie an der medizinischen Fakultät der Universität Genf erhoben, und gehörte damit zu den ersten weltweit anerkannten Naturwissenschaftlerinnen.

Ihr Ruf verbreitete sich auch in der jungen Sowjetunion, deren Führung um sie warb. Ihr wurden Privilegien versprochen, die für eine Frau sonst unerreichbar waren. Stern ging deshalb 1925 nach Moskau, übernahm als Professorin an der 2.

Moskauer Universität die Leitung des neuen Institutes für Physiologie, das dann der Akademie der Wissenschaften unterstellt wurde. Nun legte die Naturwissenschaftlerin so richtig los.

Sie forschte, lehrte, entwickelte das Institut zu einem wissenschaftlichen Leuchtturm und unterhielt viele wissenschaftliche Kontakte zu Fachkollegen weltweit. Ihre Meinung galt international. Viele berühmte Akademien machten sie zum Ehren-

mitglied. Die deutsche „Leopoldina“ nahm Stern 1932 auf. Sie wurde 1939 Mitglied der KPdSU, wirkte nach dem Hitler-Überfall auf die SU ab 1941/42 im Präsidium des „Jüdischen Antifaschistischen Komitees“ mit und wurde 1943 für ihre außergewöhnlichen Leistungen für die Militärmedizin mit dem Stalin-Preis ausgezeichnet. Stern gehörte eigentlich zur Elite des Landes. Sie erlebte hautnah den Sieg über Hitler-Deutschland und die Bemühungen zum Wiederaufbau der zerstörten Heimat.

Parallel begann nach dem Krieg und der Parteinahme Stalins für die arabischen Länder gegen eine israelische Staatsgründung schrittweise eine antisemitische Hetzkampagne. Viele jüdische Intellektuelle wurden ungeachtet ihrer Verdienste im Krieg verfolgt. 1948 wurde ihr Institut unter dem Verdacht des „Zionismus“ geschlossen. Stern wurde anschließend verhaftet und erlebte am eigenen Leibe Folterungen. Am Ende stand sie auf der Liste der Todeskandidaten. Doch Stalin strich letztlich ihren Namen und schickte sie „nur“ in die Verbannung.

Nach der Lebensrettung kam der Lageraufenthalt in Zentralasien, bis sie nach Stalins Tod im Juni 1953 nach Moskau zurückkehren durfte. Sie wurde als Abteilungsleiterin am Institut für Biophysik bei der Akademie der Wissenschaften beschäftigt, zum Stillschweigen über ihre Haft sowie Verbannung verpflichtet und führte gemessen an ihrer früheren Stellung jetzt eher ein Schattendasein.

Stern resignierte, erreichte ein hohes Alter und starb am 7. März 1968 in Moskau. Sie wurde 89 Jahre alt. Inzwischen gibt es zahlreiche Schriften, die sich mit ihrem Wirken, ihrer Bedeutung und ihrem Schicksal befassen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Vom jüdischen Umgang mit Verlust und Trauer

Vom 24. bis zum 27. Mai 2018 findet in Berlin zum dritten Mal die Fachtagung „End-of-Life: Jewish Perspectives“ statt

Von Dr. Stephan Probst

Vom 24. Mai bis zum 27. Mai 2018 wird an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Jüdischen Krankenhaus Berlin zum dritten Mal die Fachtagung „End-of-Life: Jewish Perspectives“ stattfinden. Dieses Mal werden sich rund 80 Teilnehmer und 20 Referenten aus ganz Deutschland, der Schweiz, Israel und den USA mit dem jüdischen Umgang mit Verlust und Trauer beschäftigen (einige Plätze sind noch frei!).

Aus verschiedenen Blickwinkeln werden die jüdischen Trauergesetze betrachtet, aber auch andere Erscheinungen von Trauer sollen thematisiert werden. In unserem Alltag lässt uns vieles trauern, weil Dinge endlich sind und enden. Wir verlieren unseren Job, eine Beziehung geht in die Brüche, wir müssen einen Lebensentwurf aufgeben – vieles, was wir uns gern bewahren würden, geht trotzdem zu Ende und kann nicht „wiederbelebt“ werden. Unser Leben ist erschreckend voll von Kommen und Gehen und voller verpasster Gelegenheiten, die sich nie wieder bieten werden. Wie ist Trauernden in all ihren unterschiedlichen Situationen angemessen und hilfreich zu begegnen?

Die Tagung richtet sich an Ärzte, Rabbiner, Seelsorger, Trauerbegleiter, Studenten, Pflegekräfte, Psychologen, interessierte Laien und vor ehrenamtliche Begleiter aus Bikkur-Cholim- und Chewra-Kaddischa-Gruppen der Gemeinden.

Die Referenten werden aus orthodoxer, konservativer und reformistischer Sicht die Halacha des Trauerns darstellen. Trauerbegleiter und Psychologen werden die Fülle von Ressourcen und



Prof. Dr. Yizhak Ahren

stelle der Juden in Deutschland“, das Klinikum Bielefeld, die Allgemeine Rabbinerkonferenz Deutschland, die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland, das Abraham-Geiger-Kolleg Potsdam, der Deutsche Hospiz- und Palliativverband, die „Union Progressiver Juden in

Berlin, Ari Renee Kloke aus Eugene (Oregon, USA), Rabbiner Dr. Tom Kucera aus

und einige wenige Plätze frei. In der Tagungsgebühr von € 140 sind Tagungs-



Dr. Stephan Probst

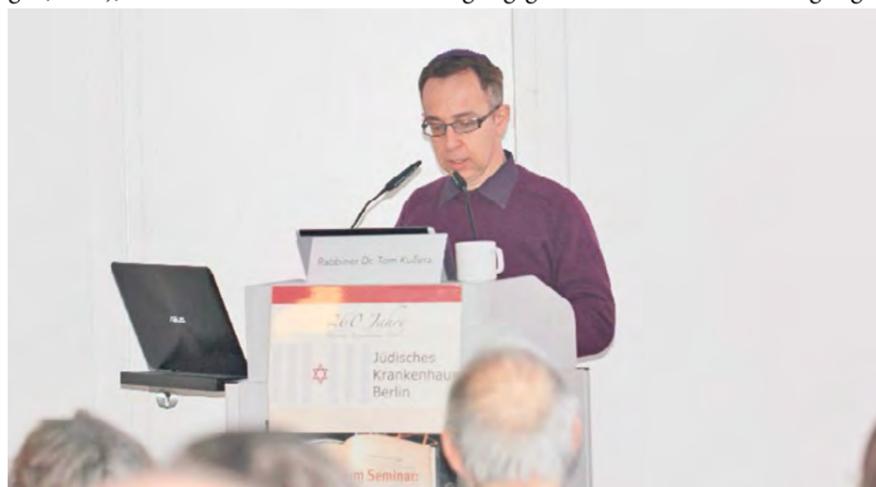
die weisen Anleitungen der Halacha des Trauerns mit modernen wissenschaftlichen Ansätzen vergleichen und es wird viel über die Praxis in den Gemeinden und aus der Begleitung trauernder berichtet werden.

Die Unterstützer

Die Veranstaltung wird von zahlreichen Organisationen unterstützt und ermöglicht: neben dem Jüdischen Krankenhaus Berlin und dem „Selma-Stern-Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg“ sind dies die „Zentralwohlfahrts-

Deutschland“ und die liberale jüdische Gemeinde München „Beth Shalom“.

Auch die eingeladenen Referenten repräsentieren ein breites Spektrum jüdischer Lebenswelten und bringen viel Erfahrung und Expertise in die Diskussionen ein. Zu den Referenten gehören Prof. Dr. Yizhak Ahren aus Jerusalem, Rabbiner Dr. Tovia Ben-Chorin aus St. Gallen, Rabbiner Dr. Salomon Almekias-Siegl aus Hamburg, Dr. Leah Floh aus Mönchengladbach, Rabbiner Yizhak Hoenig aus Mönchengladbach, Larissa Karwin aus Frankfurt, Sarah Jaglitz aus



Rabbiner Dr. Tom Kucera

München, die Trauerforscherin Monika Müller aus Bonn, Rabbinerin Dr. Ulrike Offenberger aus Hameln, Dr. Stephan Probst aus Bielefeld und Rabbiner Avraham Radbil aus Osnabrück, sowie Rabbi D'vorah Rose aus San Francisco (California, USA), Dr. Michael A. Schmiedel aus Siegburg, Sibylle Schuchardt aus Berlin und Prof. Dr. Shani Tzoref aus Potsdam. Noch sind Anmeldungen möglich

unterlagen, ein Sammelband mit allen Beiträgen und die Verpflegung während der Tagung enthalten.

Nähere Informationen zur Tagung und Anmeldungen bei Dr. Stephan Probst, Klinikum Bielefeld, Klinik für Hämatologie, Onkologie und Palliativmedizin, Teutoburger Straße 50, 33604 Bielefeld.

Email: stephan.probst@klinikumbielefeld.de

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Datenschutz im Judentum

Die jüdischen Schriften sind die wahrscheinlich ältesten Quellen, die einen Anspruch auf Privatsphäre erwähnen



Von Patrick Casiano

Briefkästen aus aller Welt

Über was redet die Thora, die restlichen Bücher des Tanach, der Talmud und die übrige rabbinische Literatur eigentlich? Neben den narrativen Teilen, welche die Geschichte unseres Volkes erzählen, mögen einem schnell auch lange Namenslisten, minutiöse Anweisungen für die Vorgänge im Tempel, und schwer verständliche Poesie einfallen. Und damit verbunden wird häufig die Frage laut: „Was hat das alles mit unserem heutigen Leben zu tun?“

Natürlich muss ich einer solchen Sichtweise widersprechen. Aber es soll hier nicht darum gehen, welche Relevanz in diesen Teilen verborgen ist, sondern um Themen, die ganz offenkundig einen Bezug zur modernen Welt haben und bei denen man sich umgekehrt fragen muss, was dies wohl mit dem Leben früherer Generationen zu tun hatte. Die alten jüdischen Quellen sind überzeitlich und haben spätere Entwicklungen bereits vorweggenommen.

Der Wunsch nach Privatsphäre mag bereits sehr alt sein, hat jedoch seit Beginn der elektronischen Kommunikation und der Datenspeicherung enorm an Bedeutung gewonnen. Die in Deutschland stattfindende Debatte darum, ob Asylbewerber Ermittlungsbehörden auch ohne konkreten Verdacht einen Einblick in ihr Handy ermöglichen müssen, ist eines von vielen aktuellen Beispielen, ebenso die Affäre um Edward Snowden im Jahr 2013 und andere Datenschutzskandale der jüngsten Zeit.

Die jüdischen Quellen sind die wahrscheinlich ältesten Quellen der Menschheit, die einen rechtlichen Anspruch auf Privatsphäre erwähnen. Sie spannen einen Bogen hin zum ältesten, eigentlichen Datenschutzgesetz der Welt, das 1970 in Hessen in Kraft trat. Indirekt erschien das Thema bereits im „fourth amendment“ von 1791, in der europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 und an anderen Stellen im Kontext der Menschenrechte.

Dem Nachbarn nichts ins Fenster gucken

Der erste Vers in der Thora, welcher das Thema der Privatsphäre betrifft, steht in Bemidbar / Numeri Vers 24 Satz 5. Der etwas undurchsichtige Satz wird im Talmud dahingehend ausgelegt, dass in den Wohnstätten der Juden die Fenster und Türen von zwei gegenüberliegenden Häusern nicht parallel, sondern versetzt angeordnet waren, um den Einblick in das Innere des anderen Hauses zu verhindern (Bava Batra 59a und folgende). Diese baurechtliche Anordnung ist Teil der Halacha – des jüdischen Gesetzes.

Die nächste relevante Stelle findet sich in Devarim / Deuteronomium Vers 24 Sätze 10-11, und ist wesentlich direkter: „Wenn du bei deinem Nächsten irgendein Darlehen hast, sollst du nicht in sein Haus kommen, um ihm sein Pfand abzunehmen. Draußen sollst du stehen bleiben, und der Mann, bei dem du ein Lehen hast, soll das Pfand zu dir hinausbringen.“ Auch der Gläubiger – die stärkere Seite also –

muss in der legitimen Ausübung seiner Rechte vor dem privaten Lebensraum des Schuldners haltmachen.

Der berühmte Rabbi Akiva, nach dem eine auch in Deutschland tätige Jugendorganisation benannt ist, gab seinem Sohn die Anweisung, nicht plötzlich in sein Haus einzutreten, sondern sich zuvor bemerkbar zu machen (Pessachim 112a). Dies sollte so sein, um niemanden in einer unangenehmen Situation zu überraschen – sozusagen mit dem sprichwörtlichen Finger in der Nase. Umso mehr noch gilt dies für das Haus eines anderen.

Neben solch spezifischen Verboten, gibt es auch noch ein generelles Verbot Geheimnisse ohne Erlaubnis weiterzuerzählen (in Yoma 4b wird dies u.a. auf das biblische Buch der Sprichwörter, Kapitel 11 Vers 13 gestützt).

Briefgeheimnis

Rabbeinu Gerschom, das 1028 in Mainz verstorbene Aushängeschild der rabbinischen Gelehrsamkeit in deutschen Ländern, verhängte einen Bannfluch über Personen, welche ohne Zustimmung Briefe lasen, die an andere Personen adressiert waren. Neben der Privatsphäre der familiär-intimen Art ging es auch um Geschäftsgeheimnisse, deren Aufdeckung großen Schaden angerichtet hätte. Moderne Poskim (rabbinische Legislatoren) und Dayanim (rabbinische Richter) sind sich über einige Punkte teilweise uneinig und diskutieren darüber, ob sich dieser Bannfluch auch zwangsweise vollständig auf das Abhören am Telefon erstreckt.

Und ob er auch ein um sein Kind besorgtes Elternteil oder eine Erziehungsperson daran hindert, in bedenklichen Situationen die Post des Kindes zu lesen. Auch die Frage wann im Verdachtsfall zum Zwecke der Schadens- und Gefahrenabwehr die Kommunikations-Privatsphäre eines Verdächtigen verletzt werden darf, und ob Beweise, die unter Verletzung der Privatsphäre gewonnen wurden, vor einem rabbinischen Gericht (Beit Din) zulässig sind, wird in einigen Responsen, Rechtsgutachten und Urteilen behandelt (bzgl. dem Bannfluch vgl. v.a.: Rakover: „Protection of Privacy in Jewish Law“).

Das Thema von modernen Fragen und ihrer Verankerung in alten jüdischen Quellen, welches hier versucht wurde anhand der Privatsphäre / des Datenschutzes kurz in einigen Beispielen darzustellen, birgt noch viel Potenzial in sich.

In seinem Buch „Halacha be-Yameinu“ (Halacha in unseren Tagen) behandelt Rabbi Yaakov Ariel viele moderne Themen vor dem Hintergrund alter jüdischer Quellen und erklärt, was diese dazu zu sagen haben. Die zahlreichen Kapitel umfassen unter anderem: Halacha, Wissenschaft und Technologie; Judentum und Umweltschutz; der Eingriff des Menschen in die Schöpfung (bzgl. Fragen wie Fruchtbarkeitsbehandlungen; die Wahl des Geschlechtes des Kindes; Gentechnik an Tieren); Halacha und Demokratie; Wirtschaftspolitik im Geiste der Thora; Straßenverkehrssicherheit gemäß der Halacha; Streikrecht für Angestellte gemäß der Halacha; usw.

Wird dein Sohn dich morgen fragen?

Der Gründe des Pessach-Festes und warum die Kinder zum Seder ausgeschlafen sein sollten

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Das Gebot vom „Chinuch“ (Erziehung von Kindern) ist im Judentum sehr wichtig und unsere Weisen haben Chinuch zu einem der Schwerpunkte des jüdischen Lebens gemacht.

So wird den Kindern schon sehr früh beigebracht den Schabbat richtig zu halten und zu feiern, die Segensprüche vor und nach dem Essen zu rezitieren und auch kleine Münzen als Tzedaka (Wohltätigkeit) an die Armen zu spenden.

Auch zu allen jüdischen Feiertagen werden die Kinder begeistert und inspiriert sie zu feiern: Kinder lernen entsprechende Lieder, basteln den Berg Sinai zu Schawuot, eine Laubhütte zu Sukkot und verkleiden sich zu Purim.

Das Pessach-Fest steht jedoch in dieser Reihe ganz oben. Es gibt kein anderes Fest, das so „jüdisch“ ist und sich von allen nichtjüdischen Festen unterscheidet. Auch unsere nichtjüdischen Mitbürger zünden im Dezember die Lichterketten an und verkleiden sich im Februar – so etwas jedoch wie ein Pessach-Seder mit langer Erzählung, komischem Brot und bitteren Kräutern dazu, das gibt es in keiner anderen Kultur.

Deshalb ist das Pessach-Fest am besten dazu geeignet unseren Kindern die Grundsätze und die Grundwerte des jüdischen Glaubens beizubringen.

Auch die Thora sieht es so. Denn nur bei der Beschreibung von Pessach finden wir in der Thora gleich vier Verse, die auf die Kommunikation mit den Kindern hinweisen:

Drei diese Verse befinden sich im 2. Buch Moses: „Und wenn eure Kinder zu euch sagen werden: Was habt ihr da für einen Dienst?“ (12:26), „Und du sollst deinem Sohne an jenem Tage erklären und sagen: Es ist um deswillen, was der HERR an mir getan, als ich aus Ägypten zog.“ (13:8), „Und wenn dich künftig dein Sohn fragen wird: Was ist das? So sollst du ihm sagen: Der HERR hat uns mit mächtiger Hand aus Ägypten, aus dem Diensthause, geführt.“ (13:14).

Und den 4. Vers finden wir im 5. Buch Moses: „Wenn dich nun dein Sohn in Zukunft fragen und sagen wird: Was sind das für Zeugnisse, Satzungen und Rechte, die euch der HERR, unser G“tt, geboten hat?“ (6:20).

Der Vers „Und du sollst deinem Sohne an jenem Tage erklären“ ist nicht einfach eine Empfehlung, sondern eines von 613 Geboten der Thora und jeder Jude ist von der Thora verpflichtet über den Auszug aus Ägypten zu erzählen. Dieses Gebot geht so weit, dass wenn man Pessach alleine feiert, sich diese Geschichte selbst erzählen soll!

Wenn wir die vier erwähnten Verse betrachten, dann erinnern wir uns gleich an die berühmten vier Söhne aus unserer Pessach-Haggada: „Von vier Kindern spricht die Thora: Von einem Gelehrten, von einem Bösen, von einem Naiven und von einem, der nicht zu fragen weiß“.

Die 4 Söhne

Es gibt sehr viele schön illustrierte Ausgaben der Haggada, und bei den Zeichnern dieser Haggadot ist diese Stelle mit den „Söhnen“ besonders beliebt: da kann man



Herstellung des Matze, des ungesäuerten Brotes

seiner Kreativität freien Lauf lassen. Der „weise“ Sohn wird meistens mit einem großen Folianten gemalt, und der „böse“ Sohn oft mit einer Zigarette oder mit Waffen. Auch die zwei restlichen Söhne werden sehr aussagekräftig dargestellt.

Jedoch hat der 7. Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendel Schneerson (1902-1994) diese vier Söhne auf eine absolut neue, faszinierende Weise erklärt: er hat sie als vier Generationen dargestellt.

Der gelehrte Sohn ist in der Allegorie des Rebbe ein frommer Jude, der in einem russischen Shtetl Ende des 19. Jahrhunderts geboren wurde. Er hatte fromme Eltern, hat in einem Cheder gelernt und lebte immer nach jüdischem Gesetz. Und dieser fromme Jude feiert Pessach auf die klassische Art und Weise.

Der „böse“ Sohn ist sein Sohn, der schon in der neu entstandenen Sowjetunion geboren wurde, ist nicht mehr religiös und wurde sogar zum Volkskom-

munisten mehr was ein Pessach-Seder ist. Das ist der vierte Sohn in der Haggada, derjenige, „der nicht zu fragen weiß“.

Und dieser vierte Sohn ist eigentlich eine echte Katastrophe für das Judentum. Dieser Mensch hat einen jüdischen Vater und eine jüdische Mutter, hat jedoch keine Beziehung zu seiner Tradition, zu seinem Volk. Kann man ihn überhaupt noch als jüdisch betrachten?

Und gerade deshalb besteht unsere Aufgabe darin, unseren Kindern das Judentum so darzustellen, dass sie aufrichtiges Interesse daran haben und ihre Zugehörigkeit zu unserem Volk nicht nur spüren, sondern aktiv in ihrem Leben umsetzen.

Vor vielen Jahren war ich für Pessach in Antwerpen und war beim Seder in einer chassidischen Familie, die 7 Kinder hatte (fünf Jungs und zwei Mädchen). Alle Kinder bereiteten sich für diesen Seder wochenlang vor, suchten schöne Erklärun-

Wenn wir wollen, dass auch unsere Kinder sich für jüdisches Leben und für die jüdische Tradition interessieren, müssen auch wir uns Mühe geben und den Seder so gestalten, dass er für die Kinder zum Erlebnis wird. Und dafür haben unsere Weisen uns viele Tipps gegeben.

Die Vorbereitung zum Seder sollte schon ein paar Wochen davor beginnen: Man kann mit Kindern bekannte Sederlieder erlernen („Ma Nischtana“, „Daj dajenu“, „Echad mi jodeah“). Auch fürs Basteln gibt es viele gute Ideen: zum Beispiel kann man springende Frösche basteln lassen und dann am Seder bei der Erwähnung der Plagen diese Frösche auf dem Tisch springen lassen.

Der Seder selbst soll so gestaltet werden, dass die Kinder nicht nur begeistert, sondern auch erstaunt werden, und sich wundern können.

So könnte man zum Beispiel anstatt der traditionellen Kartoffel für den Karpas (der beim Seder in Salz getunkt wird) Bananen oder Wassermelone nehmen. Auch für die traditionellen „Vier Becher Wein“, die Kinder natürlich mit Traubensaft füllen, könnte man ihnen Strohhalme geben. Für Kinder würde das alles sehr ungewöhnlich und amüsant sein.

Auch während des Seders sollen Kinder gut eingebunden sein: sie sollen beliebige Fragen stellen dürfen, Lieder singen und mitsingen. Auf keinen Fall darf es für sie langweilig sein: es ist besser die Haggada nicht vollständig zu lesen und keine tiefsinnige Drosches zu geben, sondern mehr Aufmerksamkeit für Fragen und Auftritte der Kinder zu widmen.

Unsere Weisen empfehlen außerdem, dass die Kinder vor dem Seder ein wenig schlafen sollen, damit sie beim Seder nicht müde sind. Talmud zitiert den berühmten Rabbi Akiva, dass die Gelehrten nur einmal im Jahr das Lehrhaus früh verlassen dürfen, und zwar am Tag vor Pessach, damit die Kinder schlafen gehen und zum Seder munter und voller Energie sind.

Und wenn die Kinder den Seder genießen und sich jedes Jahr darauf freuen, kann man sicher sein, dass unsere Nachkommen unserer Tradition treu bleiben und auch unsere Enkel und Urenkel uns beim Seder erfreuen werden!

„ Den Kindern muss der Seder Spaß machen, denn sonst werden sie die Tradition nicht weiter pflegen.“

missar bei der inneren Sicherheit. Dieser Sohn feiert schon kein Pessach mehr, und wenn er am Pessach-Abend seinen frommen Vater zufällig besucht, schimpft er, dass sie keine jüdischen Feiertage feiern sollen und das für seine Karriere schädlich sein könnte.

Die Jahre vergehen und dieser nicht-religiöse Kommissar-Sohn, kommt – nachdem er schon als Volksfeind beschuldigt wurde und in Stalins Lagern mehrere Jahre verbracht hat – schon mit seinem Sohn seinen alten frommen Vater besuchen. Und wiederum ist es zufällig eine Seder-Nacht und der Enkel, der so etwas noch nie gesehen hat, fragt seinen Opa „was ist das?“. Dieser Enkel repräsentiert den naiven, einfältigen Sohn in der Haggada.

Wieder vergehen die Jahre und nun hat schon der „naive“ Enkel einen eigenen Sohn. Aber der fromme Opa ist schon gestorben, und keiner in der Familie macht mehr einen Pessach-Seder, deshalb weiß der junge Sohn des „Naiven“ nicht einmal

gen zur Haggada und zum Auszug aus Ägypten. Beim Seder hat jedes Kind die vier berühmten „Manischtana“-Fragen gestellt („Tate, ich will dich vier kaschjos fragen“) und haben dann mit großer Begeisterung an der Haggah-Diskussion teilgenommen.

Auch die Eltern hörten aufmerksam zu und lobten jedes Kind für seine interessanten Ideen. Die Zeit verging bei diesen Diskussionen so schnell, dass man erst eine halbe Stunde vor Mitternacht bemerkte, dass man noch schnell vor dem Tageswechsel den Afikoman, das letzte Stück Matza, aufessen musste.

Alle leckere, mit Mühe vorbereiteten Speisen mussten dann vor Mitternacht sehr schnell gegessen werden – wichtig war jedoch für die Eltern nicht das Essen und nicht die schöne Unterhaltung mit den Gästen, sondern die Begeisterung und das Interesse der Kinder. Und man kann sicher sein, dass diese Botschaft bei den Kindern sehr gut angekommen ist.